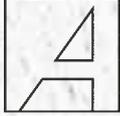


Aufrecht

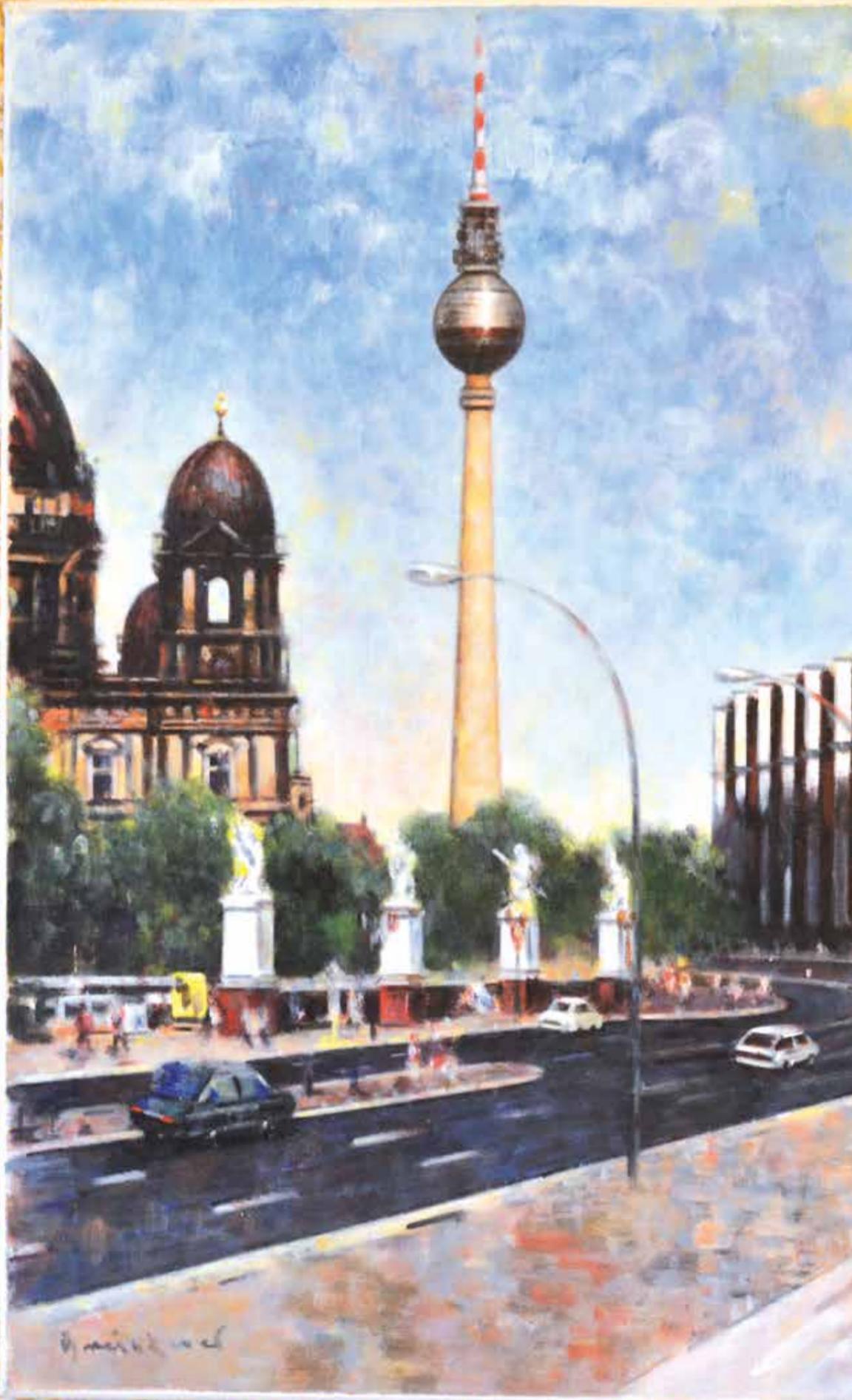
 Konrad
Adenauer
Stiftung

Mutbürger vor dem Mauerfall und heute

Herbst 2014



Auferstehung **Die Kirche als Nährboden der Friedlichen Revolution**
Aufmüpfig **Karikaturen in der DDR – eine Gratwanderung**
Auf der Flucht **Im Kofferraum über die Zonengrenze**
Aufstand **Rentner kämpfen für ihren Seniorentreff**
Aufgefangen **Ordensschwester hilft Opfern von Menschenhandel**



EDITORIAL

Liebe Leser,
wenn Deutschland am 9. November den 25. Jahrestag des Mauerfalls feiert, dann dominieren in unseren Köpfen die Jubel-Bilder aus dem Jahr 1989: Tausende tanzen am Brandenburger Tor; eine Trabi-Kolonne schiebt sich über die offene Grenze; Ost- und Westberliner liegen sich weinend in den Armen. Wir sollten am 9. November aber gerade auch an die Menschen denken, die diesen Jubel durch ihren oft jahrelangen Einsatz erst ermöglicht haben: „Mutbürger“ haben wir sie genannt – und wollen sie in diesem Magazin der Konrad-Adenauer-Stiftung porträtieren. Interessanterweise wehren sich viele Protagonisten gegen diesen Begriff, weil sie eine andere Definition vom „Bürger“ haben oder sich nicht für mutig halten (siehe „Schlusspunkt!“ auf Seite 66). Für uns aber sind es Menschen, die sich unter hohem persönlichen Risiko gegen die Diktatur gestellt haben – in der DDR, aber auch in vielen weiteren Staaten des Ostblocks: Pfarrer, die ihre Kirchen öffneten; Oppositionelle, die Untergrundmagazine verteilten; Fluchthelfer, die an der Grenze ihre Freiheit aufs Spiel setzten. Sie nahmen starke Repressalien in Kauf, Haftstrafen, sogar Anschläge auf ihr Leben. Von ihrem Einsatz profitieren wir alle bis heute.

Und es ist nicht nur der Blick in die Historie, der uns Mut macht. In unserer unmittelbaren Umgebung können wir viele Mitbürger finden, deren Engagement uns inspiriert: weil sie Extremisten zur Vernunft bringen, Flüchtlingen helfen oder Opfer von Menschenhandel wieder aufrichten. Auch sie stellen wir vor in diesem Magazin, das in Berlin entstanden ist. Wir haben ihm den Titel „Aufrecht“ gegeben. Vielleicht können die Berichte uns allen – Journalisten wie Lesern – dabei helfen, Haltung zu bewahren. Wie viel wir damit bewirken können, dafür ist der 9. November ein beeindruckendes Zeugnis.

Ich wünsche Ihnen im Namen der ganzen Redaktion eine Mut machende Lektüre

J. Markt

Ihr Jochen Markt



IMPRESSUM

Herausgeber:
Journalisten-Akademie der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41 - 246 - 25 50
www.kas.de/journalisten-akademie
www.kas.de

Gesamtleitung: Jochen Markt (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Robert Domes, Jochen Markt
Gestaltung: Judith Uhlemann, www.uhlemann-design.de
Redaktion: Julia Autenrieth, Sabine Bernard, Stefanie Dodt,
Martha Dudzinski, Felix Franke, Lara Gruben, Martin
Herzer, Marie-Lena Hutflis, Jannik Jürgens, Ella Mittelbach,
Martin Pieck, Larissa Rohr

Druckerei: Bonifatius Gmbh, Druck-Buch-Verlag
www.bonifatius.de

„Aufrecht“ ist das Ergebnis einer Themenakademie Print der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 14. bis zum 23. August 2014 in Berlin.

Bildnachweise:

Titelbild S. 1: Andreas Schoelzel (www.schoelzel.net); S. 11-13: Alle Bilder Martin Pieck, bis auf S. 11 links oben: Dirk Moldt privat und S. 13 rechts: Widerstandsmuseum; S. 14/15: beide Bilder 17.6.1953 jeweils Bundesarchiv, CC-BY-SA 3.0 DE; Statue Schwerter zu Pflugscharen: Neptuul, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0; Biermann auf der Bühne: Bundesarchiv, Waltraud Grubitzsch, CC-BY-SA-3.0-de; Umweltbibliothek: Bundesarchiv, Klaus Oberst, CC-BY-SA 3.0 DE; Flüchtlingsstrom Ungarn: Wik1966total, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0; Großdemo Alex: Friedrich Gahlbeck, CC-BY-SA-3.0-de; Mauerlinie: Martin Pieck; S. 23-26: Karikaturen Barbara Henniger; S. 23: Meer-Karikatur + S. 25: Kahlschlag-Zwerg + S. 25: Wahlversprechen-Fee + S. 26: Männer mit Bärten; Karikaturen Dirk Moldt: S. 23: Keine Aussicht auf Veränderung + S. 24: Zensor; Portraitfotos (S. 25) und großes Titelbild mit Farben (S. 22, 23): Larissa Rohr; S. 27: Juliane Henrich; S. 29: taz, Fotografin: Anja Weber; S. 30: Julia Autenrieth; S. 40: Jürgen Litfin privat; S. 43: alle Bilder Martin Herzer; S. 44: Hartmut Richter 2011, Foto: M. Nooke, Gedenkstätte Berliner Mauer; S. 45: Hartmut Richter privat; S. 46: BStU; S. 48: Ella Mittelbach; S. 55: Hintergrundbild: Thomas Iskra

Mit freundlicher Unterstützung der Hauptabteilung
Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Wenn Sie weitere Exemplare des Magazins bestellen wollen,
wenden Sie sich bitte per Mail an:
christiane.rendschmidt@kas.de

Copyright
Urheber: Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Dieses Werk ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland
CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)“

© 2014 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
1. Auflage / Alle Rechte vorbehalten.
ISBN: 978-3-95721-059-3

- 3 Editorial
- 6 Kirche gibt Kontra
Gotteshäuser als Wegbereiter der Friedlichen Revolution
- 9 „Die Revolution begann mit Gebeten“
Ein Interview mit Rainer Eppelmann
- 11 Wartet nicht auf bess're Zeiten
Dirk Moldt erinnert an den Jugendwiderstand
- 14 Tage des Mutes
Die wichtigsten historischen Ereignisse für die Opposition in der DDR und Osteuropa
- 16 Ein Brief an Honecker
Der Einsatz der „Frauen für den Frieden“ gegen die Wehrpflicht in der DDR
- 19 Aufgezählt
Die DDR und Westdeutschland in Zahlen
- 20 Fernsehauftritte als Schutz
Die Bedeutung der Westmedien im Ostblock
- 22 Zeichnen unter Zensur
Die schwierige Arbeit der Karikaturisten in der DDR
- 27 „Das Gegengift zur politischen Erstarrung“
Florian Kesslers Buch über Mutbürger
- 29 Aufstand der Alten
Mit 71 Jahren wurde Peter Klotsche zum Hausbesetzer
- 32 Ausstieg für Neonazis
Exit-Deutschland bietet eine Alternative
- 34 Diagnose: Projekteritis
Die Suche nach Geld für den Kampf gegen Extremismus



Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft/Frank Ebert

6 *Wachet und betet*

Mutige Christen und ihr Einsatz gegen das DDR-Regime



16 *Für den Frieden*

Mutige Frauen und ihr Kampf in den 80ern gegen die Wehrpflicht



60 *Gegen die Überwachung*
Jacob Appelbaum opfert für mehr Privatsphäre seine Freiheit

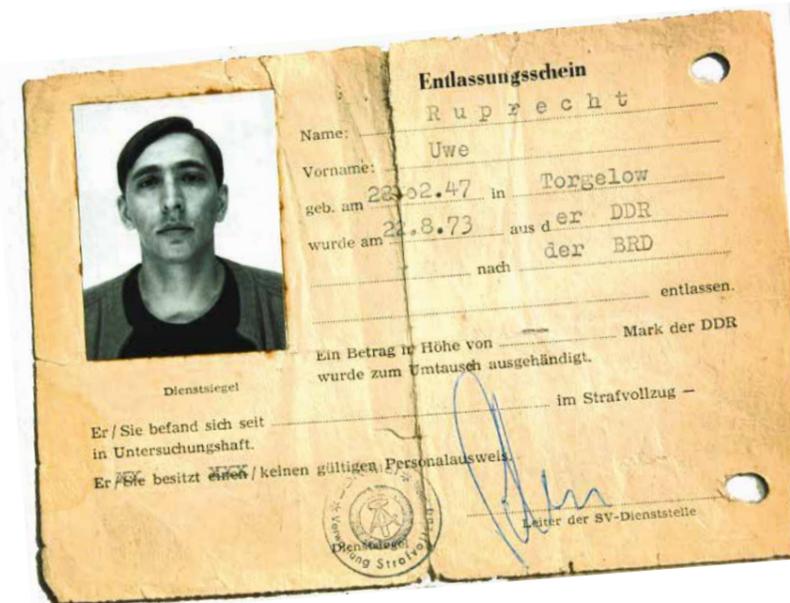


40 *Für Günter*

Jürgen Litfin hält die Erinnerung an seinen an der Berliner Mauer erschossenen Bruder wach

50

Der Preis der Freiheit
Die Geschichte von Uwe Ruprechts gewagtem Weg in den Westen



32

Exit Deutschland
Fabian Wichmann macht Aussteigern aus der Neonazi-Szene Mut



62

Pro + Contra
Brauchen wir mehr Mutbürger?



- 35 Ihre Mission
Eine Ordensschwester kämpft gegen Prostitution
- 38 Vom Büro in den Bürgerkrieg
Ein Deutscher versucht im Südsudan, Flüchtlingen zu helfen
- 40 Nicht vergeben
Der Tod des ersten Maueropfers lässt dessen Bruder nicht los
- 44 „I walk the line“
Hartmut Richter half 33 Menschen aus der DDR in die Freiheit
- 47 Beihilfe zur Flucht
Die bewegte Vergangenheit des Mielke-Richters Seidel
- 50 Ins Gefängnis für die Freiheit
Freigekauft aus der Haft:
Uwe Ruprechts Weg in den Westen
- 53 Tunnel in die Fremde
Detlef war 10, als seine Familie spektakulär floh
- 55 Die, die nicht gefragt wurden
Ein Buch über Kinder von DDR-Flüchtlingen
- 56 Die Haut meiner Seele
Eine Frau entkommt nach Jahrzehnten der häuslichen Gewalt
- 60 Der Gejagte
Ein Treffen mit Jacob Appelbaum, einem Kämpfer gegen staatliche Überwachung
- 62 Brauchen wir mehr mutige Menschen in Deutschland?
Pro + Contra
- 64 Unser Redaktionsteam
Das macht uns Mut
- 66 Schlusspunkt!
Germany's next Mutbürger
Kommentar zu einer Wortwahl



Kirche gibt Kontra

von Martha Dudzinski

Gotteshäuser als Wegbereiter der Friedlichen Revolution

Rainer Graupner, Werner Krättschell und Dieter Wendland geben dem kirchlichen Widerstand in der DDR ein Gesicht. Von der Stasi beobachtet, organisierten sie kritische Debatten, trafen politisch brisante Entscheidungen und stellten Oppositionellen Räume zur Verfügung. Alle drei agierten unter dem Schutz der Kirche. Alle drei wollten lieber die Verhältnisse verbessern, als die DDR zu verlassen. Und doch könnten sie unterschiedlicher nicht sein.

Die Mitglieder des Kirchen-Gemeinderates der Gethsemane-Kirche hatten im Oktober 1989 eine schwere Entscheidung zu treffen. Sie mussten über einen Antrag abstimmen, ob sie Mahnwachen in ihrer Kirche im Ostberliner Stadtteil Prenzlauer Berg erlauben würden. Familienmütter und -väter mussten sich überlegen, ob sie das Risiko auf sich nehmen. Die Mahnwachen in ihrer Kirche zu erlauben, würde Konsequenzen der Stasi nach sich ziehen. Der Kirchengemeinderat beschloss einstimmig „Ja“.

Dieter Wendland war einer von ihnen. „Ich wollte doch hier bleiben und etwas verändern!“ Er wohnte schon im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, als der noch im Schatten der Berliner Mauer lag. Heute strahlt die Sonne durch die Fenster seiner Altbauwohnung im vierten Stock. Man hört Stimmen aus dem Garten des Cafés unten im Erdgeschoss. Verändert hat sich eine Menge: „Heute fahre ich quer durch die Sektoren und denke mir: ‚Hier war ein Kontrollpunkt, da war einer.‘ Ich kann mich täglich über kleine Sachen freuen – wo restauriert wurde oder was wir an Infrastruktur haben.“

Der Grafikdesigner trägt eine randlose Brille und Vollbart, trotz beigem Sakko und braunem Bügelhemd hat sein Äußeres etwas von Rainer Langhans. Seine grauen Locken schwingen energisch, wenn er von Ostberlin spricht. Er denkt an die Sitzung des Kirchengemeinderats am 1. Oktober 1989, dem Tag der Entscheidung. Das einstimmige „Ja“ hat ihn nachhaltig geprägt: „Da musste ich richtig ausatmen – endlich hatten wir was getan!“

Mit diesem Schritt katapultierten sie die Kirche in den Mittelpunkt der Stasi-Aufmerksamkeit. Die Gemeinde war schon davor Sammelpunkt für Oppositionelle gewesen. Doch nun blieb die Gethsemane-Kirche zum Teil Tag und Nacht für die Mahnwachen für politische Häftlinge geöffnet. In der ersten Oktoberwoche 1989 wurde sie zu einem der zentralen Orte der Friedensbewegung. Nach den Massenprotesten am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, flüchteten die Demonstranten hierher, um der Gewalt von Volkspolizei und Stasi zu entkommen.

Die Stasi hatte weitreichende Möglichkeiten, angebliches Fehlverhalten zu bestrafen – die Konsequenzen beinhalteten Kündigungen, Verleumdungen, Ortsverweise. Wohnräume und Hochschulzulassungen konnten verweigert, Führerscheine entzogen und Berufsverbote ausgesprochen werden. Oppositionellen drohten willkürliche Inhaftierungen und getürkte Gerichtsverfahren, dazu schlechte Haftbedingungen und Folter. Auch Dieter Wendland war schon im Armeeknast verhört worden, weil sein Bruder politisch aktiv war. „Die blendende Lampe, der festgeschraubte Hocker, auf den eigenen Händen sitzen. Mein Verhör war wie im schlechten Film.“

Ortswechsel: Berlin-Pankow, die Sonne scheint durch den Wintergarten in das helle Wohnzimmer. „Nur über meine Leiche, hab ich gesagt.“ Werner Krättschell erinnert sich an dem Tag, an dem ihn die Stasi besuchte. Seine grauweißen Haare sind an der Seite flach, das Deckhaar ist zu einem leichten Irokesen gewachsen, wie ihn einst Fußballer David Beckham trug. Als Superintendent der evangelischen Gemeinde Pankow hatte er Anfang der Achtziger die Pastorin Ruth Misselwitz eingestellt, die seine Erlaubnis holte, dort den Friedenskreis Pankow zu gründen.

Der Friedenskreis war schnell zu einer der größten Oppositionsgruppen der evangelischen Kirche in der DDR geworden. Die Teilnehmer diskutierten politische Themen, Arbeitskreise behandelten Bereiche wie Politik, Erziehung, Wirtschaft. Am besagten Tag kam die Stasi, um Krättschell zu zwingen, die Treffen zu unterbinden. Doch er weigerte sich – und sagte das den Stasi-Besuchern auch. Der Friedenskreis musste sich weiterhin öffentlich treffen, damit ihm nicht vorgeworfen werden konnte, konspirativ tätig zu sein.

Kurz nach dem Besuch der Stasi tauchten zwanzig neue junge Männer in den Versammlungen auf. Waren die Männer Stasi-Spitzel? Oder gab es unter ihnen auch ehrlich Interessierte? Um das herauszufinden, musste der Friedenskreis auf einen Trick zurückgreifen: Wenn man bestimmte Lieder anstimmte, konnte man erkennen, wer nicht mitsang – also Stasi-Spitzel war. Diese „spontane Kreativität“ ist für Krättschell einer von zwei verschiedenen Mut-Typen. Den anderen beschreibt er so: „Mut wächst. Man sagt einmal ‚Nein‘ – und wenn das klappt, traut man sich beim nächsten Mal ein bisschen mehr. So entsteht Freude am Widerstand.“

Während Werner Krättschell sich intensiv mit dem Thema Mut beschäftigt, will Dieter Wendland sich nicht als mutig bezeichnen: „Wir waren keine Helden“. Er schüttelt energisch den Kopf. Doch wie kam es dazu, dass ausgerechnet die Kirchen zu den Zentren der Oppositions- und Friedensbewegung wurden? Schon früh hatte Dieter Wendland erkannt, dass man nur in der Kirche die offene Atmosphäre hatte, in der man sich engagieren konnte: „Im Kirchenraum gab es eine gewisse Freiheit. Die Menschen kamen wegen dem freien Wort zu uns, nicht wegen dem Glauben.“ Er glaubt, dass die Kirchen grundsätzlich und auch heute noch eine klare politische Funktion zu erfüllen haben: „Auch wenn Menschen im Westen sie für apolitisch halten – das Evangelium und die Bergpredigt helfen uns dabei, nach Lösungswegen zu suchen.“

Tatsächlich verfügte insbesondere die evangelische Kirche in der DDR als einzige größere Institution – neben der katholischen Kirche – über die Organisationsstruktur, um in einem gewissen Maß unabhängig zu agieren: Sie besaß Land und Gebäude, betrieb Schulen und Kindergärten, dazu kamen finanzielle Mittel aus den Kirchen im Westen. Kirchliche Institu-



Dieter Wendland: Das „Ja“ hat ihn geprägt



Rainer Graupner: „Bewusst heiße Themen!“



Werner Krätschell: „Mut wächst!“

tionen verbreiteten verbotene Literatur und wurden zu Basislagern von politischem Protest. Oppositionelle fanden hier Unterschlupf, Pfarrer waren selber tragende Kräfte der Friedensbewegung und förderten den kritischen Dialog.

So auch Rainer Graupner. 1982 hatte er die Leitung der Evangelischen Akademie übernommen, die in der DDR-Zeit als „Dissidenten-Akademie“ bekannt war. Heute sitzt er auf den gelben Kissen seiner Couch in Berlin-Schöneberg. „Uns war immer klar, dass wir abgehört wurden und unterwandert waren. Arbeiten konnte man trotzdem ziemlich frei“. Trotz Überwachung und SED-Machtapparat habe die Akademie unter seiner Leitung kaum Einschränkungen gehabt – im Gegensatz zu den Jahrzehnten davor, die von Schließungsplänen und Unterdrückung nach der Niederschlagung des Prager Frühlings Anfang 1968 gekennzeichnet waren.

„Wir behandelten bewusst heiße Themen – die haben doch die Menschen beschäftigt“, erklärt er. Atomstrom, Geschlechterungleichheiten – sogar die Tagung im Januar 1989 zur Zukunft der „beiden Deutschlands“ durfte stattfinden. Er selber sollte Ende des Jahres dann dabei sein, als diese Zukunft geschrieben wurde: Als am 7. Oktober die Demonstranten vom Palast der Republik in die Gethsemane-Kirche strömten, sah er dort, wie die Anwohner der Kirche in ihren Fenstern mit einem Lichtermeer aus Kerzen ihre Solidarität bekundeten.

Er hat Tränen in den Augen, wenn er sich an Leipzig erinnert, wo er zwei Tage später – am 9. Oktober 1989 – die Menschenströme in den Straßen sah. Diese Tage waren geprägt von Unsicherheit und einer unheimlichen Atmosphäre. Fremde hielten sich an der Hand, als sie die Andacht verließen. Er werde nie vergessen, wie der sächsische Landesbischof Johannes Hempel der Gemeinde wünschte, sie mögen „gut durchkommen“. Keiner wusste, wie es weitergehen würde.

Ungewöhnlich ungefährlich mutet im Vergleich dazu seine Beschreibung der Arbeit in der „Dissi-

denten-Akademie“ an: „Sollte etwas Schlimmes passieren, wusste ich, dass die Kirche uns rausholen würde. Im Gegensatz zu vielen anderen hatten wir dieses Schutznetz.“ Er wusste um die Überwachung, die Stasi-Spitzel, die an seinen Konferenzen teilnahmen. Seine Stasi-Unterlagen wollte Rainer Graupner aber nicht sichten.

Was ihn dort erwartet hätte? Die Erfahrung Werner Krätschells erlaubt einen kleinen Einblick: „Nie hätte ich mir das Ausmaß der Überwachung vorstellen können. Ich erfuhr all das erst 1996, als ich meine Akte einsah – das war ein regelrechter Schock!“ Aus seinen Unterlagen ging hervor, dass ganze sechs Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf ihn angesetzt worden waren, sein Stellvertreter war einer von ihnen. Alle Häuser, in denen er verkehrte, waren bis ins Schlafzimmer verwandt. Seine Frau war den Stasi-Spitzeln ausgesetzt, seine Kinder, seine gesamte Familie.

Was für einen Unterschied das Leben in der DDR für die Erziehung machte, veranschaulicht Werner Krätschell am Beispiel seiner Kinder: „Meine ersten beiden Kinder wurden in der DDR sozialisiert, die anderen beiden im Westen. Denken Sie, es ist Zufall, dass die beiden älteren Pfarrer geworden sind und die jungen nicht?“ Er schüttelt den Kopf. „Ost-Kinder kennen den Druck, den Feind.“ Sie sahen, was im Staat vorging: Je näher man dem Staat stand, „desto mehr wurde einem das Rückgrat gebrochen. Die Kirche lehrte sie, aufrecht zu gehen.“

Als die Massen immer größer wurden, konnte man auch immer mehr Rückgrat zeigen. Die Gethsemane-Kirche war am 7. Oktober 1989 voller Menschen – darunter aber auch Spitzel. Pfarrer Bernd Albani fasste sich ein Herz. Er drohte, die Kirchturmglocken so lange zu läuten, bis alle Stasi- und SED-Mitarbeiter die Mahnwache verlassen haben. Er läutete die Glocken, immer weiter und weiter, es war mitten in der Nacht. Tatsächlich verließen die Spione schließlich die Kirche. Es erwartete sie das Lichtermeer in den Fenstern der Anwohner. ■



von Martha Dudzinski

Rainer Eppelmann ist Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Bekannt wurde er als DDR-Oppositioneller und Gemeindepfarrer der Samariterkirche in Berlin-Friedrichshain. Eppelmann war Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA) und saß nach der Wiedervereinigung 15 Jahre lang für die CDU im Deutschen Bundestag. Mit „Aufrecht“ sprach er über seine regimekritischen Bluesmessen, den Wert der Demokratie und die Versuche der Stasi, ihn zu ermorden.

Herr Eppelmann, Sie sind Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Was wollen Sie den Menschen mit Ihrer Arbeit vermitteln?

Die entscheidende Frage ist: Diktatur oder Demokratie? Viele kennen nur die Demokratie mit all ihren Fehlern, Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten. Und genau denen will ich erzählen, wie kostbar diese Demokratie ist. Wir waren 17 Millionen DDR-Bürger, ich nenne es 17 Millionen Leibeigene.

Vor allem für die junge Generation ist es kaum vorstellbar, wie das Leben in der DDR-Diktatur gewesen sein muss. Können Sie uns das Leben unter der SED-Herrschaft verbildlichen?

Das System basierte komplett auf dem Machtprinzip Angst: drohende Gefängnisaufenthalte, ständige Überwachung für viele. Wir hatten uns daran gewöhnt, im Restaurant leise zu reden. Man wusste ja nie, wer alles mithörte. Wir erlebten ausschließlich staatlich bestimmte Bildungs- und Berufschancen, staatlich limitierte Kultur: Literatur, Theater, Filme. Und vor allem Reisebeschränkungen. Vier Millionen Menschen haben die DDR ver-

lassen – im vollen Bewusstsein, nicht wiederkommen zu dürfen. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Wofür gingen die DDR-Bürger 1989 dann auf die Straße?

Der Bürger im Osten sah jeden Tag, wie die Bürger in der alten Bundesrepublik lebten. Wir im Osten konnten ihre Autos sehen, ihre Kleidung, die Buchläden. Wir waren dabei, wenn sie reisten, wenn sie einkaufen gingen. „Jeht dem des aber jut“, dachten wir – und wollten gerne genauso leben. Und dabei fragte sich der DDR-Bürger, wieso es dem in der alten Bundesrepublik so viel besser geht. Ist der klüger als ich, fleißiger? Er meinte: Nein! Irgendwann wurde ihm klar, dass es nur am System liegt.

Wie wurden die Menschen in der DDR zu Mutbürgern? Woher kam die Kraft?

Der Begriff Mutbürger ist eine anregende Formulierung, muss aber nicht immer stimmen. Manche wurden von Verzweiflung getrieben, andere motivierte die Sehnsucht nach einem besseren Leben, nach Freiheit und mehr Wohlstand. Ich als Pfarrer konnte einen Ge-

fängnisarrest riskieren, obwohl ich verheiratet war und vier Kinder hatte, denn auch wenn ich im Gefängnis gegessen hätte, wäre mein Gehalt weiter ausgezahlt worden und hätte meine Familie versorgt. Völlig anders wäre es bei einem VEB-Mitarbeiter (Volkseigener Betrieb; Anm. d. Red.) im Gefängnis gewesen. Dessen Gehalt wäre nicht weiter gezahlt worden. Ist er dann weniger mutig gewesen, wenn er kein Gefängnis riskierte?

Wie wurden Sie persönlich zum Mutbürger?

Ich bin wohl von Haus aus in diese Rolle hineingewachsen. Meine Eltern haben dafür gesorgt, dass ich nicht in die Pioniere eintrete. So gehörte ich zu einer Minderheit in der Klasse. Viele waren in der FDJ oder bei den Pionieren. Und es war nicht leicht, zu einer Minderheit gezählt zu werden. Viele wollten das nicht.

Sie kamen 1966 zum ersten Mal mit dem Machtapparat der DDR in Konflikt. Woher hatten Sie den Mut, Wehrdienst und Fahneid zu verweigern?

Das war überlegt – und hatte im Wesentlichen drei Gründe. 1. Jemand, der in der Nachfolge Christi lebt, hat das Gebot verinnerlicht: ‚Du sollst nicht töten!‘ 2. Wenn man Menschen früherer Generationen gefragt hat, warum sie bei Hitler mitgemacht haben, sagten viele, dass sie einen Eid geschworen hatten. Ich wollte nie in eine solche Situation kommen. 3. Leuten, die mir meinen Berufsweg verbaut haben, verspreche ich doch nicht, dass ich mein Leben und meine Kraft dafür einsetze, dass sie weiterregieren.

Die Stasi hat zweimal Ihr Auto manipuliert und wollte Sie so ermorden! War Ihnen bewusst, in welcher Gefahr Sie lebten?

Ich wäre nie darauf gekommen, dass mich die Stasi wegen meiner Oppositionsarbeit umbringen würde. Darum bin ich bei den Unfällen von technischem oder menschlichem Versagen ausgegangen. Erst durch Einsicht in den noch erhaltenen Teil meiner Stasi-Akte weiß ich, dass man den Staatsfeind Eppelmann liquidieren wollte. In einem Gespräch nach 1990 meinte ein ehemaliger Stasi-Offizier zu mir, ich hätte nur deshalb Theologie studiert, um die DDR zu stürzen.

Wie wurde die Kirche vom DDR-Regime bekämpft?

In den 40 Jahren der DDR war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sehr unterschiedlich. Der brutalste Kampf gegen die Kirche fand Anfang der 50er Jahre statt, besonders gegen kirchliche Jugendarbeit. Mitte der 70er kam es zu einer ersten offiziellen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und evangelischer Kirche. Dennoch hatte das Bemühen der SED, den christlichen Glauben aus den Menschen der DDR zu vertreiben, offensichtlich nachhaltigen Erfolg. Am Ende der DDR waren 95 Prozent der Jugendlichen bei den Pionieren oder in der FDJ. Die DDR war 1989 praktisch entchristianisiert.

Sie arbeiteten als Gemeindepfarrer in der Samariterkirche Berlin-Friedrichshain und

wurden bekannt für Ihre regimekritischen Blues-Messen. Wieso war die Kirche ein so geeigneter Ort für Oppositionsarbeit?

Organisatorisch war die Kirche von Anfang an unabhängig: Im Gegensatz zum Sport, zu Kleingärtnern und Vereinen, in denen stets SED-Mitglieder die Bestimmer waren, galt dies in den Kirchen nicht. Wir bestimmten die Inhalte unserer Veranstaltungen und unsere leitenden Persönlichkeiten selbst. Darum waren kirchliche Räume in den 80er Jahren die Versammlungsräume für Gespräche und Aktivitäten frei von staatlicher Bevormundung. Man kann sagen, die Friedliche Revolution begann mit Gebeten und Gottesdiensten in unseren Kirchen und führte zu Demonstrationen der Vielen auf unseren Straßen und Plätzen. Von Anfang an war uns klar, dass dieser Prozess, soll er zu Veränderungen in der DDR führen, nur gewaltlos ablaufen darf.

Gab es bei Ihren Blues-Messen auch Trittbrettfahrer?

Das kann ich nicht beantworten. Ich habe aber erlebt, dass offensichtlich nur die zu uns kamen, die an unseren Blues-Gottesdiensten wirklich interessiert waren. Vermutlich kamen die einen wegen der Blues-Musik, andere, weil es für sie ein Abenteuer war, trampend z.B. von Thüringen nach Berlin zu fahren. Diese Blues-Messen waren die ersten öffentlichen Veranstaltungen in der DDR, wo von vorne für alle hörbar das gesagt wurde, was viele dachten, aber sich nicht trautes, es laut zu sagen.

Wie stand die Oppositionsbewegung zu den Republikflüchtigen?

Bis Sommer 1989 haben wir sie nicht in unsere Gruppen reingelassen. Wir wollten den Eindruck vermeiden, dass unsere Opposition nur aus Leuten besteht, die in den Westen gehen wollen. Wir wollten erreichen, dass Leute mitmachen und selbst auch etwas verändern wollen.

Und wie wurde aus Regimekritik die Revolution?

Seit Mitte der 80er Jahre gab es immer mehr Menschen, die bewusst nicht mehr zu uns in kirchliche Räume kamen, sondern sich öffentlich versammelten. Die Frage der Deutschen Einheit spielte dabei für die allermeisten zunächst keine Rolle. Weil wir ja darum wussten, dass in der DDR 350.000 sowjetische Soldaten stationiert sind und weil wir wussten, dass die Machthaber der DDR jeden Versuch, die Verhältnisse in der DDR grundsätzlich zu verändern, als Konterrevolution betrachten würden. Als die Tausenden in vielen Städten der DDR auf die Straßen gingen, taten sie dies unter anderem mit dem Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ Im Spätherbst 1989 wurden aus diesem Ruf – zum ersten Mal bei einer öffentlichen Veranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden – Plakate, sichtbar mit dem Text: ‚Wir sind ein Volk!‘ Aber erst nach dem Fall der Mauer am 9. November und dem Votum der DDR-Bürger bei den ersten freien Wahlen am 18. März 1990 wurde ganz deutlich, dass über 85 Prozent aller DDR-Bürger sich die Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik wünschten. ■



Der Lebenslauf von Dirk Moldt ist verwoben mit der Geschichte der DDR-Opposition. In der Galiläakirche in Berlin-Friedrichshain teilt er auch seine persönlichen Erfahrungen mit den Besuchern, z. B. mit einer von ihm gezeichneten Jubiläums-Karikatur des „mOAning star“.

Wartet nicht auf bess're Zeiten

von Martin Pieck

Dirk Moldt hat eine tragende Rolle in der DDR-Opposition gespielt. Mit dem Fall der Mauer hat er sein Engagement aber nicht beendet. Nun hat er eine Ausstellung über Jugendwiderstand organisiert.

Dirk Moldt ist zwar dafür bekannt, eine Kirche mit viel Leben zu füllen. Dennoch sieht er in diesem Moment so aus, als wolle er sich für das Chaos um ihn herum entschuldigen. Moldt steht im großen Kirchenschiff der Galiläakirche in Berlin-Friedrichshain, zwischen den lose angeschraubten Metalltraversen, einem Tischkicker, dem Taufbecken und einem bizarren Zahnarztstuhl. „Denkmalschutz“, sagt der Historiker mit den leicht zerzausten blonden Haaren als erstes. „Hier durfte keine Schraube in die Wand gedreht werden.“ Zu entschuldigen gibt es nichts. Moldt sieht vor sich das Ergebnis jahrelanger Arbeit. An den Wänden überall Infotafeln, für die er akribisch Texte verfasst und Bildrechte geklärt hat. „Wartet nicht auf bess're Zeiten“ ist das Motto dieser Ausstellung zum Widerstand in der DDR. Ein Motto, das der Mann, dessen hellwache, blaue Augen hinter der rahmenlosen Brille hervorblitzen, schon immer gelebt hat. Ein bedeutender Teil der

Geschichte der DDR-Opposition ist eng verwoben mit der Jugend von Dirk Moldt.

Er hat viel erlebt und will die Erinnerung für die heutige Jugend wachhalten. Mittlerweile sieht er so aus, wie man sich einen Historiker Anfang 50 vorstellt. Die Haare sind kürzer, das Hemd steckt in der Hose. Aber das Jugendliche, die rebellische Aura hat er nicht abgelegt. So hat er gelebt. Mit seinen Eltern hat er viel über Politik gesprochen. Beide waren zwar in der Partei, haben ihn aber immer ermutigt, sich gerade zu machen, aufrecht zu leben.

Und irgendwie passt das wilde Durcheinander in der Galiläakirche auch zum Unangepassten. So lebt ein Hauch des 80er-Jahre-Punks auch heute weiter in der großen Kirchenhalle: „Vom Konzept her ist die Ausstellung anders als das, was in der Schule oft erzählt wird“.



Kein gewöhnliches Museum: Neben bizarren Kunstwerken und diesem Zahnarztstuhl wirkt der Kickertisch geradezu kirchentauglich.



sagt Moldt. „Da gibt es oft diese Aufarbeitungsmythen von einer breiten Bürgerbewegung, die sich gegen das SED-Regime gestellt hat. Das war überhaupt nicht der Fall. Es waren einzelne Leute, die gestänkert haben, sich organisiert haben, erfahrener wurden.“ So sei die Organisation immer professioneller geworden.

Das sollen auch die jungen Leute lernen, deshalb erzählt er immer wieder gerne seine Geschichte. „Wir wollten dem Regime Schläge verpassen“, sagt er heute. Allerdings habe keiner merken dürfen, woher die Schläge kamen. Nein, er stänkerte nicht des Stänkerns wegen. Aber die DDR abschaffen wollte er auch nicht. Ein selbstbestimmtes Leben war das Ziel, das ihn und seine Mitstreiter dazu antrieb, Teil der Jugendoppositionsbewegung zu werden.

Bis dahin war es ein langer Weg. Schon als Jugendlicher hatte Moldt diese anderen Gedanken, die, die man nicht laut aussprechen durfte. In kleinen Runden mit Bekannten tauschte er sich kritisch aus, schimpfte gemeinsam auf die Wehrpflicht und staatliche Repressionen. Aktiv wurde Moldt zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht. Das änderte sich, als ihn jemand fragte, ob er an einem Theaterstück teilnehmen wolle. Er wollte. Es war ein Anti-Kriegsstück. An diesem Abend im Frühjahr 1983 begann Moldts Oppositions-Arbeit. Damals war er Anfang 20, trug das blonde Haar noch deutlich länger.

Treffpunkt Galiläakirche

Ein wichtiger Ort für ihn war und ist die Galiläakirche in der Rigaer Straße in Friedrichshain. Dort, wo heute die Ausstellung an damals erinnert, durfte man Tacheles reden. Hier galt der Schutz der Kirche, beziehungsweise der Schutz eines Kirchenmannes: Pfarrer Cyrus. Der hatte seine Kirche zu einem Anlaufpunkt für Jugendliche gemacht. Darunter auch viele Punks. „Weil die Jugendlichen überall vertrieben wurden, wollten wir sie aufnehmen“, sagt Cyrus heute. Er wollte Gemeinde und Jugend zusammen bringen. Dafür ließ er die Punks zweimal pro Woche in den Kirchenräumen Musik machen, einmal band er sie sogar in den Gottesdienst ein. „Ein

paar Gemeindeglieder konnte ich so erreichen, die haben dann auch geholfen bei der Arbeit mit den Jugendlichen.“

Punks in der Kirche. Auch wenn Moldt selbst ein paar Mal in einer Band gesungen hat, ein Punk war er nicht. Aber die Kombination passte in seinen Augen: „Das lief unter dem Motto: Bewahrung der Schöpfung.“ Vielen Punks sei es darum gegangen, sich für ökologische Belange einzusetzen.

Aber es waren eben nicht nur Punks, die Cyrus in seine Kirche einlud: „1978 waren es die Hippies, später die Gruppen, die sich auf den Plätzen trafen.“ Viele waren bei ihm. So viele, dass er sich oft nicht mehr erinnern kann, wenn er die Gesichter heute nach all den Jahren wieder sieht. Anders ist das bei Dirk Moldt: „Das war einer, den ich keiner Gruppe fest zuordnen würde, der passte irgendwie überall rein.“ Besonders in Erinnerung geblieben ist Cyrus, als Moldt ihm das Buch „Momo“ von Michael Ende zum ersten Mal gezeigt hat. „Das konnte er von vorne bis hinten durch erzählen. Da wurde mir klar, dass Moldt andere Interessen hatte als viele Punks. Er war neugierig auf das Leben.“ 1985 war Moldt Mitgründer des Untergrundmagazins „mOAning star“. Die Redaktion traf sich bei Dirk Moldt zu Hause. Dann wurden tagespolitische Themen behandelt, ohne das Ganze zu ernst oder seriös anzugehen.

Kirchenschutz

So kontrovers das Magazin dem Regime auch erscheinen mochte, es stand unter dem Schutz der Kirche. „Nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ prangte auf jedem Cover – dieser Schriftzug reichte aus, um möglichen Strafen zu entgehen. Dass innerkirchliche Publikationen ohne staatliche Genehmigung erscheinen durften, wurde toleriert. Der mOAning star war das anarchisch organisierte „Forum einer Gegenkultur“, jeder durfte mitmischen und entscheiden. In den 15 Ausgaben des Magazins gab es nur eine Konstante: Dirk Moldt. Er war ständiges Mitglied der Redaktion und zeichnete Karikaturen, so wie er es später auch bei den Umweltblättern der Umweltbibliothek tat.



Die Galiläakirche war immer schon anders. Einst Anlaufstelle für Punks, ist sie heute Gastgeber der Widerstandsausstellung.

Umweltbibliothek

Die waren ein weiteres, bedeutendes Kapitel in Moldts Vita. Die Herangehensweise an die Geschichten wurde nun ernster. Die Umweltblätter – im Gemeindehaus der Zionskirche gedruckt – widmeten sich Themen, die in den Staatsmedien nicht oder nur verdreht vorkamen: Umweltschutz, Menschenrechte, Friedensbewegung. Was für eine große Öffentlichkeit die jungen Schreiber erreichten, zeigte sich im Winter 1987. Nachdem die Stasi Redaktionsmitglieder verhaftet und Druck- bzw. Vervielfältigungs-Maschinen beschlagnahmt hatte, kam es zu lautstarken Protesten im In- und Ausland. Die Verhafteten kamen bald darauf frei, durch Spenden aus dem Westen gab es auch neue technische Ausstattung, bald sogar den ersten Computer. So wurde dieser Teil der Opposition ständig professioneller.

Beinahe erwischt

Bei all seinen Aktionen ging es Moldt nie um Illegalität: „Es war einfach nur eine Erweiterung des eigenen Spielraums.“ Das heißt aber nicht, dass er nichts zu befürchten hatte: „Einmal ist mir das Herz in die Hose gerutscht, da unter einer Karikatur aus Versehen mein Spitzname ‚Moldt‘ stand.“ Später erfuhr er, dass die Staatssicherheit durchaus Interesse für die Bilder gezeigt hatte. Der Spur waren sie aber nicht hartnäckig gefolgt, niemand brachte die anstößigen Zeichnungen offiziell mit Moldt in Verbindung.

Auch die Karikaturen sind heute Gegenstand der Ausstellung in der Galiläakirche, die auf unbestimmte Zeit zum Widerstandsmuseum geworden ist. Dort ist die Geschichte des Widerstands in der DDR zusammengetragen – von der Verfolgung der Jugendorganisation „Falken“ bis zur Ermordung eines Mitglieds der „Kirche von unten“ (KVV), erst drei Jahre nach dem Fall der Mauer. Silvio Meier hieß der. In einer Auseinandersetzung mit Jugendlichen wurde er erstochen. Einer der Täter war bekennender Neonazi. Silvio Meier war Moldts Freund und Wegbegleiter im mOAning star und in der KVV.

Änderung von unten

In ihr organisierten sich verschiedene Regime-Kritiker und planten Aktionen wie Friedensmärsche, Veranstaltungen zur politischen Bildung und Kneipenabende, an denen man seine Gedanken austauschen konnte. Wenn Moldt die alten Bilder sieht, dann sieht er einen Freund, der zu früh sterben musste. Einen Freund, der heute um die 50 Jahre alt sein könnte, wie Moldt selbst. Aber das ist nun ein Stück deutsch-deutscher Geschichte. Der Historiker hat im Laufe der Jahre eine Distanz zu den Ereignissen von damals aufgebaut. Aber das Thema lässt ihn dennoch nicht kalt. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Das will er den Jugendlichen vermitteln. Schließlich sollen sie nicht auf bess'ere Zeiten warten. ■

Tage des Mutes

von Martin Pieck

Ein Rückblick auf die mutigen Taten der Oppositionellen in der DDR und in Osteuropa

Winter 1949



Gründung der Belter-Gruppe

Schon kurz nach der Gründung der DDR sammelt sich in Berlin um Herbert Belter eine kleine Gruppe demokratisch gesinnter Studenten. Mit Flugblättern versuchen sie, Gegenöffentlichkeit gegen das Informationsmonopol der SED zu organisieren. Belter wird im Januar 1951 von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen.

17.06.1953



Aufstand des 17. Juni

Aufgrund wirtschaftlicher Engpässe ist das geforderte Arbeitspensum der Bevölkerung um 10 Prozent erhöht worden, ohne jedoch die Löhne anzupassen. Aus einem kleinen Streik mit nicht einmal 100 Bauarbeitern wird eine Großdemonstration von Tausenden, die nun beginnen, Gebäude zu besetzen. Daraufhin verhängt die Sowjet-Regierung das Kriegsrecht und schlägt den Aufstand blutig nieder. Mindestens 50 Menschen sterben, weitere werden im Anschluss hingerichtet. Im August 1953 wird der 17. Juni in der Bundesrepublik zum Tag der Deutschen Einheit ausgerufen.

13.08.1961



Tag des Mauerbaus:

Zwei Tage später springt der NVA-Soldat Conrad Schumann über Stacheldraht in den freien Westen.

01.01.1970

Ab dem 1. Januar wird der **Grenzstreifen** vermint und mit Falldrähten versehen. So enden Fluchtversuche nun häufig automatisch mit schweren bis tödlichen Verletzungen. Mit den gefürchteten Wachtürmen ist ein Überwinden der Grenze kaum noch möglich.

18.08.1976



Selbstverbrennung

des Pfarrers Oskar Brüsewitz als Protest gegen die Unterdrückung der Kirche

16.11.1976

Die **Ausbürgerung** Wolf Biermanns nach einem Konzert in Köln löst Proteste und Solidaritätsbekundungen aus. Weitere Künstler wandern aus oder werden ausgebürgert.

01.01.1977



Unterzeichnung der **Charta 77** in der CSSR, u.a. von Vaclav Havel, und Gründung der gleichnamigen Oppositionsbewegung.

Nov.1980



Schwerter zu Pflugscharen

In der Jugendarbeit der Kirchen in der DDR entsteht 1980 die Idee, die zehn Tage vor dem Buß- und Bettag im November für die Friedensarbeit zu nutzen. In den Gemeinden und insbesondere in den Jugendgruppen wird die Friedensdekade zu so einem großen Erfolg, dass sie nun jährlich stattfinden wird. Sie wird zu einem bedeutenden Teil der Friedensbewegung in der DDR. „Schwerter zu Pflugscharen“ wird zum Symbol der Bewegung.

Berliner Appell

Rainer Eppelmann und Robert Havemann veröffentlichen den „Berliner Appell“. Darin rufen sie unter anderem zu einer Abrüstung in Ost und West auf. 35 DDR-Bürger unterzeichnen den Appell, sind somit offiziell Oppositionelle und müssen mit Repressalien rechnen.

25.01.1982

Eröffnung der Umweltbibliothek

Sie entwickelt sich zu einer Sammelstelle für Informationen der kirchlichen und kirchenunabhängigen Opposition.

02.09.1986

Mehr als 120 Oppositionelle nehmen an der **Gedenkdemonstration** für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht teil. Sie fordern das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf Freizügigkeit. Vor laufenden Kameras der westlichen Medien werden die Bürgerrechtler verhaftet.

17.01.1988

Der Flüchtlingsstrom über Ungarn

hat entscheidenden Einfluss auf die politische Wende, auch in der DDR. Mit dem symbolischen Entfernen des Stacheldrahtes am 27.06.1989 setzt ein wahrer Flüchtlingsstrom über die ungarische Grenze ein. Die Grenzkontrolle wird allerdings aufrecht erhalten. Ohne vorherige Absprache mit der DDR-Regierung lässt Ungarn ab dem 11. September 1989 alle ausreisewilligen DDR-Bürger in den Westen ausreisen. Bis Ende des Monats machen 30.000 Menschen von dieser Grenzöffnung Gebrauch.

2.5.-11.09.1989

Protestbewegung

gegen Wahlmanipulationen

In der Ostberliner Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland wollen 130 Menschen ihre **Ausreise erzwingen**. Das Gebäude wird wegen Überfüllung geschlossen.

07.05.1989

Start der Montagsdemonstrationen

Nach einem der regelmäßigen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche versammeln sich die Teilnehmer vor der Kirche und fordern Reisefreiheit und Abschaffung der Stasi. Schon einen Monat später nehmen 20.000 Leute an der Montagsdemonstration teil, eine weitere Woche später weit mehr als 70.000. Die Sicherheitskräfte können den Massen nun nicht mehr viel entgegenzusetzen.

08.08.1989

04.09.1989

Gründung der Bürgerrechtsinitiative „Das neue Forum“

Das DDR-Regime tut bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR so, als habe sie noch alles im Griff. Doch der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow als höchster Gast sagt zu Erich Honecker den Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

09./10.09.1989

07.10.1989

Großdemonstration auf dem Alexanderplatz

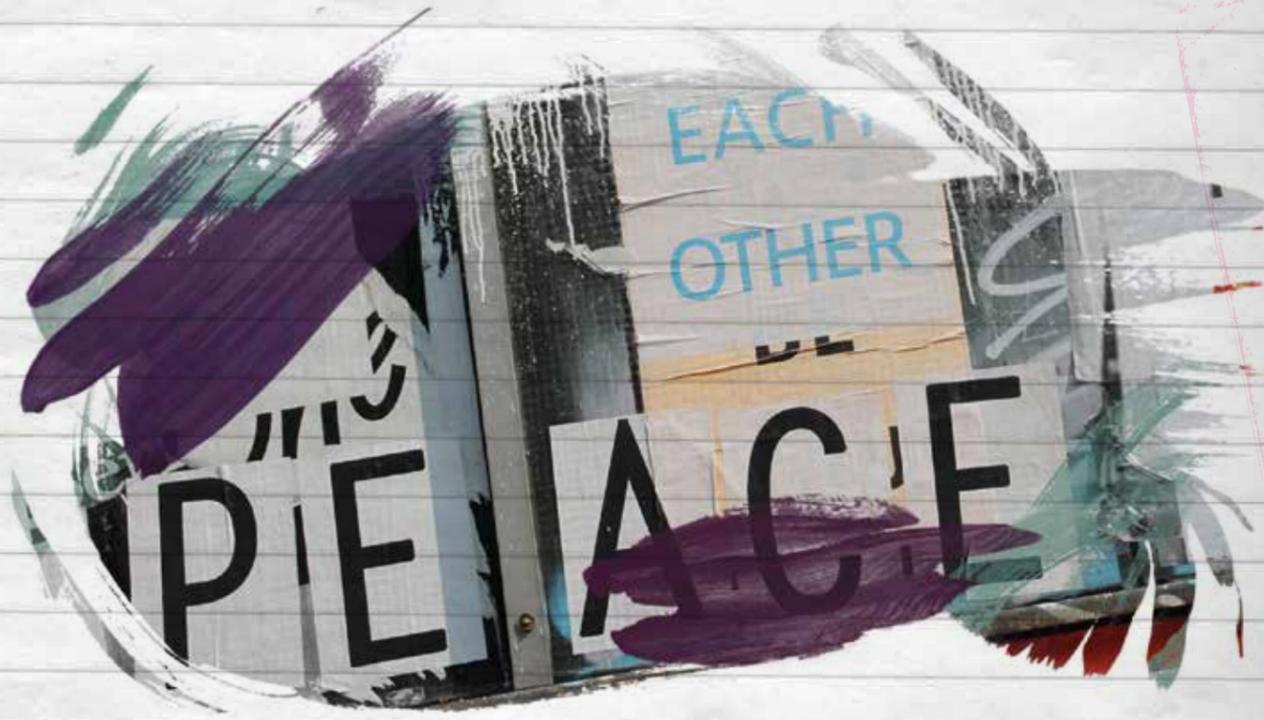
Mit geschätzten 500.000 Teilnehmern wird die Demonstration am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Ostberlin zur größten in der Geschichte der DDR.

04.11.1989

Ein neues Reisegesetz wird einen Tag früher als geplant von SED-Funktionär Günter Schabowski verkündet. Tausende strömen sofort an die Grenzübergänge nach West-Berlin. Kurz vor Mitternacht öffnen die Grenzer die ersten Schranken. Die Grenzöffnung ist heute als **Mauerfall** bekannt. ■

09.11.1989





Ein Brief an Honecker

von Sabine Bernard

Wer Almut Ilsen heute sieht, kann sich nur schwer vorstellen, dass sie in der DDR als Staatsfeind galt. Die 64-Jährige ist klein, zierlich, tiefe Lachfalten umrahmen ihren Mund. Dabei war sie Anfang der 1980er Jahre genau das: Mitglied einer staatsfeindlichen Gruppe. „Frauen für den Frieden“ nannten sie sich und kämpften in der Zeit des weltweiten Wettrüstens für Frieden und Abrüstung. Für ihre Überzeugungen mussten die Frauen jahrelange Repressalien hinnehmen.

Wenn Ilsen von damals spricht, dann spricht sie noch heute mit Überzeugung. Damals sei für sie ein Punkt erreicht gewesen, wo es ums Existenzielle ging. „Es ist Kriegsgefahr, unser Leben ist bedroht, unsere Kinder sind bedroht und ich kann mich jetzt nicht einfach in meinem Privatleben einrichten“, habe sie gedacht. Das wäre unverantwortlich gewesen. Sie habe etwas machen müssen.

Der Punkt, von dem Ilsen spricht, ist am 25. März 1982 erreicht. Der Tag, an dem die Volkskammer der DDR ein neues Wehrdienstgesetz verabschiedet. Zukünftig sollen im Ernstfall auch Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren „in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden“. Die Bevölkerung erfährt davon aus der Zeitung. Einen öffentlichen Diskurs über das Gesetz, das einen so großen Teil der DDR-Bevölkerung betrifft, gibt es nicht. Der Protest einzelner Frauen bleibt ungehört.

„Deswegen gab es die Idee, eine Gemeinschaftseingabe zu schreiben. Das hat einfach mehr Gewicht als die Stimme einer einzelnen Frau“, erklärt Ilsen. In dem Schreiben protestieren die Frauen gegen das Wehrdienstgesetz, fordern eine gesetzlich verankerte Möglichkeit auf Verweigerung des Wehrdienstes und suchen den Dialog mit der Regierung. Am Anfang sind sie nur zu siebt. Sie treffen sich in privaten

Wohnungen, diskutieren und formulieren das Protestschreiben. Danach sei jede in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis unterwegs gewesen. Am 12. Oktober 1982 wird der Protestbrief an Erich Honecker abgeschickt - 150 Frauen haben ihre Unterschrift unter das Papier gesetzt.

Ein paar Tage später klingelt die Stasi bei Ilsen an der Tür. Die Beamten wollen, dass sie ihre Unterschrift zurückzieht, schließlich sei sie doch für den Sozialismus und den Frieden. Die Angst vor einer Eskalation der militärischen Gewalt sei aber größer gewesen als die Angst vor politischer Verfolgung, sagt Ilsen. Wie sie bleiben die meisten Frauen standhaft. Nur eine zieht ihre Unterschrift zurück. Kurze Zeit später druckt das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Spiegel“ eine Abschrift der Eingabe. „Damit ist die Stimmung gekippt. Niemand hat mehr an Dialog geglaubt. Von da an waren wir ganz klar auf der Klassenfeindseite.“

Ulrike Poppe ist wie Almut Ilsen eine Frau der ersten Stunde. Sie erinnert sich noch heute an die „schikanöse Bewachung“. Bis in das Wartezimmer der Schwangerschaftsberatung sei ihr die Stasi gefolgt. Keine zwei Meter hätten die Beamten Abstand gehalten. Tag und Nacht saßen Stasi-Mitarbeiter in ihren Autos vor der Haustür. Mit der Zeit habe man Strategien entwickelt, um der Überwachung wenigstens kurzfristig zu entkommen. Durch Hauseingänge und Hinterhöfe, auf Mülltonnen und über Mauern klettert sie.

Gut ein Jahr nach dem Protestbrief an Honecker plant die Gruppe eine weitere öffentliche Aktion. Dem Aufruf „Verweigerung in Schwarz“ folgen rund 50 Frauen. Komplett in Schwarz gekleidet, verabreden sie sich vor dem Hauptpostamt am Alexanderplatz. Von dort wollen sie ihre Verweigerungsschreiben an die zuständigen Wehrkreiskommandos der Nationalen Volksarmee verschicken. Noch bevor sich Poppe auf den Weg macht, steht die Stasi vor ihrer Tür. Sie dürfe nicht gehen, heißt es. Poppe geht trotzdem. Mehrere Männer folgen ihr. Ihr Mann und die Kinder begleiten sie bis zur Straßenbahn. Als sich die Stasi-Beamten auf den Weg zu ihren Autos machen, nutzt Poppe den Moment. Ihr Ehemann übergibt ihr das mitgeführte Fahrrad. Sie fährt los und schafft es, vor ihren Verfolgern am Alexanderplatz anzukommen.

Dort haben bereits Stasi-Beamte in Zivil einige der anderen Frauen festgenommen. Die Männer versuchen auch Poppe zu greifen. Doch die Frauen halten zusammen, haken sich unter und schreien. Um einer Verhaftung zu entgehen, flüchtet Poppe in ein Café. Von dort ruft sie Freunde und den Superintendenten der Kirche an. Unter ihrem Schutz tritt sie den Heimweg an. Im Auto hinter ihr folgt die Stasi. In solchen Momenten denkt Poppe: „Ihr seid nicht allmächtig. Wir können euch austricksen.“ Knapp zwei Monate später wird die Stasi Ulrike Poppe wegen „Verdachts auf landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ festnehmen. Sechs Wochen wird sie in der berüchtigten Untersuchungsanstalt Hohenschönhausen sitzen.



Almut Ilsen wohnt noch heute in ihrer Wohnung am Prenzlauer Berg, in der sich die „Frauen für den Frieden“ in den 1980er Jahren trafen.



Ulrike Poppe wurde ihrer Überzeugung wegen von der Stasi für sechs Wochen in Haft genommen. Heute ist sie die brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Nach dem Berliner Vorbild bilden sich im ganzen Gebiet der DDR „Frauen für den Frieden“-Gruppen. Auch über die Staatsgrenzen hinweg vernetzen sich die Frauen mit anderen „Frauen für den Frieden“-Gruppen in Westeuropa. Der Austausch findet meist über persönliche Kontakte statt. Telefon und Briefverkehr werden von der Staatssicherheit überwacht.

Nicht nur von außen wird die Gruppe bespitzelt. Gezielt versucht die Stasi, Inoffizielle Mitarbeiterinnen in die Gruppe einzuschleusen. Darüber ist sich auch der Kern der Gruppe bewusst. „Wir wollten uns nicht verrückt machen und nicht jede neue Frau misstrauisch betrachten“, sagt Ilsen. „Sonst hätten wir uns paralyisiert.“ Die Gruppe arbeitet weiter, ist für neue Mitglieder zugänglich. „Wir gingen offen mit unseren Überzeugungen um. Wir wollten uns bekennen und andere mitnehmen, sie ermutigen, zu sagen, was man denkt. Grundrechte leben, die uns formell zugesagt waren, aber die wir de facto nicht hatten“, sagt Poppe. Im Laufe der Zeit seien sie aber misstrauischer geworden. Sensible Informationen wurden nur noch im engen Kreis ausgetauscht.

Als eines Tages Monika H. zur Gruppe stößt, schöpft Almut Ilsen keinen Verdacht. Auch nicht, als eines Tages die Box mit den Adressen und Telefonnummern sympathisierender Frauen für ein paar Stunden unauffindbar ist. Poppe hingegen war bereits im Vorfeld vor Monika H. gewarnt worden. „Wir hatten uns aber darauf geeinigt, nicht über Verdächtigungen zu reden, denn wir wussten, dass die Staatssicherheit ja auch Indizien streut, die so einen Verdacht bewusst erzeugen. Deswegen habe ich nur mit einer einzigen Frau über Monika gesprochen. Ich hab immer wieder daran gedacht, aber ich konnte es ja nicht beweisen“, erzählt Poppe.

Nach dem Mauerfall sollte sich zeigen, dass ihr Misstrauen richtig war. Monika H., die mit den Frauen Weihnachten feierte, Poppes Wohnungsschlüssel besaß, Katzen fütterte und Blumen goss, war eine Inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit.

Repressionen gegen die eigene Person nehmen die Frauen in Kauf. Doch viele von ihnen sind auch Mütter. Als Poppes Sohn in die Schule kommt, informiert die Direktorin das Kollegium über den Sohn der „Staatsfeindin“. Auch die Anmeldung an der Musikschule versucht die Stasi zu verhindern. „Als ich das erfahren habe, bin ich fast zusammengebrochen. Ich bin heulend nach Hause gegangen und habe mir gesagt: Solange ich mein eigenes Leben beschädige, ist das meine Verantwortung, aber kann ich es noch verantworten, das Leben meiner Kinder zu beschädigen?“, sagt Poppe.

Die Angst der Frauen ist nicht unbegründet. Nicht nur sie, sondern auch ihre Männer, die Väter ihrer Kinder, sind in Protestgruppen organisiert. Werden die Eltern verhaftet, droht den Kindern das Heim: die systematische Umerziehung zum regimetreuen Genossen. Zum Schutz schreiben die Frauen Vollmachten, die sie bei Freunden und der Kirche hinterlegen. Auch Almut Ilsen schreibt vor 30 Jahren eine solche Vollmacht und gibt sie einer Freundin, der sie im Ernstfall eines ihrer Kinder anvertrauen will. Anfang August 2014 hat Ilsen genau diese Originalvollmacht von ihrer Freundin zurückerhalten. „Ich hab mir das Schreiben angeguckt und da wurde mir wieder ganz übel - heute noch.“ ■

Fläche DDR 108.179 km²

Fläche Westdeutschland 248.989 km²

Einwohnerzahl DDR 16,4 Millionen
 Einwohnerzahl Westdeutschland 62,7 Millionen

Ausländeranteil DDR 1,2%
 Ausländeranteil Westdeutschland 7,8%

Monatliches Durchschnittseinkommen DDR 1.300 DDR-Mark
 (Wechselkurs 1989: 1 DM = 4,40 DDR-Mark)

Monatliches Durchschnittseinkommen Westdeutschland 3.333 DM

Offizielle Mitarbeiter Staatssicherheit 91.000
 Inoffizielle Mitarbeiter Staatssicherheit 173.000
 Deutsche Volkspolizei 257.000

Polizeibeamte Gesamtdeutschland 2012 **244.000**

Kraftfahrzeuge DDR 9 Millionen
 Wartezeit auf einen Trabant bis zu 10 Jahre
 Kaufpreis Trabant 600 Luxusversion 8.840 DM
 Kaufpreis Wartburg de Luxe 17.200 DM

Kleingärten DDR 855.000
 Wochenendgrundstücke DDR 2.600.000

Suizidhäufigkeit
 DDR (1982) 44 Personen auf 100.000 Einwohner
 Westdeutschland (1982) 24,7 Personen auf 100.000 Einwohner
 Gesamtdeutschland (2010) 9,9 Personen auf 100.000 Einwohner

Haushalte DDR mit Farbfernseher 52%
 Haushalte Westdeutschland mit Farbfernseher 94%

Haushalte DDR mit Telefon 9%
 Haushalte Westdeutschland mit Telefon 98%

Vollzeitbeschäftigte Lehrer DDR 167.207
 Vollzeitbeschäftigte Lehrer Gesamtdeutschland (2012) 408.536

Schüler pro Lehrer DDR 12,3
 Schüler pro Lehrer Westdeutschland (2010) 16,7

Anteil Frauen an den Erwerbstätigen in der DDR 47%
 Anteil Frauen an den Erwerbstätigen in Westdeutschland 42%
 Anteil Frauen an den Erwerbstätigen in Gesamtdeutschland (2014) 46%

Wenn nicht anders gekennzeichnet, Zahlen aus dem Jahr 1989



Fernsehzuschauer in den 1970er Jahren, im Bildschirm: Joachim Jauer (l.) interviewt Annemarie Renger (r.), Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, vor dem Eingang zur DDR-Volkskammer im Palast der Republik (1980).

Fernsehauftritte als Schutz

von Martin Herzer

Viele Mutbürger im Ostblock standen in Kontakt mit westlichen Journalisten. Der Umgang mit „Westmedien“ brachte Oppositionelle in Gefahr, hatte jedoch auch eine Schutzfunktion. Joachim Jauer arbeitete als ZDF-Korrespondent in verschiedenen Ostblockstaaten. Ein Gespräch über geheime Oppositionstreffen, Agents Provocateurs und die Notwendigkeit, auch in einer Diktatur beide Seiten zu hören.

Herr Jauer, als Korrespondent im Ostblock waren Sie auf Kontakte zu mutigen Oppositionellen angewiesen. Verbindungen mit Westmedien konnten Regimegegner jedoch in Gefahr bringen. Wie haben Sie diesen Konflikt gelöst?

Wir filmten nur Leute, die damit ausdrücklich einverstanden waren. Außerdem diskutierten wir mit Oppositionellen vorher immer die Risiken eines Fernsehauftritts. Hier ist ein Punkt sehr wichtig: Die Tatsache, dass wir über Menschen berichteten, mit Gesicht und Stimme, bedeutete für sie Schutz. Solange ein Dissident im Westfernsehen zu sehen war, traute sich die Staatssicherheit nicht, ihn verschwinden zu lassen. Václav Havel zum Beispiel haben sie bedrängt und verhaftet, aber sie konnten ihn nicht verschwinden lassen. Weil sonst sofort die Presse gefragt hätte: Wo ist der hingekommen?

War es schwierig, mit Oppositionellen Kontakt aufzunehmen?

Nein, Oppositionelle gingen meist offen auf uns Westkorrespondenten zu. Man musste dabei aufpassen, nicht an einen Agent Provocateur, also einen falschen Oppositionellen der Ost-Geheimdienste, zu geraten. Mit einigen Dissidenten hatten wir ein vertrauensvolles Verhältnis. Wenn wir sie interviewten, überlegten wir vorher oft gemeinsam bestimmte Formulierungen. Wie sagt man das am besten, ohne zu sehr zu provozieren? Oder sollte man an dieser Stelle besonders kräftig etwas sagen? Die Verantwortung der westlichen Journalisten war sehr groß. Das hat mir die ein oder andere schlaflose Nacht gebracht. Ich habe mich gefragt: Was tust du diesen Leuten eventuell an? Aber sie haben selbst Wert darauf gelegt, ins Fernsehen zu kommen.

Waren Treffen mit Oppositionellen auch mal konspirativ, mit Übergabe von geheimen Dokumenten auf Bahnhofstoiletten?

Nein, so lief das nicht. Aber es hat durchaus sehr geheime Geschichten gegeben. Einmal kam eine Delegation unter der Leitung des führenden polnischen Oppositionellen der Gewerkschaft Solidarność, Adam Michnik, über die Grüne Grenze nach Prag. Dort traf sie tschechische Oppositionelle der Charta 77 im Amtssitz von Kardinal Tomášek. Das Treffen war absolut geheim, aber ich war eingeladen zu drehen. Ich wartete danach, bis ich ein Signal hatte, dass Adam Michnik wieder über die Grüne Grenze heil zurück in Polen war. Erst dann haben wir das Material gesendet. Da ist die Staatssicherheit in der Tschechoslowakei im Quadrat gesprungen. So etwas hat es gegeben. Aber keine konspirativen Treffen auf Toiletten.

Wie brachte man persönliche Sympathie für Oppositionelle mit dem Anspruch auf eine möglichst objektive Berichterstattung in Einklang?

Es war wichtig, als westlicher Korrespondent nicht ausschließlich über die Opposition zu berichten. Sondern auch über andere Vorgänge. Weil Sie sonst nicht glaubwürdig sind. Weil Sie sonst nur Sprachrohr der Opposition sind. Das wollte ich auch sein, aber in einem entsprechenden Anteil. Wenn ich nur mit Oppositionellen rede, verliere ich den Status als Journalist, der alle Seiten betrachtet. Der Grundsatz „audiatur et altera pars“, also auch die andere Seite zu hören und zu betrachten, ist zwingend notwendig. Deshalb berichtete ich kritisch über den sozialistischen Alltag, aber auch über kulturelle oder wirtschaftliche Ereignisse, etwa eine Wirtschaftsmesse. Das war wichtig.

Gab es auch Oppositionelle, die nichts mit Ihnen zu tun haben wollten?

Ja sicher, die gab es. Ich habe niemanden gezwungen oder gedrängt, vor die Kamera zu gehen. Ich habe das deren Entscheidung überlassen.

Wie war das Interesse in der Bundesrepublik an Ihrer Berichterstattung über mutige Bürger in der DDR und dem Ostblock in den 1970er und 1980er Jahren?

In der DDR waren etwa 20 westdeutsche Korrespondenten von Zeitung, Hörfunk und Fernsehen akkreditiert. Deren Berichterstattung wurde vor allem von Leuten mit Freunden und Verwandten in der DDR intensiv verfolgt. Aber eine deutliche Mehrheit im Westen hat sich kaum für die DDR interessiert. Für DDR-Bürger waren West-Rundfunk und -Fernsehen ungeheuer wichtig. 1968 drehte ich „Potsdam heute“, den ersten Farbdokumentarfilm über die DDR überhaupt. Der Film lief um 20.15 Uhr im ZDF mit einer geringen Einschaltquote. Parallel lief bei der ARD ein Tierfilm mit einer sehr viel besseren Quote. Damals gab es ja nur zwei Kanäle. Aber 1988 und 1989 waren die Vorgänge in Osteuropa plötzlich Spitzenthema, als sich der sozialistische Block langsam auflöste. Dann hatten wir als Osteuropa-Korrespondenten Hochkonjunktur.

Und wie sieht es mit der Erinnerung an die damaligen Oppositionellen heute in Deutschland aus?

Mir scheint, dass sich in Deutschland die Erinnerung sehr auf die Opposition in der DDR konzentriert. Das ist auch gut so, denn DDR-Oppositionelle waren mutig und wichtig. Aber die Revolution von 1989 fand ja im gesamten Ostblock statt. Ohne die couragierte Vorarbeit der Oppositionellen in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn hätte es den Mauerfall wohl damals nicht gegeben. Dort organisierte sich die Opposition teilweise viel früher und umfassender als in der DDR. Namen wie Csilla von Boeselager oder Václav Malý sind heute in Deutschland weitgehend unbekannt, obwohl diese Leute eine zentrale Rolle für den Umsturz in Osteuropa spielten. Vor allem die Vorreiterrolle Ungarns und Polens wird oft übersehen. Schon am 2. Mai 1989 begann Ungarn mit dem Abbau der Grenzanlagen zu Österreich – der Anfang vom Ende der Spaltung Europas in Ost und West.

Herr Jauer, vielen Dank für das Gespräch. ■



Joachim Jauer, langjähriger

ZDF-Korrespondent in der DDR und Osteuropa.

JOACHIM JAUER – WICHTIGSTE STATIONEN

- Leiter des ZDF-Büros in Ostberlin (1978 bis 1982)
- Redaktionsleiter und Moderator bei „Kennzeichen D“, einer ZDF-Magazinsendung über die beiden deutschen Staaten (1982 bis 1984 und 1990 bis 1995)
- Sonderkorrespondent des ZDF in Mittel- und Ost-Europa (1987 bis 1990)
- ZDF-Korrespondent Mittel- und Ost-Europa mit Dienstsitz in Wien (1995 bis 1999 – Jugoslawienkriege)
- Leiter des ZDF-Studios Berlin (1999 bis 2002)

Buchveröffentlichung:

Joachim Jauer, „Urbi et Gorbis. Christen als Wegbereiter der Wende“, Herder Verlag, 352 Seiten

Zeichnen unter Zensur

von Larissa Rohr

Eine Karikatur zeigt auf ironische Weise Misstände auf. In Diktaturen haben es ihre Zeichner dementsprechend schwer. In der DDR wurden Karikaturen zensiert oder im Geheimen aufbewahrt.



Die Geschichte zweier Karikaturisten, die auf ganz unterschiedliche Weise mit Tusche und Feder gegen das System „anzeichneten“.

Es ist ein Tag im frühen November 1989. Mitten im Trubel der großen Umwälzungen. Barbara Henniger spürt, dass etwas in der Luft liegt: Auflösungserscheinungen, Mut, Hoffnung. Henniger geht in ihr Strausberger Atelier im Osten von Berlin – eine kleine Bretterbude, drei auf vier Meter, von oben bis unten vollgestopft mit Zeichnungen, Ordnern und ihrer Wackelfiguren-Sammlung. Sie setzt sich an ihren Schreibtisch, nimmt Schmierpapier und Bleistift und beginnt zu zeichnen: Mit einem Megafon steht der Staatsratsvorsitzende Egon Krenz auf einem Floß, seine Krawatte weht im Meeressturm. Sechs Genossen rudern gegen die Strömung an. Hinter Krenz türmt sich etwas auf: eine Flutwelle aus Papier, Briefen und Bürgereingaben. „Vorwärts!“, schreit Krenz und treibt die Genossen an, um der Welle entfliehen zu können.



Zur gleichen Zeit sitzt Dirk Moldt an seinem Schreibtisch in einer Zweizimmerwohnung in Berlin-Friedrichshain. Neben ihm liegen Untergrundpublikationen – der „moAning Star“ und die „Umweltblätter“. Und dann steht da noch ein kleines Tuschefass. Auch er beginnt zu zeichnen: einen Pflasterstein, versehen mit dem Anarchisten-A. „Keine Aussicht auf Veränderung. Schluss damit durch Revolution“ steht da. Diese und andere Zeichnungen packt er zusammen mit seinem Kalender in einen Koffer und stellt ihn bei seiner Nachbarin ab. Eine Vorsichtsmaßnahme, für den Fall, dass die Stasi vorbeischaute.





NATÜRLICH, DIE LEBENSMITTELMARKEN SIND WEIL
 ABER NOCH GIBT ES KOHLENKARTEN
 UND SOLANGE ES DIE GIBT, WIRD ES
 AUCH ZENSUR GEBEN!



Barbara Henniger setzt sich in ihre beige Wartburg-Limousine und fährt in die „Eulenspiegel“-Redaktion, Karl-Liebknecht-Straße 29, 13. Etage. Dort wartet man bereits auf ihre Flutwellen-Skizze, ein Auftragswerk für die Titelseite des DDR-Satire-Magazins. Chefredakteur Gerd Nagel begutachtet die Karikatur. Die papierne Flutwelle aus Bürgereingaben stört ihn. Das geht ihm dann doch zu weit. Eingaben sind die einzige Möglichkeit für DDR-Bürger, sich zu beschweren und an die Obrigkeit Anliegen vorzubringen. Er entscheidet, dass Henniger eine übliche Meereswelle daraus machen soll. Überrascht ist die Karikaturistin nicht. Sie hat es nicht anders erwartet, sagt sie heute, legt ihre Hände in den Schoß und schaut über ihren dünnen Brillenrand nach draußen in den Garten.

Karikaturen müssen Erdbeben hinterlassen

Barbara Henniger war in der DDR eine angesehene Karikaturistin. Sie zeichnete als freie Mitarbeiterin für den „Eulenspiegel“, das einzige offizielle Satiremagazin in der DDR. Sie war Mitglied der Berufsorganisation „Verband Bildender Künstler“, erhielt Privilegien und Steuervergünstigungen, durfte an Ausstellungen teilnehmen und Berufsreisen unternehmen. Doch sie musste sich zügeln, genau wie ihre Kollegen beim „Eulenspiegel“: Satire durfte nur am Rande der Parteilinie stattfinden. Die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED hielt ihren Daumen drauf, definierte Tabuthemen oder stampfte Ausgaben sogar ein. Dirk Moldt dagegen bewegte sich außerhalb des Systems. Die meisten seiner Zeichnungen und Karikaturen hat er nur seinen Freunden gezeigt. Manche sind in Untergrundpublikationen erschienen, mit einer Auflagenzahl von etwa 1000 Exemplaren. Einige Bilder hat er als Postkarten in Rumänien verkauft. Manchmal sorgten sich seine Freunde wegen seiner unverkennbar kritischen Zeichnungen um ihn. Er selbst hatte keine Angst, im Gegenteil: Mit seinen Karikaturen wollte er ein Erdbeben hinterlassen. „Ich habe mich im Gegensatz zu einigen anderen Zeichnern mit meinen Karikaturen klar zu politischen Themen geäußert“, sagt Moldt. Doch wie er sich eingestehen muss, sind die meisten seiner Werke für die Schublade entstanden. Wirklich dafür interessiert habe sich bis heute keiner.

Tinte aus dem Westen für 80 Mark

Moldt war fünfzehn oder sechzehn, als er angefangen hat „zu krakeln“, wie er das heute nennt. Irgendwann sei ihm bewusst geworden,

dass er ein Händchen dafür habe. Im Wehrkundeunterricht habe der Lehrer über Heldentum referiert. Er, Moldt, zeichnete einen Soldaten, der einen anderen Soldaten festnahm. Der Festgenommene in seiner Zeichnung sagte: „Ergib dich, ich habe die höhere Moral.“ Der Lehrer habe ihn erwischt, aber er sei in Ruhe gelassen worden, erinnert sich Moldt. Das Zeichnen war für ihn ein meditativer Schaffensprozess. „In diesem Moment war mein Gehirn ganz frei, und während ich zeichnete, sind in meinem Kopf schon neue Ideen entstanden.“ Mit einem Bleistift skizzierte er Eckmotive auf dickes Kartonpapier, fuhr sie mit Tusche nach, radierte die dünnen Bleistiftstriche weg. Manchmal kratzte er seine Bilder direkt in Matrizen, um sie in Untergrundblättern zu drucken. Die Matrizen kamen aus Tschechien oder wurden von Journalisten aus dem Westen in die DDR geschmuggelt. Eines Tages kam ein Freund, Micha Wartenberg, mit einem Tintenfasschen auf ihn zu und sagte: „Moldti, die kostet 80 Westmark, ich brauche die nicht mehr.“ Die Tinte hat er dann immer in ein kleines Gläschen gegossen, seine Feder hineingetunkt. Manchmal verwendete er auch rumänische Aquarell-Farben. „Die hatte fast keiner in der DDR“, sagt er stolz.

Bezirksausstellungen: „Angepasste Schleimscheißer- Zeichnungen flogen raus“

Barbara Henniger kaufte ihre Utensilien im künstlerischen Materialbedarf extra für Mitglieder des „Verbandes Bildender Künstler“. Zwischen Bleistift-Skizze und fertiger Reinzeichnung lag im Vergleich zu Moldts Schubladenzeichnungen ein zusätzlicher Schritt: das „Ja“ des Chefredakteurs. Er stand in der Redaktion, zwischen den Zeichnern und der „Abteilung Agitation und Propaganda“ des Zentralkomitees der SED. Er musste seinen Kopf halten, wenn eine Ausgabe mal wieder eingestampft wurde. Er musste sich bei der Parteiführung rechtfertigen, wenn eine Zeichnung zu kritisch war. „Doch ein angepasster Chefredakteur ließ es gar nicht so weit kommen“, erzählt Henniger.

Neben dem „Eulenspiegel“ mit einer Auflage von 500.000 Exemplaren gab es noch regelmäßig Bezirksausstellungen in einem Raum unter dem Berliner Fernsehturm. Dort konnten die Karikaturisten Werke zeigen, die für das Satiremagazin „zu gut“ gewesen seien. So sieht es zumindest Barbara Henniger rückblickend. Der Spielraum für kleine Frechheiten sei bei den Bezirksausstellungen größer gewesen, ganz nach dem Motto: je weniger Zuschauer, desto geringer die Zensur. 10.000 oder 20.000 Leute seien gekommen, so Henniger. Die Künstlerin sah die Ausstellungen als ein Ventil für die Bürger. „Die Menschen sind dorthin gegangen, um kritische Zeichnungen zu sehen. Zwischen den Leuten und uns Karikaturisten gab es sozusagen eine Verbrüderung im Geiste.“ Manchmal war die gebürtige Dresdnerin ein Mitglied der Auswahljury, die die Karikaturen-Schau organisierte und

geeignete Werke auswählte. „Angepasste Schleimscheißer-Zeichnungen sind ganz klar rausgeflogen“, sagt sie mit Nachdruck. Doch sie muss einräumen, dass die SED auch bei den Ausstellungen mit strengem Blick hinschaute.

Angepasst, zahm, normal

Bezirksausstellungen, Bücher, Postkarten und der „Eulenspiegel“ – Hennigers Wirkungsbereich als Karikaturistin in der DDR war weitaus größer als der von Moldt. Die Künstlerin wollte den legalen Weg gehen, von innen heraus etwas verändern: „Ich hatte immer das Prinzip, dass man den Fuß in die Tür kriegen muss. Und wenn der Fuß in der Tür ist, dann immer weiter drücken, drücken, drücken, damit die Tür langsam aufgeht.“ Mit Metaphern und Symbolen wollte sie in ihren Karikaturen versteckte Zeichen setzen. „Codierung“ nennt sie das. Die Bürger konnten das dann entziffern.



Ein Zwerg steht zwischen abgeholzten Baumstämmen. Seine Zipfelmütze wurde genau wie die umstehenden Bäume abgeschlagen. Doch weil er sich so klein gemacht hat, ist sein Kopf noch heile. Der Zwerg symbolisiert Künstler und Medien, die im System DDR gleichgeschaltet waren und dazu erzogen wurden, nicht aufmüffig zu sein. Zu Hennigers eigener Überraschung wurde diese Zeichnung 1980 – vier Jahre nach der Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann – im „Eulenspiegel“ gedruckt. „Die Zensur hat das nicht gemerkt, aber die Leute haben das verstanden. Das sind so Sachen, über die wir uns gefreut haben“, sagt Henniger und lächelt verschmitzt. Eine Karikatur, die sich an Partei und Chefredakteur vorbei ins Blatt gemogelt hat: Das war für Henniger ein echter Sieg!

Für Moldt dagegen ist die Kahlschlag-Karikatur „eine eher seichte Zeichnung“, angepasst, zahm, normal. „Der Eulenspiegel, das war schäbiger und hämischer Humor. Die Leute, die dort mitgearbeitet haben, hatten eine Schere im Kopf.“ Einige seiner Zeichnungen habe er dem „Eulenspiegel“ angeboten, doch seine eher schräg gebürsteten Werke mit den Kulleraugen-Figuren wurden jedes Mal abgelehnt. Manchmal bekam er keine Antwort aus der Redaktion, manchmal sagte man ihm, der Strich sei zu schwach. Seine Karikatur „Querulanten“ zeigte Bürger, die von der Nationalen Volksarmee unter einem Stahlhelm zusammengepfercht wurden. Damals wäre es undenkbar gewesen, solch eine Zeichnung der „Eulenspiegel“-Redaktion anzubieten. „Ach Quatsch, das konnte man nicht machen. Die Volksarmee war für den Frieden da“, so Moldt ironisch.



Dirk Moldt

- 1980-1984: Uhrmacher in Ostberlin
- Ab 1985: Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „mOaning Star“ und Mitarbeit in weiteren SED-kritischen Untergrundpublikationen
- 1983-1989: Organisation von Veranstaltungen bei der Offenen Jugendarbeit Berlin, der Kirche von Unten und der Umweltbibliothek
- Arbeitet heute als freier Mitarbeiter bei Verlagen und Kulturinstitutionen



Barbara Henniger

- 1938 in Dresden geboren
- Abgebrochenes Architekturstudium an der Technischen Hochschule Dresden
- 1959-1967: Journalistin beim „Sächsischen Tagblatt“
- Seit 1967 freischaffende Buchillustratorin und Künstlerin mit Beiträgen für „Eulenspiegel“ oder „Märkische Allgemeine Zeitung“.
- 1984: Kunstpreis der DDR



Opportunisten oder listige Bürger?

25 Jahre später sitzt Dirk Moldt auf einem dunkelgrünen, abgewetzten Ledersessel. Er hat die Beine übereinander geschlagen, graue, fusselige Hausschuhe baumeln an seinen Füßen, auf seinen Oberschenkel hat er einen dicken grauen Ordner platziert. Vergilbte Blattfetzen, verblichene Kopien, lose Blätter verstecken sich darin. Dazwischen: fein säuberlich eingehaftete Klarsichtfolien, an denen bunte Post-its heften. Für ihn war klar: Die SED habe in Künstlern wie Barbara Henniger Menschen gesehen, die die eigene Politik unterstützen sollten. Sie hatten im System eine klare Funktion: ein kleines Ventil zum Lachen und Druckablassen.

Fragt man Henniger nach ihrer Rolle als Karikaturistin, fallen Wörter wie „Stellvertreterfunktion“, „Katalysator“, „Seelsorger“. In ihrer Strausberger Gartenlaube – weit weg von der Großstadt, im grünen Idyll – konnte sie kreativ sein. Doch als mutig würde sie sich nicht bezeichnen. „Ich habe eben den legalen Weg gesucht, um mit meinen Karikaturen den Menschen Mut zu machen.“

Heute kümmert sie sich um ihren Garten, trocknet Oregano und Thymian auf silbernen Backblechen, brennt Kräuterlikör aus Eberraute oder bereitet Zitronencreme zu. „Selbstversorgermentalität“ nennt sie das. Gelegentlich zeichnet sie auch noch. Für sie waren die Leute in der Opposition wichtig. „Aber wir waren auch wichtig“, meint sie. Henniger nennt das Arbeitsteilung. Die einen zeichneten im Untergrund oder gingen mit einem Plakat auf die Straße, erreichten damit aber nur einen kleinen Kreis von Sympathisanten. Im „Eulenspiegel“, der unterm Ladentisch verkauft wurde, und in Ausstellungen fanden die Zeichnungen ein viel größeres Publikum. Für Henniger ist klar: „Einige sagen, wir waren Opportunisten. Aber ich nenne das List.“ ■



Buchtip: Sylvia Klötzer: Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR

Film, Zeitung, Kabarett in der DDR (Zeithistorische Studien, Band 30), Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2006, 261 Seiten, ISBN 3 412 15005 3, 34,90 €

**Verband Bildender Künstler**

- Gründung im Juni 1950 als Berufsorganisation für Künstler in der DDR
- Gliederung in Bezirksverbände und Sektionen, von denen sich eine mit „Karikatur und Pressezeichnung“ beschäftigte
- Mitglieder erhielten verschiedene Privilegien, wie Steuerbegünstigungen, öffentliche Aufträge, Renten- und Krankenversicherung über den Verband, die Teilnahme an Bezirksausstellungen oder die Finanzierung von Studienreisen
- Zeichenutensilien konnten die Mitglieder in speziellen Geschäften kaufen
- Wird heute als „System umfassender Versorgung und Kontrolle“ (Uta Grundmann, 2012) bezeichnet

Quelle: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/autonome-kunst-in-der-ddr/55784/ddr-kunst-im-kontext-von-geschichte-politik-und-gesellschaft>

Eulenspiegel

- Seit 1954 einzige Satirezeitung in der DDR mit einer limitierten Auflage von 500.000 Exemplaren
- Wurde von der „Abteilung Agitation und Propaganda“ des Zentralkomitees der SED kontrolliert, zum Beispiel durch die Besetzung des Chefredakteurspostens, die Drohung mit materiellen Sanktionen, das Einstampfen von schon gedruckten Zeitungen oder die Definition von Tabuthemen

Quellen: <https://web.archive.org/web/20070205004137/http://www.eulenspiegel-zeitschrift.de/Presse/presse.html>

Sylvia Klötzer: Satire und Macht. Film, Zeitung, Kabarett in der DDR (Zeithistorische Studien, Band 30), Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2006

mOAning Star

- Ostberliner Untergrundpublikation, Zeitschrift der Offenen Arbeit und der Kirche von Unten, die von 1985 bis 1989 mit einer Auflage von etwa 1000 Exemplaren erschienen ist
- Kommentierte und kritisierte auf zynische Weise tagespolitische Ereignisse
- Wurde mit dem Vermerk „Nur zum innerkirchlichen Gebrauch“ versehen, der die staatliche Zensur begrenzte

Quelle: <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=5093>



Florian Kessler hat sich Demonstrationen in ganz Deutschland angesehen und findet: Empört euch!

»Das Gegengift zur politischen Erstarrung«

von Julia Autenrieth

„Mutbürger – die Kunst des neuen Demonstrierens“ lautet der Titel des Buches von Florian Kessler. Seine These: Demonstrieren und Protestieren verändern gerade unsere gesamte Gesellschaft von Grund auf – und das ist gut so.

Ihr Buch trägt den Titel „Mutbürger“. Wie mutig muss man heute noch sein, um demonstrieren zu gehen?

Mein Titel richtet sich vor allem gegen einen anderen Begriff der letzten Jahre. Es gab ja die Rede vom „Wutbürger“, der einfach nur wütend und wenig konstruktiv sei, wenn er demonstrieren geht. Ich dagegen finde es zunächst einmal durchaus mutig, wenn man überhaupt versucht, seine politische Meinung in irgendeiner Weise einzubringen. Da probieren Leute etwas, das erstmal einfach nur geringfügig unbequem ist, nämlich aufstehen und auf die Straße hinausgehen. Mutig und unbequem ist es aber auch, weil sie sich trauen, sich mit ihren eigenen Meinungen zu exponieren.

Ich finde, wir haben in der Bundesrepublik kein politisches Apathieproblem. Wenn man sich Demonstrationen und ähnliche Formen politischer Beteiligung anschaut, kann man eine sehr mutige Republik erleben, in der mit viel Elan um Ideen gestritten wird.

Trotzdem sagen Sie, dass unsere Gesellschaft noch mehr empörte Menschen braucht. Wieso?

Es gibt ja nicht nur die Rede von einer angeblichen Politikmüdigkeit der Bevölkerung, sondern auf der anderen Seite auch die Gefahr der politischen Erstarrung. Ich glaube, dass Bürgerinitiativen und überhaupt bürgerliches Engagement da eine Art

Gegengift sind. Es kann eine Demokratie revitalisieren, wenn die Bürger versuchen, sich auf viele verschiedene Weisen selbst einzubringen. Es gibt immer wieder die Tendenz, dass Proteste radikal verboten werden. Beispielsweise gab es letztes Jahr in Hamburg den Versuch, die gesamte Innenstadt zum Gefahrengbiet zu erklären, um dort das Recht auf Demonstrationen zu unterbinden. Das halte ich nicht für sinnvoll. Es muss einfach viele verschiedene Möglichkeiten geben, Demokratie demokratisch zu gestalten, und dazu gehört auch, dass Menschen für ihre Anliegen auf die Straße gehen können.

Also reicht es nicht, den Willen nur an der Wahlurne ausdrücken zu können?

Ich glaube, dass es für die Bürger über die vergangenen Jahrzehnte hinweg immer selbstverständlicher geworden ist, sich auf viele verschiedene Weisen demokratisch einzubringen. Besonders durch den digitalen Wandel können jetzt zumindest theoretisch alle jederzeit mitsprechen und Themen diskutieren. Es reicht vielen Bürgern einfach nicht mehr, nur alle vier Jahre ein Votum abgeben zu können. Ihr Interesse sollte auf möglichst viele Arten und Weisen einbezogen werden, etwa durch Volksabstimmungen und andere beteiligende Verfahren. Aber auch Proteste und überhaupt jede Form von Willensbekundung sind erstmal an sich nichts Schlechtes oder schaden gar der Demokratie.

Aber eigentlich entscheidet in einer Demokratie auch immer die Mehrheit. Gewinnen dann so nicht die, die am lautesten schreien?

Es gibt ja nie nur Demonstrationen, sondern immer auch Gegendemonstrationen. Man kann bei den meisten politischen Themenfeldern nicht davon sprechen, dass lediglich eine einzige aufgeputschte Meinung auf der Straße durchgedrückt würde. Wir erleben eher, dass viele verschiedene Initiativen und Gruppen versuchen, viele verschiedene Ziele auf die politische Agenda zu bringen. Da habe ich eher das Gefühl, dass ein polyphoner Chor von Meinungen vorgetragen wird.

Wen trifft man denn momentan an auf Demonstrationen?

Soziologen haben in den letzten Jahren beschrieben, dass der Protest seine angestammten Milieus, also in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit besonders linksalternative Milieus, verlassen hat. Es gab in den sozialen Bewegungen immer große gemeinsame Themen, die viele Gruppen unter einen

Hut brachten, etwa die Umweltbewegung oder die Friedensbewegung der 80er Jahre. Heute gibt es dagegen eine viel größere Zersplitterung. Nach allen Untersuchungen mobilisiert sich dabei die Mittelschicht besonders stark, was man durchaus problematisch finden kann. Oft treten solche Gruppen vor allem für ihre eigenen Anliegen ein. Sie protestieren zum Beispiel gegen Fluglärm, der sie selbst stört, oder für den Erhalt des altsprachlichen Gymnasiums ihrer Kinder, was in meinen Augen die Gefahr bergen kann, dass politische Beteiligung nur noch dem eigenen Personenkreis und den eigenen Interessen dienen soll. Gleichzeitig enden aber auch solche Proteste meiner Meinung nach fast nie vor der eigenen Haustür. Oft beginnen sie mit einem konkreten Anliegen, aber nach einiger Zeit weitet sich der Deutungsrahmen und mehr Reflexion setzt ein, wie das etwa bei den Protesten gegen Fluglärm der Fall ist, wo viel über Infrastrukturprojekte generell und Umweltproblematiken nachgedacht wird.

Das heißt, nicht nur die Politik wird verändert, sondern auch die Menschen, die demonstrieren gehen?

Definitiv. Ein anderes tolles Beispiel dafür ist die Atomkraftbewegung, die fast nur mit den betroffenen Anwohnern der ersten Atommeiler angefangen hat. Daraus hat sich aber im Laufe der Jahrzehnte eine hochkomplexe Bewegung entwickelt, die mit eigener Infrastruktur und eigener Wissensbildung längst ihren Kinderschuhen entwachsen ist. Die Leute vom Anfang diskutieren auf einem völlig anderen Stand über völlig andere Themen. Als ich in Gorleben war, wo seit den frühen 70er Jahren sehr viel protestiert wird, war das für mich eine unglaubliche Erfahrung. Der zivile Zusammenhalt war dort ganz anders und es herrschte viel mehr Diskussion als anderswo. Dieser Protest hat auch die Menschen dort und die Gemeinschaft verändert.

Sie haben viele Demonstrationen besucht und einiges gesehen. Was war die eindrücklichste Szene, die sie auf einer Demonstration erlebt haben?

Bei den Demonstrationen in Stuttgart habe ich eine alte Frau kennengelernt und bin mit ihr bei strömendem Regen unter dem Regenschirm gelaufen. Diese Frau war 85, aber völlig dabei und hoch motiviert und informiert. Sie sagte, dass sie die entsprechenden Gesetzesparagrafen durchgearbeitet habe. Das war schon eine Erfahrung, bei der ich gedacht habe: Es gibt wirklich so etwas wie neues Demonstrieren, hier passiert gerade etwas. ■



© mit freundlicher Genehmigung der taz

Aufstand der Alten

von Julia Autenrieth

Der Protest verlässt seine angestammten Milieus, dient oft eigenen Interessen. Ein markantes Beispiel: Peter Klotsche. Jahrzehntlang lebte er ein ruhiges, unauffälliges Leben. Dann sollte sein Seniorentreff weggespart werden. Die Geschichte von einem, der mit 71 Jahren auszog, ein Haus zu besetzen.

Niemand ahnt, was Peter Klotsche und seine Frau Brigitte vorhaben. Es ist der 29. Juni 2012. Klotsches sind auf der Beerdigung eines Onkels in Babelsberg. Peter ist abgelenkt. Immer wieder wandern seine Gedanken nach Berlin. Die Zeit drängt. In Berlin-Pankow warten schon vier andere Senioren. Um 17.30 Uhr tritt Peter Klotsche mit seiner Frau durch die Tür der Begegnungsstätte in der Stillen Straße 10. Das tun sie seit vielen Jahren mehrmals in der Woche. Aber heute Abend gehen die sechs Rentner nicht wieder nach Hause. Feldbetten und Matratzen sind schon aufgebaut. Mit über 70 werden die Klotsches zu Hausbesetzern.

Peter Klotsche sieht nicht aus wie ein Rebell. Der vierfache Urgroßvater lacht viel, seine blauen Augen blitzen dann unter den Brillengläsern. Er ist klein, die breiten Schultern lassen erkennen, dass er

jahrelang hart gearbeitet hat. Früher war er Schlosser und Schweißer, schleppte Rohre und Gasflaschen. Er sagt, was er denkt. Und wenn ihn etwas ärgert, dann wehrt er sich.

Wie 2012, als den Mitgliedern der Begegnungsstätte Stille Straße mitgeteilt wird, dass der Seniorentreff am 30. Juni geschlossen werden soll. Die Begegnungsstätte gibt es zu diesem Zeitpunkt seit 14 Jahren. Mitarbeiter des Bezirkes kümmern sich um ein abwechslungsreiches Programm für die Senioren und halten die alte Villa mit dem großen Garten in Schuss. Etwa 150 Senioren kommen regelmäßig vorbei.

Aber jetzt fehlt dem Bezirk Geld für notwendige Sanierungen. Das Haus soll geschlossen, die Mitglieder auf verschiedene Einrichtungen in der Umgebung verteilt werden. Klotsche ist von Anfang an dabei.

FLORIAN KESSLER

MUT
BÜRGER

Die Kunst des neuen Demokratisierens

ISBN 978 3 446 24153 4, 14,90 €

Florian Kessler nimmt den Leser mit zu den Parkschützern von Stuttgart, den Anti-Nazi-Demonstranten von Dresden oder den Bauern von Gorleben. Er spricht mit Demonstranten, Polizisten, Demo-Experten und beschreibt, wie heutige Proteste unsere Gesellschaft verändern. Florian Kessler wurde 1981 in Heidelberg geboren. Er studierte Kreatives Schreiben und Kulturjournalismus in Hildesheim und lebt heute in München.

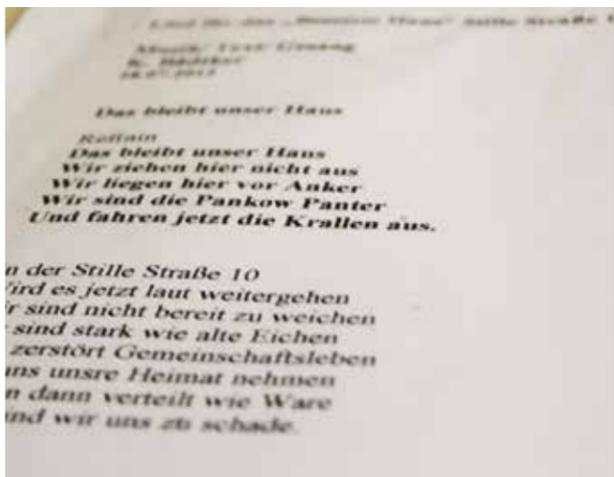


Diese Rentner hielten den Bezirk 112 Tage lang in Atem: Doris Syrbe (74), Brigitte Klotsche (75), Ingrid Pilz (78), Elli Pomeranke (76), Peter Klotsche (73)



Die Rentner erfuhren Unterstützung aus der ganzen Welt. Noch heute ist Peter Klotsche überwältigt von der Solidarität.

Die Tür zum Seniorentreff stand auch während der Hausbesetzung immer offen. Peter Klotsche kämpft dafür, dass das so bleibt.



„Das bleibt unser Haus“: Sogar ein Lied wurde über die Besetzung geschrieben.



Er erzählt von langen Freundschaften und gegenseitiger Unterstützung. Von alten Menschen, die in der Einrichtung Englisch- und Sportkurse, Sing- und Malgruppen besuchen. Von alleinstehenden Senioren, auf die zuhause niemand mehr wartet.

Klotsche will diese Gemeinschaft erhalten: „Wenn man das aufgibt, dann würden die alten Leutchen nur zuhause sitzen, und dann wird man krank.“ Zuhause seien viele Senioren allein. Den ganzen Tag nur Fernsehen gucken, das sei nicht genug. Alte Menschen könne man nicht einfach verpflanzen.

Als der Streit mit dem Bezirk hochkocht, drohen Klotsche und die anderen der Verwaltung die Besetzung an. Zugetraut hat es ihnen keiner. Aber die Alten von Pankow machen ernst. Die erste Nacht in der Stillen Straße schläft Klotsche unruhig. Er fühlt sich unwohl, glaubt, draußen im Garten Schritte zu hören. Er kontrolliert, ob alle Türen abgeschlossen sind. „Wir hatten Angst – nur ich und die fünf Frauen alleine, logisch.“ Jeden Moment rechnen sie damit, dass die Polizei kommt und das Haus räumt.

Hausbesetzererfahrung bringt keiner der Anwesenden mit. Bei einer Anwältin haben sie sich im Vorfeld über rechtliche Konsequenzen der Besetzung erkundigt. Die hat ihnen gesagt, dass sie sich strafbar machen würden. Hausfriedensbruch. Das Risiko haben sie in Kauf genommen. Klotsche ist darauf vorbereitet, sich von Polizisten aus dem Haus tragen zu lassen. Es kommt anders.

Am nächsten Morgen stehen Journalisten vor der Tür. Von überall her kommen sie, aus ganz Deutschland, Spanien und sogar dem Iran. Als rebellische Rentner von Berlin sorgen Klotsche und seine Mitstreiter weltweit für Schlagzeilen. Die Senioren werden gefeiert, geben unzählige Interviews, werden auf Filmpremieren eingeladen. Auch Schauspieler und Politiker zeigen ihre Unterstützung. Die Aufmerksamkeit überrascht und rührt die Rentner. Selbstgebackene Brote, sogar Kaviar und Sekt werden vorbeigebracht. Der gespendete Kaffee reicht noch, da ist die Besetzung schon lange vorbei.

Stadträtin Lioba Zürn-Kasztantowicz verzichtet darauf, das Haus räumen zu lassen. Sie versteht das Anliegen der Rentner. Und sie weiß, dass es nicht gut aussehen würde, wenn die Polizei die alten Menschen aus dem Haus trägt. Die Politikerin hätte die Schließung der Begegnungsstätte gerne verhindert. Aber der Bezirk habe so viele Sachen, die man nicht bauen könne und dringend bauen müsse. Es fehle einfach das Geld.

Aus einer Nacht werden am Ende 112 Tage. Klotsche bleibt fast die ganze Zeit im Haus. Manchmal muss er schnell nach Hause fahren, die Blumen im Garten gießen. Seine Kinder, die Enkel und Urenkel kommen ihn und seine Frau in der Stillen Straße besuchen. Wenn die Frauen mit den vielen Unterstützern zur Bezirksverordnetenversammlung gehen, bewacht Klotsche das Haus. Abends sind alle kaputt. Der Trubel

zehrt an den Nerven. Telefon und Heizung werden abgestellt. Morgens kommen sie nur schwer von ihren Liegen hoch. Ausnahmezustand in Pankow: „Das war für alle belastend, am meisten natürlich für die Rentner“, erinnert sich Zürn-Kasztantowicz heute.

Im Oktober 2012, fast vier Monate später, scheint endlich eine Lösung in Sicht. Das Bezirksamt hat einen neuen Träger gefunden. Der Sozial- und Wohlfahrtsverband „Volkssolidarität“ will die Trägerschaft übernehmen. Die Senioren dürfen weiter im Haus bleiben – und müssen die Begegnungsstätte von nun an selber verwalten. Sie gründen dafür einen eigenen Verein, den „Förderverein Stille Straße 10“. Die Hausbesetzung ist beendet. Die Rentner sind trotzdem enttäuscht. Ihr anfänglicher Plan, die Begegnungsstätte mit einer hauptamtlichen Leiterin in kommunaler Hand zu belassen, ist gescheitert. Peter Klotsche ist heute noch wütend. Immer wieder schüttelt er den Kopf. „Für so vieles wird Geld verplempert, da wird mit Millionen gespielt. Für uns haben sie kein Geld gehabt.“ Aber Aufgeben kommt für Klotsche nicht in Frage. Deshalb ist er seit 2012 im Vorstand des Fördervereins, kümmert sich um den großen Garten der Begegnungsstätte, kauft ein, macht Abrechnungen und steht beim Sportfest auch gerne am Grill. Zwei bis drei Tage pro Woche muss er in der Begegnungsstätte nach dem Rechten sehen. „Wir wollten die Gemeinschaft erhalten, nicht das Haus am Hals haben“, ärgert sich Klotsche.

Wenn er von der Besetzerzeit erzählt, benutzt Peter Klotsche das Wort „Solidarität“ sehr oft. Ein Buch, in dem sich viele Unterstützer verewigt haben, ist sein ganzer Stolz. Und sein Antrieb. Die Menschen haben ihm Mut gemacht. Heute zehrt Klotsche von diesen Erinnerungen. Die Begegnungsstätte hat mittlerweile mehr als 200 Mitglieder. Aber von der Euphorie von damals ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Die „Volkssolidarität“ zahlt zwar die Betriebskosten, die endgültige Übernahme der Begegnungsstätte steht aber noch aus. Der Grund sind Kosten für notwendige Renovierungen: 850.000 Euro müssen für den Brandschutz und den behindertengerechten Umbau des Hauses noch aufgebracht werden. Geld, das die „Volkssolidarität“ nicht hat. Nun hoffen Klotsche und seine Mitstreiter, dass die Lottostiftung Berlin das Geld zur Verfügung stellt. Im Herbst entscheidet diese über die Vergabe von Geldern.

Klotsche sitzt an einem Esstisch in der Begegnungsstätte und dreht Däumchen. Der 29. Juni 2012 ist Geschichte. Die Zukunft ist ungewiss. Heute Abend fährt er nach Hause. Er schläft wieder in seinem eigenen Bett. Sein altes Leben hat er nicht zurück. Aber er findet, dass der Aufwand sich gelohnt hat. Man dürfe sich nicht alles gefallen lassen. Die Enkel sind stolz auf den Opa. Und auch Klotsche ist stolz auf das, was er und die anderen geschafft haben: „Ich hoffe und wünsche mir, dass es andere auch so sehen und sagen: Die in Pankow haben sich das getraut. Warum wir nicht.“ ■



Ausstieg für Neonazis

von Jannik Jürgens

Von der Gesellschaft ignoriert, den Kameraden verschmäht und der Antifa gejagt: Rechtsextreme wissen oft nicht, wie sie aussteigen können. Exit-Deutschland bietet eine Alternative.

Es war Weihnachtsmarkt in Berlin. Die alten Kameraden kamen langsam auf Daniel* zu. Sie waren zu fünft, vielleicht auch mehr. Er war allein. Die Kameraden stellten ihn zur Rede. Sie wollten, dass Daniel sich in Widersprüche verstrickte. Sie wollten, dass er seinen Ausstieg zurücknahm. Und wenn nicht, dann wollten sie ein Exempel an ihm statuieren. In Daniel kroch die Angst hoch. Doch die Angst lähmte ihn nicht. Sie ließ ihn handeln. „Lasst mich in Ruhe, ich habe fertig mit Euch“, schleuderte er ihnen entgegen. Dann rannte er weg. Weg von den ehemaligen Kameraden. Weg von seinem alten Leben. Er flüchtete im Dezember 2005. Es war eine Flucht ins Ungewisse.

Die Ungewissheit ist oft die größte Hürde für den Ausstieg. Rechtsextreme, wie Daniel einer war, wissen meist nicht, wohin sie nach dem Ausstieg sollen. Sie werden von den ehemaligen Kameraden verschmäht, von der Antifa gejagt und der Großteil der Gesellschaft will ohnehin nichts mit ihnen zu tun haben. „Exit-Deutschland“ ist für Aussteiger oft die einzige Alternative. Die Mitarbeiter der Aussteiger-Initiative helfen den ehemaligen Rechtsextremen in allen Lebenslagen. Sie hören zu, analysieren das soziale Umfeld und suchen nach einer beruflichen Perspektive. Exit-Deutschland hat auch Daniel die Möglichkeit gegeben, ein neues Leben anzufangen.

Fabian Wichmann arbeitet bei Exit-Deutschland. Der 34-Jährige

trägt Sneakers und eine blaue Trainingsjacke. Er dreht eine Zigarette nach der anderen. Er kümmert sich um Aussteiger. Seit der Gründung im Jahr 2000 hat Exit-Deutschland 528 Aussteiger begleitet. Davon sind nur zwölf wieder in der rechtsextremen Szene aktiv.

Wenn Fabian Wichmann von der Aktion mit den T-Shirts erzählt, glänzen seine Augen. In seinem Büro hängt noch eines dieser T-Shirts. Auf Brusthöhe prangt ein Totenkopf. Darunter der Schriftzug: „Hardcore Rebellen. National und frei“. Wichmann hatte 250 dieser T-Shirts drucken lassen. Dann kontaktierte er unter falschem Namen Gordon Richter, den Organisator des Rechtsrock-Festivals „Rock für Deutschland“. Wichmann gab sich als Rechtsextremer aus, der wegen „beruflicher und familiärer Gründe“ den nationalen Widerstand nicht öffentlich unterstützen könne. Gerne wolle er aber den Kameraden die T-Shirts schicken, damit sie auf dem Festival verteilt werden können. Richter biss an und ließ die T-Shirts am Eingang des Festivals verteilen.

Nach dem Waschen erwartete die Rechtsextremen eine Überraschung. Der alte Schriftzug war verschwunden. Nun stand da: „Was Dein T-Shirt kann, kannst Du auch. Wir helfen Dir, Dich vom Rechtsextremismus zu lösen. Exit-Deutschland.“ Weltweit berichteten Medien über die Aktion. „Wir wollten damit unsere Zielgruppe direkt

ansprechen“, sagt Fabian Wichmann. Die Rechtsextremen sollten sich an die humorvolle Aktion erinnern. Und sich im Zweifel an Exit wenden.

Daniel hatte mit 13 Jahren den ersten Kontakt mit der rechtsextremen Szene. Am Wochenende ging er ins Fußballstadion, wo einige Fans „Ausländer raus!“ grölten. Daniel war schnell mit dabei. Er hatte die Parolen bereits bei seinen Großeltern gehört. Der Großvater war überzeugter Nazi. Er erzählte Daniel von seiner Zeit bei der Wehrmacht und den Schlachten in Russland. In der Waldorfschule fiel Daniel durch seine Bomberjacke auf. Die Aufmerksamkeit gefiel ihm. Er spielte mit der Provokation und genoss das Anderssein. Später stieg Daniel in der Szene zum Kader auf. Er ging auf Demos und war an Schlägereien beteiligt. Daniel organisierte mit anderen die Jugendarbeit der Rechtsextremen in seinem Berliner Bezirk. „Das war erschreckend erfolgreich“, sagt Daniel heute.

Ungefähr 20.000 Personen in Deutschland sind in der rechtsextremen Szene aktiv. Der Verfassungsschutz zählt 8.000 bis 10.000 Personen zum militanten Umfeld. „Wenn sich die Aussteiger an uns wenden, muss der Wunsch nach Veränderung bereits da sein“, sagt Fabian Wichmann. Er entwickelt zusammen mit den Aussteigern ein Szenario. Dabei steht die Sicherheit an erster Stelle. Wichmann und der Aussteiger überlegen, wie er mit der Szene abschließen und sich einen neuen Freundeskreis suchen kann. Dabei sind klare Regeln wichtig.

Bei Daniels ehemaligen Kameraden musste sich der Einzelne dem Kollektiv unterordnen. Mit Freiheit war nie die persönliche Freiheit gemeint, sondern immer die Freiheit für die „Volksgemeinschaft“. Antisemitismus und Rassismus bestimmten das Weltbild. Irgendwann kamen bei Daniel die Zweifel. Er hatte das Gefühl, sich persönlich nicht weiterzuentwickeln. Damals war ihm noch nicht bewusst, dass er sich selbst im Weg stand. Trotzdem begann er, die rechtsext-

reme Ideologie in Frage zu stellen. Er fragte sich, wie es zusammenpasste, den Staat zu verachten und gleichzeitig Sozialhilfe zu beziehen. Er fragte sich, warum die Kameradschaft nur für diejenigen galt, die ideologisch auf Linie waren. Er fragte sich, warum Kritik grundsätzlich tabu war.

Im Sommer 2005 kam es zu besonders heftigen Gewalttaten. In Potsdam schlugen mehrere Rechtsextreme zwei Männer aus der alternativen Szene fast zu Tode. Daniel war nicht dabei, aber er kannte die Täter. Am Tag danach rief die Polizei an und bat Daniel, einem der Täter Kleidung in die Zelle zu bringen. Daniel fuhr zur Mutter des Täters. Die weinende Frau nahm ihn in die Verantwortung. „Sie haben meinem Sohn das Leben zerstört“, sagte sie. Daniel hatte den Täter durch seine Jugendarbeit mit in die rechtsextreme Szene gebracht.

Er konnte so nicht weitermachen. Er fühlte sich mitverantwortlich für die Tat. Daniel sperrte sich Zuhause ein. In seinem Inneren tobte ein Kampf. Konnte er einfach aussteigen? Verriet er damit nicht seine alten Kameraden? Nach einigen Wochen entschied er sich gegen die rechtsextreme Szene. Er erinnerte sich an eine Frau, die ihn bei einem Prozess gefragt hatte, für was er persönlich eigentlich stehe. Ihr schrieb er eine Mail. Darin ließ er seinen Ängsten und Zweifeln freien Lauf. Kurz darauf wandte er sich an Exit-Deutschland. Daniel kappte seine Kontakte zur rechten Szene. Er musste umziehen. Er schaffte den Ausstieg.

Heute arbeitet Daniel als Sozialarbeiter. Er hat sein Abitur nachgeholt und studiert. Seine Erfahrung aus der rechtsextremen Szene setzt er jetzt in seiner Arbeit mit Jugendlichen ein. „Ich hatte Glück, dass mich viele Leute unterstützt haben“, sagt Daniel. Fabian Wichmann von Exit-Deutschland war einer davon.

* Name von der Redaktion verändert



Diagnose: Projekteritis

von Jannik Jürgens

Geld für den Kampf gegen Extremismus gibt es meist nur für zeitlich begrenzte Modellprojekte. Nachhaltig handelnde Akteure müssen sich deshalb ständig neu erfinden.

Es ist eine absurde Situation. Die Aussteiger-Initiative Exit-Deutschland setzt seit Jahren auf ein bewährtes Konzept bei der Begleitung von Rechtsextremen. Trotzdem muss sich Exit regelmäßig einen neuen Anstrich geben, um weiterhin als Modellprojekt zu gelten. Denn nur als Modellprojekt ist die Finanzierung über ein bundesweites Förderprogramm gesichert. „Ein Kollege hat mal gesagt, dass wir bald 15-jähriges Modellprojektjubiläum feiern“, sagt Jan Wichmann von Exit-Deutschland. Die Folge: Alle drei bis vier Jahre steht Exit vor dem Aus. Weder das Privatleben der Mitarbeiter noch die Projekte der Aussteiger-Initiative können langfristig geplant werden. Besonders schwierig ist die Finanzierungsunsicherheit für die Aussteiger. „Die haben ja alles hinter sich gelassen und fühlen sich dann auf einmal allein“, sagt Wichmann. Im Herbst steht für Exit die nächste Bewerbungsphase für das Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an.

Dort kennt man das Problem. Zum Start des neuen Förderprogramms „Aktiv Demokratie leben“ sprach sich Ministerin Manuela Schwesig (SPD) explizit gegen die „Projekteritis“ aus. „Die Organisationen, Vereine und Träger brauchen Vertrauen und Planungssicherheit“, sagte Schwesig. Geändert hat sich allerdings nicht viel, denn die Laufzeit der Projekte beträgt weiterhin maximal fünf Jahre. Für das Jahr 2015 stellt das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über das Förderprogramm 30,5 Millionen Euro bereit. Damit verbindet es zwei Programme, die von 2011 bis 2014 getrennt liefen. Das eine wandte sich gegen Rechtsextremismus und wurde mit 24 Millionen Euro jährlich gefördert. Das andere wandte sich gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus und wurde jährlich mit 4,7 Millionen Euro gefördert. Das Ministerium stellt pro Jahr nun knapp zwei Millionen Euro mehr zur Verfügung. Von den 30,5 Millionen Euro sollen 1,5 Millionen Euro an Aussteigerprojekte wie Exit-Deutschland gehen. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Es werden aber auch Projekte gefördert, die sich gegen jegliche Formen politisch und religiös motivierter Gewalt, egal ob linksextrem oder islamistisch,

wenden. Außerdem sollen ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und Toleranz gefördert werden.

Neben den befristeten Förderprogrammen gibt es Projekte und Akteure bei der Prävention des politischen Extremismus, die von einer langfristigen finanziellen Förderung profitieren. Dazu gehört die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Sie versucht durch Veröffentlichungen und Diskussionen die Demokratie zu stärken und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Der Bund finanzierte die bpb im Jahr 2011 mit 37,3 Millionen Euro. Die bpb bietet Hintergrundinformationen zu Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischem Extremismus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sieht in der staatsbürgerlichen Aufklärung den besten Schutz vor Extremismus. Neben einem Portal gegen Rechtsextremismus plant das Politische Bildungsforum Bremen der KAS ein Portal gegen Linksextremismus und eines gegen Islamismus. „Die Extremismusgefahr verändert sich in Wellenbewegungen. In den 70er Jahren war der Linksextremismus sehr gefährlich, heute sind es der Rechtsextremismus und der Islamismus. Deswegen ist es wichtig, sich mit allen Formen des Extremismus auseinanderzusetzen“, sagt der Leiter des Bildungsforums Ralf Altenhof. Mit den Jugendpolitik-Tagen will die Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere Schüler auf das Extremismus-Problem aufmerksam machen.

Auf Landesebene gibt es zahlreiche Programme gegen Rechtsextremismus – in jedem Bundesland ein anderes. In Thüringen ist das beispielsweise das „Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den sogenannten alten und neuen Bundesländern. In einer Studie wies die Amadeu Antonio Stiftung darauf hin, dass im Osten eine flächendeckende Beratungsstruktur für Opfer rechtsradikaler Gewalt aufgebaut wurde – im Westen gibt es oft nur einzelne Programme, die nicht alle Regionen abdecken. Landesprogramme gegen Linksextremismus gibt es nicht. Die Thüringer Landesregierung strich im Jahr 2012 die Mittel für die Förderung von Programmen gegen Linksextremismus, weil keine Nachfrage bestand. ■

Ihre Mission

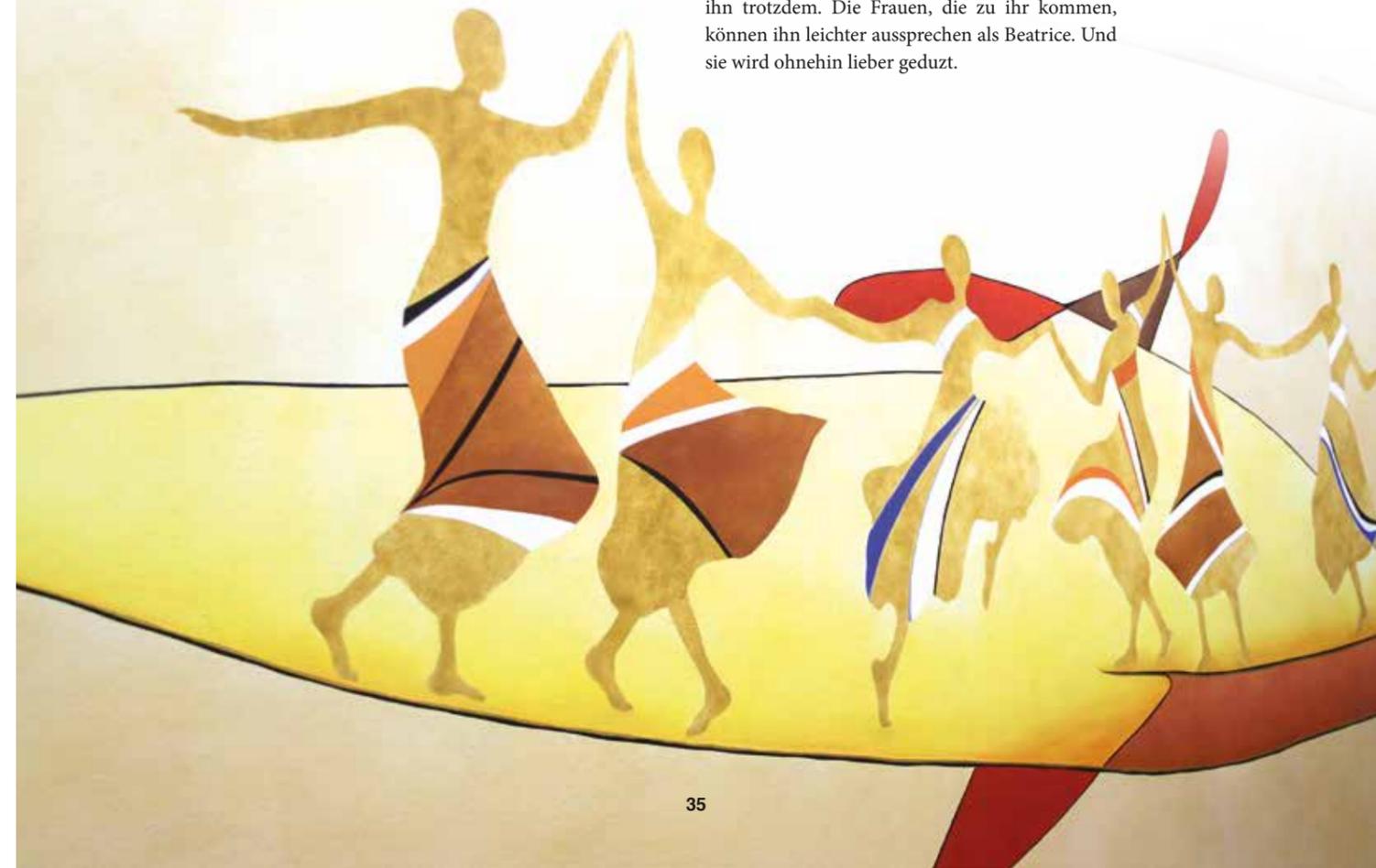
von Lara Gruben

Der Kampf gegen Prostitution und Zwangsarbeit gehört zu Beatrice Mariottis Alltag. Sie hilft Frauen, diesen Zwängen zu entfliehen. Dafür riskiert die Ordensschwester auch ihre eigene Sicherheit.

Zula liegt auf dem Boden ihrer Gefängniszelle und krümmt sich. Sie hat eine Flasche Shampoo getrunken. Sie wollte sich umbringen. Den Gedanken, abgeschoben zu werden, zurück nach Nigeria, konnte sie nicht ertragen. Zula will nicht ins Krankenhaus. Sie will auch mit niemandem sprechen. Da kommt eine Frau in den Raum und nimmt Zulas Hand. Sie weiß, was zu tun ist, aber weiß nicht, ob es funktioniert. Es wühlt sie auf und doch muss sie Ruhe bewahren. Es kostet sie ungeheure Kraft, aber für sie ist es eine Berufung. Diese Frau ist Beatrice Mariotti. Sie ist Ordensschwester und setzt sich für Opfer von Menschenhandel ein.

Zusammen mit einer anderen Schwester ihres Ordens, den Comboni-Missionsschwestern, hat sie im Berliner Stadtteil Neukölln die Beratungsstelle Solwodi gegründet. Sie beraten Frauen, die von Vergewaltigung, Prostitution und Ausbeutung bedroht sind. Sie sprechen mit Anwälten, Behörden und Ärzten. Sie bieten den Frauen Schutz und wenn nötig eine Unterkunft.

Die Frauen, die zu Mariotti kommen, nennen sie Mabel. Den Spitznamen haben ihr ihre Eltern gegeben. Eine Bedeutung hat er nicht. Aber sie mag ihn trotzdem. Die Frauen, die zu ihr kommen, können ihn leichter aussprechen als Beatrice. Und sie wird ohnehin lieber geduzt.



Auf einer Weltkarte haben die drei Solwodi-Mitarbeiterinnen in Berlin alle Länder markiert, aus denen Frauen in die Anlaufstelle gekommen sind. Die roten Aufkleber reichen von Vietnam bis Peru, von Litauen bis Madagaskar. Die meisten Frauen kommen aus Afrika, dem Kontinent, für den Mariotti ein Faible hat. In ihrem Büro hängen Karten von Afrika und Nigeria. Sie hat Islamwissenschaften studiert. In ihrem Bücherregal steht neben der Bibel der Koran.

Die Frauen kommen meist nicht freiwillig nach Deutschland. Menschenhändler locken sie mit der Aussicht auf einen Job in Europa – Kellnern, Babysitten. Sie versprechen den Familien, dass es ihren Töchtern gut gehen wird. Für den Weg nach Europa zahlen die Frauen ihren Menschenhändlern fünfstelligen Summen. In Europa angekommen, erwartet sie nicht der versprochene Job im Café oder Kindergarten. Stattdessen müssen sie ihre Schulden abbezahlen. So endet der Weg für viele in der Prostitution. Aus Angst vor Abschiebung trauen sie sich nicht, zur Polizei zu gehen.

Mariotti ist zurückhaltend, aber bestimmt. Sie beginnt zu reden, bevor sie mit beiden Beinen die Wohnung betreten hat. Meistens trägt sie grau oder schwarz. Eigentlich ist ihr aber nicht wichtig, was sie trägt. Und ihr ist auch nicht wichtig, was sie sonst noch besitzt oder was andere über sie denken. Das macht sie frei, sagt sie.

Zu dieser Freiheit entscheidet sie sich mit Anfang 20, als sie dem Comboni-Orden beitrifft. Was für Mariotti Freiheit bedeutet, wäre für die meisten Menschen ein großer Verzicht. Sie verschreibt sich einem Leben in materieller Armut, verzichtet auf Besitz und ein klassisches Familienleben. „Wer mehr besitzt, hat auch mehr zu verteidigen“, sagt sie.

Aufgewachsen ist Mariotti in Mailand. „Als gute Italienerin ist man katholisch, aber – nobody cares“. Ihre Religion bedeutete ihr nicht viel. Doch mit Anfang 20 begann sie, die Bibel zu lesen. Die Evangelien berührten sie und plötzlich fühlte sich das alte Leben falsch an.

Also legte sie es ab, wie eine Maske. Sie lebte in einer Gesellschaft, in der Menschen besonders gerne Masken tragen, sagt sie. In diesem Leben war sie Innenausstatterin. Sie entwarf die Masken, die andere trugen. Doch sie wollte sich und andere nicht mehr verkleiden.

Mariotti wird 1990 Comboni-Missionarsschwester. „Der Orden konnte keine Innenausstatter gebrauchen, deshalb habe ich Psychologie und Theologie studiert“, sagt sie. Gerne wäre sie nach Afrika gegangen, doch der Orden entsandte sie an die amerikanische Ostküste, nach Baltimore. Ersten Kontakt mit afrikanischer Kultur bekam sie dennoch. Sie lebte im Viertel Upton, in dem damals hauptsächlich Afroamerikaner wohnten. „Ich habe mitten im Ghetto gewohnt“, sagt sie.

An Mariottis Bürowand tanzen die Silhouetten von acht Afrikanerinnen. Eine Bekannte hat sie gemalt. Die Frauen fassen sich an den Händen und tanzen ausgelassen. Das kennt Mariotti auch von den Frauen, die zu ihr kommen. Auch wenn sie in der Vergangenheit Schreckliches erlebt haben, können sie für einen Moment alles vergessen. Dann tanzen sie in bunten Kleidern beim Sommerfest, kochen füreinander oder schminken sich. Mariotti hat sich für dieses Motiv entschieden, weil sie die Frauen dafür bewundert, im Jetzt Leben zu können. Unsere Gesellschaft lebe immer in der Zukunft, die Frauen hingegen lebten in der Gegenwart, findet Mariotti. Das mache es ihnen leichter, mit Misshandlungen und Elend umzugehen.

Solidarität mit Frauen in Not

- Die Beratungsstelle Solwodi (Abkürzung von „Solidarity with Women in Distress“, dt.: „Solidarität mit Frauen in Not“) wurde 1985 von der Ordensschwester **Lea Ackermann in Kenia gegründet. Zwei Jahre später begann die Arbeit auch in Deutschland.**
- Solwodi eröffnete im Oktober 2013 ein Büro im Berliner Stadtteil Neukölln. Dort bekommen die Frauen psychosoziale Beratung und Hilfe bei der Integration in die Gesellschaft.
- Im Jahr 2013 wandten sich 190 Frauen aus 53 Ländern an die Beratungsstelle in Neukölln, davon kamen 114 Frauen aus Afrika.
- Absolut gesehen kommen die meisten Opfer von Menschenhandel zwar nicht aus Afrika, sondern aus Asien. Aber die Berliner Beratungsstelle betreut vor allem Frauen afrikanischer Herkunft; eine der drei Mitarbeiterinnen spricht Swahili.
- Solwodi gibt es in fünf Bundesländern: neben Berlin noch in NRW, Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.
- Andere Beratungsstellen in Berlin, die sich gegen Menschenhandel engagieren, sind der Frauentreff Olga, RESET, Hydra, IN VIA und Ban Ying.

Zula war so ein Fall. Mariotti hat sie eng begleitet. Sie brachte Zula ins Krankenhaus, gab ihr ihre Handynummer und ein Handy. Sie könne im Notfall anrufen, die ganze Nacht.

Mit europäischer Rationalität seien die Frauen nicht zu erreichen. „Die Frauen sind sehr sensibel“, sagt sie. Deshalb müsse sie sich in die Frauen hineinversetzen, um sie zu erreichen. Und da verschwimmt für sie die Grenze zwischen Professionalität und Nähe. In ihrem Psychologiestudium hat sie gelernt, sich abzugrenzen, die Schicksale nicht an sich ranzulassen. Doch genau das fällt ihr schwer. „Ich bin fünfzig Jahre alt und ich kämpfe immer noch mit diesem Thema Grenze.“

Einzelne Schicksale begleiten sie Jahrzehnte. Wie das der Philippinerin Angelica. Mariotti traf die junge Frau 1998 bei ihrer Missionsarbeit in Dubai. Angelica war eine junge philippinische Hausangestellte, wurde von ihrem Arbeitgeber ausgebeutet, misshandelt und vergewaltigt. Als sie schwanger wurde, kam sie zu Mariotti. Da unverheiratete Schwangerschaft in Dubai als Straftat galt, drohte ihr das Gefängnis. Mariotti versteckte sie in ihrer Wohnung, versorgte sie und organisierte Flugtickets. Angelica schaffte es zurück nach Hause. Aber Mariottis Kollegin, die Angelica zum Flughafen brachte, wurde bei der Aktion von der Polizei festgenommen. Erst nach einigen Tagen Haft gelang es, die Behörden von der Unschuld der Ordensschwester zu überzeugen.

Von kleinen Erfolgen wie bei Zula und Angelica erzählt Mariotti gerne. Diese kleinen Erfolge machen ihr Hoffnung. Den großen Erfolg hat ihre Arbeit nicht. Auch damit muss sie umgehen. Auch dafür muss sie mutig sein. Sie lässt die Schicksale nah an sich ran, begleitet die Frauen oft monatelang, manchmal sogar jahrelang. Und kann oft doch nichts ausrichten.



Beatrice Mariotti legte die Maske ihres früheren Lebens in Italien ab.

Besonders treffen sie deshalb die Begegnungen in der Abschiebehaft, wie die mit Zula. Abschiebehaft ist „ultima ratio“, da gibt Mariotti den Frauen auch ihre Handynummer. Und ein Handy, wenn sie keins haben. Sie versucht, Anwälte einzuschalten und die Abschiebung abzuwenden. Es bleibt ein schmaler Grat. Sie möchte Hoffnung machen, ohne falsche Erwartungen zu wecken.

Mit zwei großen Körben voller Obst geht Mariotti einmal in der Woche ins Gefängnis in der Grünauer Straße. Das Essen in der Abschiebehaft ist schlecht, sie hat es probiert. Deshalb bringt sie frisches Obst mit, um den Frauen etwas Gutes zu tun. Den meisten Frauen kann sie über eine kleine Freude hinaus nicht helfen. Aber manchmal hat sie eben auch Erfolg, wie bei Zula. Mariotti schaltete einen Anwalt ein. Zula konnte beweisen, dass ihr Leben in Nigeria in Gefahr wäre. Mariotti hat sie vor der Abschiebung bewahrt. ■



Vom Büro in den Bürgerkrieg

von Lara Gruben

Norbert Trosien saß im Job vor allem am Schreibtisch. Dann schickte ihn sein Chef in den Südsudan, um Flüchtlingen zu helfen. Doch schon kurz nach seiner Landung erlebte er, wie wenig ein Menschenleben zählt.

Norbert Trosien hat immer in Berlin gelebt. Er ist hier geboren, hat Jura studiert und arbeitet in der Wallstraße in Berlin-Mitte. Im April 2014 erhält er plötzlich einen Anruf: Im Südsudan soll er Flüchtlinge mit dem Nötigsten versorgen. Ihm bleiben 72 Stunden bis zum Abflug.

Trosien arbeitet für das UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen. Drei Monate soll er für einen Notfall-Einsatz in den Südsudan, um Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen. Es wird gleich eine dreifache Premiere für ihn. Es ist sein erster Einsatz im Ausland, er ist zum ersten

Mal in Afrika und er hilft zum ersten Mal Flüchtlingen ganz unmittelbar. Norbert Trosien - braune Haare, Dreitagebart - ist blass. Und das Mitte August. Erst Anfang Juli ist er aus dem Südsudan zurückgekommen. Von dort brachte er einen Magen-Darm-Infekt mit.

Im Landeanflug auf Juba, die Hauptstadt des Landes, sitzt Trosien am Fenster. Aber er sieht nichts, was ihn an eine Stadt erinnert. Erst zwei Minuten vor der Landung erkennt er langsam Häuser und Straßen. Die Hauptstadt ist keine Stadt, sondern ein Dorf. Nach der Landung ist er schon auf dem Roll-

feld auf sich alleine gestellt. Es gibt keinen Bus, der ihn zum Flughafenterminal fährt. Es gibt kein Terminal. Er läuft über die Landebahn und wird fast von einem Militärkonvoi überfahren. Dass gerade eine Gruppe Passagiere über das Rollfeld läuft, ist den Soldaten offenbar egal. „Da ist mir bewusst geworden, ein Menschenleben zählt hier nichts“, sagt Trosien.

Der jüngste Staat der Erde ist gleichzeitig einer der unterentwickeltesten. Dabei ist das Land fruchtbar und reich an Erdöl. Im Dezember 2013 brach im Südsudan ein Bürgerkrieg aus. Der Präsident und sein damaliger Vizepräsident gehörten verschiedenen ethnischen Gruppen an. Der Präsident zählte zur größten ethnischen Gruppe, den Dinka, der Vizepräsident zur zweitgrößten Gruppe, den Nuer. Die Dinka warfen den Nuer vor, den Präsidenten stürzen zu wollen. Daraus entstand ein blutiger Bürgerkrieg, in dem mehr als 10.000 Menschen starben.

Tragisch findet er Situationen, in denen er nicht einschreiten kann. Deshalb fragte er sich im Flugzeug Richtung Afrika als erstes: „Kann ich etwas bewirken?“ Er sieht hager, fast ausgegerrt aus: „Ich weiß, ich sehe nicht aus wie ein großer Esser“, sagt er. Trotzdem haben ihm eine vernünftige Mahlzeit und ein Glas Rotwein im Südsudan am meisten gefehlt. Drei Monate lang aß er jeden Tag Reis und Ziegenfleisch. Er erzählt zwar, was ihm gefehlt hat, wenn man ihn danach fragt. Aber von sich aus würde er sich nicht beschweren. Er redet auch nicht gerne über sich. Er kommt schnell wieder auf die politische Lage im Südsudan zu sprechen.

Vom Flughafen der Hauptstadt Juba im Süden des Landes führt der größte Teil der Strecke über Feldwege. In der Regenzeit sind die Straßen kaum zu befahren. Immer wieder bleiben die UN-Fahrzeuge im Schlamm stecken. Im Südsudan sind nur 300 Kilometer Straße asphaltiert. Diese liegen ausschließlich im Süden des Landes, um die Hauptstadt Juba und in Richtung der Grenzen zum Kongo, Uganda und Kenia. Außer Militärfahrzeugen gibt es kaum Autos. Strecken von 20 Kilometern zu Fuß zurückzulegen ist normal. Technisch fortschrittlich sind im Südsudan vor allem die Waffen. „Jeder über 17 trägt eine Waffe“, sagt er, „und das in einem so archaischen

System. Das muss man sich mal vorstellen.“

Die Pässe werden am Flughafen in einem Schuppen kontrolliert. Der Beamte, der Trosiens Pass prüft, trägt Uniform und Barett. Er hat zwei Reihen mit Abzeichen auf seiner Uniform. Er verweigert Trosien erstmal die Einreise. Zwei Stunden lässt er ihn warten. Trosien ist sich nicht einmal sicher, ob der Mann lesen kann. Die fehlende Kompetenz werde mit Machtdemonstration wettgemacht, sagt er.

Trosien ist froh, dass er nicht täglich mit Soldaten und Beamten zu tun hatte. Er war im Norden des Südsudan im Bundesstaat „Unity“ im Einsatz und versorgte die Flüchtlinge dort mit Wasser, Zelten und Reis. Rebellengruppen hatten Dörfer verwüstet, Geschäfte geplündert und Menschen vertrieben. Trosien fuhr durch das Hinterland und schrieb auf, an was es den Menschen fehlte.

Das hat nichts mit dem zu tun, was Trosien in Berlin an seinem Schreibtisch sonst so beschäftigt. Dort kümmert er sich vor allem um Lobbyarbeit und Rechtsfragen. Die UN braucht aber immer wieder Mitarbeiter, die sich auf eine Art Notrufliste setzen lassen. Stehen sie einmal auf der Liste, können sie zu jeder Zeit in jedes Land der Erde gesandt werden. In 72 Stunden müssen sie abflugbereit sein. Wer sich in diese Liste einträgt, wird von der UN darauf vorbereitet.

Knapp zwei Wochen dauerte Trosiens Schulung in den Niederlanden. Er absolvierte sie schon 2005. Die ersten Tage lernte er in der Theorie, wie die Hilfe vor Ort funktioniert. Dann probten sie an Fallbeispielen den Ernstfall. Wirklich vorbereiten könne einen auf solch einen Einsatz nichts, sagt Trosien. Es sei wichtig, offen zu sein und sich dem Umfeld anzupassen. Er hatte sich vor seinem Abflug kaum mit dem Südsudan befasst. Das empfand er rückblickend nicht als Nachteil. So sei er vorurteilsfrei und ohne Erwartungen an Gruppen und Strukturen ins Land gereist.

Die Genügsamkeit der Menschen hat Norbert Trosien bei seiner Arbeit beeindruckt. Die Menschen seien es nicht gewohnt, sich auf Institutionen verlassen zu können. Keiner der Hilfsbedürftigen habe etwas gefordert. Sie haben ihn nur gebeten wiederzukommen. ■



Bergung des Leichnams Günter Litfins aus dem Humboldthafen

Vorschlag:

1. Gen. Hon. ✓	31.8.1961
2. " Min. ✓	5
3. " Scho. ✓	6
4. Res	5.
5. Ablage	

BStU
000001

die Erschießung von 2 Grenzverletzern am 24.8. und 29.8.1961

Am 24.8.61 gegen 16.15 Uhr versuchte eine männliche Person über das Bahngelände zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Lehrter Bahnhof nach Westberlin die Grenze zu durchbrechen. Die Person wurde von einem Posten der TRAPO beim Fluchtversuch entdeckt und zum Stehenbleiben aufgefordert. Dieser Aufforderung kam sie jedoch nicht nach, sprang trotz eines Warnschusses in die Spree und versuchte schwimmend Westberlin zu erreichen.

Nachdem die Person auch auf weitere Warnschüsse nicht reagierte, legte ein Transportpolizist mit 3 Schuß ein Sperrfeuer. Erst als die Person noch immer keine Anstalten machte, umzukehren, gab der Transportpolizist einen gezielten MPi-Feuerstoß ab. Wie nach der gegen 19.10 Uhr in Nähe der S-Bahnbrücke Humboldthafen von der Feuerwehr vorgenommenen Bergung und der späteren Untersuchung der Leiche festgestellt wurde, wurde die Person durch einen Einschuß im Genick und Ausschuß am Kinn tödlich verletzt und ertrank.

Auszüge aus einem Stasibericht zur Erschießung Günter Litfins vom 31. August 1961, der Erich Honecker und Erich Mielke vorgelegt wurde. Der Bericht kriminalisiert Litfin als „Grenzverletzer“ und Mitglied der illegalen Ostberliner CDU. Weiter enthält er falsche Tatsachenbehauptungen, etwa, Litfin habe keinen Beruf erlernt. Schließlich diffamiert der Bericht Litfin als „homosexuell“ sowie „frech und vorlaut“. Die Textschwärzungen der BStU schützen beteiligte Personen.
Quelle: BStU, MfS, ZAIG 510. Weitere Stasi-Unterlagen zu Günter Litfins Erschießung finden sich unter www.bstu.bund.de



NICHT VERGEBEN

von Martin Herzer

Am 24. August 1961 erschossen DDR-Polizisten Günter Litfin beim Versuch, von Ost- nach Westberlin zu flüchten. Der 24-Jährige war das erste Opfer gezielter Schüsse an der Berliner Mauer. Seinem Bruder lässt dieser Tod bis heute keine Ruhe.

Zur Beerdigung seines Bruders brachte Jürgen Litfin ein Brecheisen mit. Sie hatten der Familie den Sarg versiegelt übergeben, doch er wollte Günter sehen. Vorbei an den Trauergästen auf dem Friedhof Weißensee, das Werkzeug unsichtbar in der Hosentasche, stahl er sich in den Keller der Friedhofskapelle. Litfin hebelte die Plomben aus dem Sarg, riss den Deckel nach oben. Günters Gesicht war fast unversehrt, Löcher klafften in Nacken und Kinn. Die Kugel hatte ihn im Genick getroffen und durch den Unterkiefer den Körper verlassen. „In diesem Moment habe ich so einen Hass gespürt auf diese Dreckschweine“, sagt Jürgen Litfin.

Auch heute, nach 53 Jahren, hebt Litfin die Stimme, verengt die Augen, wenn er von Günters Tod spricht. Der 74-Jährige steht in einem ehemaligen Wachturm der DDR-Grenztruppen in der Kieler Straße in Berlin-Mitte. Von hier sind es ein paar Gehminuten zum Humboldthafen, wo Günter starb. Die Stadt überließ Litfin den Turm im Jahr 2000. In Eigenregie und mithilfe privater Spender renovierte er den Bau. Und richtete, inmitten einer Neubausiedlung, die „Gedenkstätte Günter Litfin“ ein. Täglich führt er Besucher durch den Turm, erzählt von Mauer, Diktatur, Schießbefehl. Und von seinem Bruder.

Er hat ihnen Günters Tod nicht vergeben. Nicht vergeben, dass sie nach dessen Fluchtversuch die Wohnung der Familie durchsuchten und die Einrichtung kurz und klein schlugen. Nicht vergeben, dass in Günters Todesanzeige stand, er sei bei

- 2 -

BStU
000002

Während der Bergung versammelten sich auf dem gegenüberliegenden westlichen Ufer ca. 300 Personen, die den Bergungsarbeiten zuschauten. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Fotografen und der Bergungsvorgang wurde auch fotografiert.

Wie die weiteren Untersuchungen ergaben, handelt es sich bei der erschossenen Person um den
L i t f i n , Günter
geb. 19.1.1937 in Berlin
wohnhaft Berlin-Weißensee, [redacted] Straße [redacted]

Litfin ist ledig gewesen und hatte keinen erklärten Beruf. Er arbeitete als Grenzgänger in Westberlin. Seit 13.8. hielt er sich vorwiegend zu Hause auf, ohne eine Arbeit im demokratischen Berlin aufgenommen zu haben.

Litfin war seit mehreren Jahren Mitglied der illegalen "Jungen Union" des illegalen Kreisverbandes Weißensee und Teilnehmer des sogen. Bildungswerkes der Adenauer-CDU. Die Teilnehmer des Bildungswerkes führten im April 1960 eine Fahrt durch die NATO-Länder Belgien, Holland und Luxemburg durch, auf der sie Einrichtungen der Montan-Union und der Kuraten besichtigten. Im Mai 1961 besichtigten sie das NATO-Hauptquartier in Paris und es ist anzunehmen, daß Litfin mit zu dieser Gruppe gehörte, die seinerzeit in Paris die Pressekonferenz störten.

Litfin war im Wohngebiet nicht sehr beliebt, weil er älteren Personen gegenüber vorlaut und frech auftrat. Er hatte den Spitznamen Puppe, weil er als homosexuell eingeschätzt wurde.

[redacted]

Über die Familienverhältnisse des Litfin, Günter liegen folgende Hinweise vor:
Sein 1961 an Magenkrebs verstorbenen Vater
L i t f i n , Albert
geb. 10.11.1903
war Mitbegründer des illegalen Kreisverbandes der Adenauer-CDU von Weißensee. Seit 1958 besuchte er regelmäßig die in Westberlin stattfindenden Versammlungen des illegalen Kreisverbandes und er-

einem Unfall gestorben. Nicht vergeben, dass sie ihm in der Gerichtsmedizin Günters Leichnam nicht zeigen wollten. Nicht vergeben, dass sie den Bruder als Prostituierten namens „Puppe“ diffamierten. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ schrieb am 1. September 1961 zu Günter Litfins Fluchtmotiven: „Puppe“ war der eindeutige Spitzname eines Homosexuellen, der in den einschlägigen Westberliner Kreisen gut bekannt war. Der 13. August trennte ihn von seinen ‚Liebhabern‘, und in der Hauptstadt der DDR blieb sein Gewerbe aussichtslos.“

Jürgen Litfin hat schlohweißes Haar. Er trägt ein schwarzes Hemd mit grauem Jackett, raucht eine Zigarette nach der anderen. Um seinen Hals baumelt eine goldene Medaille mit den eingravierten Portraits zweier junger Männer. Günter Litfin, erschossen am 24. August 1961. Chris Gueffroy, erschossen am 5. Februar 1989. Das erste und das letzte Opfer von Schüssen an der Berliner Mauer. Jürgen Litfins Frau starb 1994 an Krebs. „Seitdem laufe ich alleine rum, kümmere mich um die Gedenkstätte“, hustet er zwischen zwei Zigarettenzügen. Litfin ist stolz. Besucher aus allen Ecken Deutschlands und der Welt besichtigen seinen Turm. „Ich bin zwar nicht mehr so flott auf den Beinen, aber jeder kriegt eine Führung“, sagt Litfin. Das sei er seinem Bruder schuldig. Und auch dem „SED-Gelumpde und der Scheiß-DDR.“

ESU
000003

hielt 1960 die Ehrennadel für 15-jährige Mitgliedschaft der Adenauer-CDU.

Die Mutter des Litfin, Günter
L i t f i n , Margarete
geb. 8.10.06 in Berlin
wohnhaft Berlin-Weißensee, [redacted] Str.

ist ebenfalls Mitglied des illegalen Kreisverbandes der Adenauer-CDU. Sie steht der politischen Entwicklung in der DDR ablehnend gegenüber, was sich darin zeigt, daß sie nicht flaggt, Listensammlungen ablehnt und jeder politischen Diskussion ausweicht.

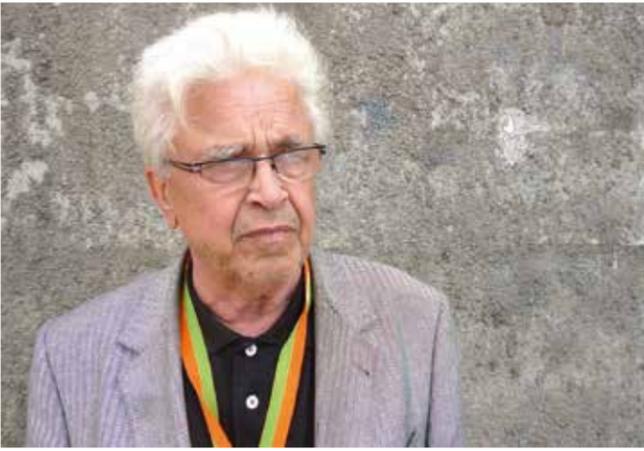
[redacted]. Sie ist nicht berufstätig und wird von ihren Kindern finanziell unterstützt. Während alle anderen Familienmitglieder streng katholisch sind, ist sie evangelischer Konfession.

Litfin hat noch 2 Brüder,
L i t f i n , Jürgen
geb. [redacted] 1940
wohnhaft Berlin-Weißensee, [redacted] Str.
und L i t f i n , Bernd
geb. [redacted] 1942
seit 1.6.60 x-flüchtig geworden und vermutlich in Hamburg oder Bremen wohnhaft.

Jürgen Litfin gehört ebenfalls seit Jahren der illegalen "Jungen Union" - Kreisverband Weißensee - an und war auch Teilnehmer des sogen. Bildungswerkes der Adenauer-CDU. Er wurde am 15.5.57 x-flüchtig, kehrte aber im Januar 1958 wieder in die DDR zurück, arbeitete jedoch als Grenzgänger weiterhin in Westberlin. Bereits vor dem 13.8.61 nahm er aber in einer FGH im demokratischen Berlin Arbeit auf. Seit ca. 3 Wochen ist er verheiratet und seine vorher in Westberlin wohnhafte Ehefrau hält sich jetzt ständig bei ihm auf, allerdings ohne polizei/gemeldet zu sein.

Bernd Litfin war letztmalig anlässlich des Todes seines Vaters ca. eine Woche illegal in demokratischen Berlin.

Auch die Familie Litfins nahm der Stasibericht aufs Korn. Über seine Mutter heißt es, ihre Ablehnung der DDR zeige sich darin, „daß sie nicht flaggt, Listensammlungen ablehnt und jeder politischen Diskussion ausweicht.“



Jürgen Litfin lässt der Tod seines Bruders keine Ruhe
Ehemaliger Grenzwachturm in der Kieler Straße, heute die „Gedenkstätte Günter Litfin“
Gedenktafel für Günter Litfin und alle weiteren Opfer der Berliner Mauer

ESU
000004



Bei einer Hausdurchsuchung wurden neben verschiedenen westlichen Zeitungen und Illustrierten sowie Kriminal- und Liebesromane ein als Notizzettel verwandter Briefumschlag gefunden, auf dem der Name und die Anschrift von Frau Dr. Maxrain, Kreisvorsitzende der illegalen CDU Weißensee angegeben war.

Günter und Jürgen Litfin besuchten gemeinsam den Ministrantenunterricht in Weißensee in Ostberlin. Die Eltern waren praktizierende Christen, der Vater Gründungsmitglied der CDU Weißensee. Nach dem Schulabschluss ging Jürgen für eine Maurerlehre nach Westdeutschland. Günter lernte Schneider in Ostberlin. Er blieb dort wohnen, als eine Westberliner Schneiderei am Kurfürstendamm ihn einstellte. Wie viele andere „Grenzgänger“ lebte Günter gut mit seinem Westgehalt im Osten. „1958 kam dann der Hilferuf von Mutter“, sagt Litfin. Der Vater war an Magenkrebs erkrankt. Jürgen Litfin kehrte zurück nach Ostberlin. Mit der Mutter und Günter pflegte er den Vater, bis dieser im Mai 1961 starb.

Danach hielt Günter nichts mehr im Osten. Er besorgte sich eine Wohnung im Westberliner Charlottenburg, wollte raus aus der DDR. Jürgen half beim Herrichten der Bleibe. Zuletzt besuchten die Brüder die neue Wohnung am 12. August 1961. „Da hingen schon die Gardinen drin“, sagt Jürgen Litfin. Abends fuhren beide nach Ostberlin in die Wohnung der Mutter. Als sie am Morgen des 13. August 1961 erwachten, hatte die DDR-Führung Ostberlin schon abgeriegelt. Und trennte Günter von Arbeit, Wohnung und einem neuen, besseren Leben. „Er ist dann tagelang mit dem Fahrrad die Grenze entlanggeradelt, verließ die Wohnung morgens früh und kehrte erst abends zurück“, erzählt Litfin. Am Abend des 24. August kam Günter nicht wieder nach Hause.

Die drei Etagen seines Wachturms hat Jürgen Litfin mit Fotos, Zeitungsausschnitten, Dokumenten vollgehängt. „13. August 1961, der schlimmste Tag unseres Lebens“, sagt Litfin und deutet auf ein Foto, das gepanzerte Fahrzeuge im Brandenburger Tor zeigt. „Die Unterschrift von Walter Ulbricht“, erklärt er zu einem Befehl, in dem der DDR-Staats- und Parteichef den Mauerbau in Auftrag gab. „Und hier, der Mörder meines Bruders“, sagt Litfin und tippt auf die Kopie eines Dokumentes mit dem Lebenslauf des DDR-Transportpolizisten, der Günter Litfin am 24. August 1961 um 16.15 Uhr im Becken des Humboldthafens, unweit des heutigen Berliner Hauptbahnhofes, erschoss.

Jürgen Litfin hat den Fluchtversuch seines Bruders unzählige Male nachverfolgt, studierte Akten, Protokolle, befragte Zeugen. Zur Flucht hatte sich Günter das Bahngelände zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Lehrter Bahnhof ausgesucht, rannte am helllichten Tag über die Gleisanlagen. Dutzende Ostberliner waren in den Tagen nach dem 13. August auf ähnliche Weise in den Westen abgehauen. Die „Mauer“ bestand zu Beginn vornehmlich aus Straßenblockaden und Stacheldraht, überall gab es Schlupflöcher.



Als die Patrouille der Transportpolizei Günter bemerkte, hatte er schon den Humboldthafen erreicht. Auf der anderen Seite des Beckens Westberlin. Vielleicht 40 Meter entfernt. Er sprang ins Wasser, schwamm. Die Polizisten eröffneten das Feuer. Erst Warnschüsse, dann ein „gezielter MPI-Feuerstoß“, wie ein Stasibericht später feststellte. Dort heißt es, Günter Litfin wurde „durch einen Einschuß im Genick und einen Ausschuß im Kinn tödlich verletzt und ertrank“. Sein Bruder deutet auf ein Foto, in dem DDR-Feuerwehrleute Günters Körper aus dem Wasser ziehen. „Die haben ihn wie eine Ente durchs Wasser gejagt und dann abgeknallt, die Schweine“, sagt er.

Als die Stasi die Familienwohnung durchsuchte und ihn verhörte, dachte Jürgen Litfin, Günter sei die Flucht in den Westen gelungen. Erst zwei Tage später, am 26. August, erfuhr er aus dem Westfernsehen von dessen Tod. Danach ließ ihm das DDR-Regime keine Ruhe. Überwachung im Betrieb, wo er als Gießer und Schmelzer arbeitete. In der Schule bespitzelten Mitschüler, deren Eltern bei der Stasi waren, seine Tochter. Litfins Ausreisearträge lehnten die DDR-Autoritäten ab.

Im Jahr 1980, die 19-jährige Tochter plante den Auszug,

kaufte Litfin einem Mann eine Wohnungseinrichtung ab. Seine Tante sei gestorben, erklärte ihm der Mann, der aber wenig später in den Westen floh. Wegen angeblicher Mitwisserschaft an der Flucht kam Litfin daraufhin zehn Monate ins Gefängnis. Dann kaufte ihn die Bundesrepublik frei. Litfin zog nach Westberlin, arbeitete bis zur Pensionierung 1995 als Hausmeister. Heute wohnt er auf der Fischerinsel. „Einraumwohnung, ich brauche ja nicht viel“, zuckt er die Achseln.

Das Landgericht Berlin verurteilte Günters Todesschützen 1997 wegen Totschlag zu einer Bewährungsstrafe von 18 Monaten. „Eingeladen haben sie mich nicht zur Verhandlung“, sagt Litfin. Wenn er an das Gerichtsurteil denkt, wenn er in der Zeitung liest, wie ehemalige SED-Führer die Verbrechen der DDR leugnen, kleinreden, spürt Jürgen Litfin große Wut. Fast so wie damals, im Keller der Friedhofskapelle Weißensee, neben Günters Sarg. Deshalb wird er weiter täglich Besucher durch seinen Wachturm führen. Alle sollen wissen, „was die bei der SED mit ihrer Scheiß-Ideologie für Lumpen waren.“ Alle sollen wissen von ihren Untaten. Sollen wissen von seinem Bruder, Günter Litfin, dem die DDR die Zukunft, die Freiheit nahm – und das Leben. ■

» I WALK THE LINE «

von Ella C. Mittelbach

»Die Erleichterung der Flüchtenden, endlich raus aus der DDR zu sein, war riesig.«

FLUCHTHELFER HARTMUT RICHTER



Hartmut Richter 1980 am Teltowkanal, dem Ort seiner erfolgreichen Flucht 14 Jahre zuvor. (Foto: privat)

Hartmut Richter war gerade mal 18 Jahre alt, als er durch den Teltow-Kanal schwamm und nach Westberlin flüchtete. Nach seiner glücklichen Flucht half er 33 Menschen aus der DDR in die Freiheit, indem er sie in einem präparierten Kofferraum versteckte.

Bei seiner letzten Fluchthilfe wollte Hartmut Richter seine Schwester über die Grenze bringen, ausgerechnet dann wurde er von Kontrollposten gefasst. Das Gericht der DDR verurteilte ihn daraufhin zu 15 Jahren Haft. Nach fünf Jahren und sieben Monaten kaufte ihn die Bundesrepublik Deutschland schließlich frei. Mittlerweile arbeitet Richter für die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und führt Besuchergruppen durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Richter erhielt im Jahr 2012 zusammen mit anderen Fluchthelfern das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik.

Was war Ihre Motivation, aus der DDR zu flüchten und anderen bei der Flucht zu helfen?

Ich konnte und wollte mich mit der Teilung nicht abfinden. Schon als ich noch im sozialistischen Oberschulinternat war, hörten wir Nachrichten von Tunnelflüchten. Der Propaganda der DDR von friedlicher Annäherung habe ich nie geglaubt. Allerdings war ich schon immer jemand, der eher aufbegehrt. Wäre ich von Anfang an in der BRD aufgewachsen, hätte ich mich vielleicht der 68er-Bewegung angeschlossen.

Und was bewog Sie zu so vielen risikoreichen Fluchthilfen?

Vor allem motivierte mich die Freude derer, denen ich in die ersehnte Freiheit helfen konnte. Ihre Erleichterung, endlich raus aus der DDR zu sein, war riesig.

Kennen Sie die Schicksale der Menschen, denen Sie halfen?

Die allermeisten wollte ich gar nicht gut kennen, denn sie sollten zu meinem eigenen Schutz auch nicht viel über mich wissen. Natürlich kannte ich ihre Motive, allein für billigere Zigaretten hätte ich sie nicht über die Grenze gebracht. Sie sollten auch nach der Flucht im Westen nicht darüber reden, von wo aus ich sie mit dem Auto mitgenommen hatte. Mit einigen wenigen, die ich auch schon vorher kannte, hatte ich noch länger – teilweise bis heute – Kontakt. Von denen weiß ich auch, dass sie sich schnell im Westen integriert und hier erfolgreich ihr neues Leben aufgebaut haben.

Wie verhielten Sie sich bei den Fluchtaktionen, um möglichst unauffällig zu bleiben?

Jede Flucht war mit riesiger Anspannung verbunden. Ich habe immer versucht, möglichst locker

zu wirken, und ließ bei der Grenzüberfahrt das Lied „Walk the Line“ von Johnny Cash laufen. Ich fuhr einen Wagen mit Rallyestreifen und rauchte ununterbrochen. Die sollten regelrecht denken, dass ich so ein Spinner aus'm Westen bin. Ich wollte auffällig aussehen, um dadurch unverdächtig zu wirken.

Welche Fluchtversuche haben Sie als besonders schwierig und emotional in Erinnerung?

Einmal war es besonders knapp. Ich wollte eine Frau mit ihrem Säugling im Kofferraum über die Grenze bringen. Wir fuhren die alte A5 Richtung Staaken. Es waren nur noch zehn Minuten bis zur Grenze. Da hielt uns einer vom Zoll an – und ausgerechnet in diesem Moment hustete der Säugling. Ich betete zu Gott, dass er an das Kind denken möge, und ich versprach Gott, dass es auch wirklich meine letzte Fluchtfahrt werde. Die Gebete wurden wohl erhört. Der Zollbeamte lief weiter, ohne in den Kofferraum zu schauen. Es ist diese eine Flucht, von der ich heute noch manchmal Albträume habe. Aber schon 14 Tage danach riskierte ich es erneut und fuhr wieder los...

Bei Ihrer wirklich letzten Fahrt wollten Sie Ihre Schwester über die Grenze bringen. Sie wurden entdeckt und 1975 wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ zu 15 Jahren Haft verurteilt. Wie behandelte man Sie im Gefängnis?

Letztlich saß ich fünf Jahre und sieben Monate unter anderem in Berlin-Rummelsburg und in Bautzen II. Besonders schlimm waren die ersten drei Monate Isolationshaft. Alle fünf Minuten ging das Licht an und es wurde kontrolliert, ob ich

auch wirklich kerzengerade auf dem Rücken schlafe mit den Händen am Bauch. Diese unbequeme Schlafposition war wie Folter. Ich habe Frauen nach ihren Kindern schreien hören. Häufig waren Mithäftlinge auch Spitzel. Leicht erkennbar an den Vergünstigungen, die ich natürlich nie bekam.

Hat man auch versucht, Sie zur Stasi zu rekrutieren, oder war bei Ihnen Hopfen und Malz längst verloren?

Dafür hätte ich mich kooperativ verhalten müssen, was ich bis zum Schluss nicht tat. Von Anfang an erhielt ich so auch nie Vergünstigungen wie Zigaretten oder besonderes Essen. Allerdings weiß ich nicht, ob ich eine Folter wie Waterboarding oder Ähnliches überstanden hätte. Zwar war die Zeit im Gefängnis auch eine Folter, aber die Stasi hat es bei den Zersetzungsmaßnahmen subtiler angestellt.

Hatten Sie nie Angst, dass Ihnen noch etwas Schlimmeres angetan werden könnte?

Doch. Auch nach meiner Entlassung ging es im Westen ja weiter. Sie trachteten mir nach dem Leben und wollten mich an die Grenze locken. 1983 stahl ich mit einem ehemaligen Mithäftling eine Nagelmatte von der Mauer, den sogenannten Stalinrasen. Diesen haben wir als politischen Protest einem Fotografen der Berliner Zeitung vor die Kamera gehalten. Später wollte mich derselbe Mithäftling nochmals für so eine Aktion an der Mauer überreden, aber ich lehnte ab. Mittlerweile weiß ich aus Stasi-Akten, dass mich der Mithäftling an die Mauer locken sollte. An der Mauer hätten sie mich erschießen können. ■

»Ich betete zu Gott und ich versprach ihm, dass es auch wirklich meine letzte Fluchtfahrt werde.«

HARTMUT RICHTER



BSIU-Kopie Nach seiner Festnahme am Grenzübergang muss sich Hartmut Richter vor dem Fluchtauto fotografieren lassen, 1975, Foto: BSIU



Beihilfe zur FLUCHT

von Ella C. Mittelbach

Theodor Seidel, Jahrgang 1931, wurde nach der Wiedervereinigung bundesweit bekannt: als Vorsitzender Richter der Mauerschützenprozesse und des Gerichtsverfahrens gegen Stasi-Chef Mielke. Weniger bekannt ist die Geschichte des Fluchthelfers Seidel. Anfang 1964 wollte Seidel seinem Bruder und Freunden aus der DDR heraushelfen. Doch die Pläne flogen auf.

Der Tiefpunkt war im März 1964 erreicht. Theodor Seidel musste verkraften, dass vier Menschen aus seinem engsten Umfeld in Stasi-Haft saßen: sein Bruder, sein bester Freund, dessen Frau sowie der Bruder seines Kommilitonen. Seidel war bewusst, dass sie einige Jahre dort bleiben würden. Es habe zwar keine starken körperlichen Misshandlungen in DDR-Gefängnissen mehr gegeben, jedoch ängstigen ihn die psychischen Belastungen. Wie sollte er ihnen helfen können? Seidel kann sich gut an diese Zeit erinnern, während er heute auf einem dunkelgrünen Sofa in seiner Wohnung in Berlin-Buckow sitzt. Mit seinen 83 Jahren wirkt er immer noch so agil, als wäre

er Mitte 70. Seine buschigen Augenbrauen werden leicht von einer getönten Brille verdeckt. Auf einem Schrank neben dem Sofa stapeln sich Bücher zur deutschen Geschichte und Politik. Sein eigenes Buch „Kriegsverbrechen in Sachsen“ liegt ganz oben auf dem Stapel.

Dass zwischen ihm und der DDR keine Freundschaft mehr entstehen würde, wusste Theodor Seidel schon in der Oberschule. Aufgewachsen in Ostdeutschland, in Bischofswerda, engagierte er sich in der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und trat erst kurz vor dem Abitur 1950 in die FDJ ein, um überhaupt eine Chance auf Studienzulassung zu haben. Er übernahm zunächst einen FDJ-Posten. Doch als er sich auf die Abiturprüfungen vorbereitete, übernahm sein unliebsamer, sozialistisch gestimmter Stellvertreter seinen FDJ-Posten und gab ihn nach den Prüfungen auch nicht mehr her. Eigentlich wurde Seidel für seine Aktivitäten in der LDP abgesetzt, doch diesen wahren Grund nannten sie ihm damals nicht. „Als ich meinen Stellvertreter mit der damals noch demokratischen FDJ-Verfassung konfrontierte,

ließ er sich auf kein sachliches Gespräch ein“, so Seidel. Nach diesem Konflikt erhielt Seidel ein neues politisches Gutachten, das ihm seinen begehrten Studienplatz für Maschinenbau trotz guter Noten verwehrte. Seidel war wütend und fasste den Entschluss, zu gehen.

„Ich nahm den letzten Koffer, der noch zu Hause stand, packte meine sieben Sachen und ging nach Westberlin“, sagt Seidel. Das war damals, im Jahr 1950, noch möglich. Ein Jahr arbeitete er auf dem Bau, um ein wenig Geld für den Studienanfang zu sparen. „Mich interessierte die Rechtsgeschichte, die Entscheidung zwischen Recht und Unrecht, und ich wollte auch keine brotlose Kunst studieren“, erklärt Seidel rückblickend seinen Studienwunsch Jura. Über Umwege bekam er schließlich den Studienplatz der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin.

Zehn Jahre später, Seidel begann gerade als Richter auf Probe am Landgericht Berlin, da wurde die Mauer gebaut. Er war aufgebracht über das DDR-Regime und wollte den Opfern helfen. Ein alter Studienfreund organisierte Fluchthilfen für die im Osten zurückgebliebenen Studenten. So brachte auch Seidel ausländische Pässe in den Osten und ermöglichte einigen Studenten die Flucht nach Westberlin. „Klar gab es ein Risiko. In der DDR stand Beihilfe zur Flucht unter Strafe.“ Aber das schreckte ihn nicht ab: „Ich schätzte die Gefahr, erwischt zu werden, als äußerst gering ein.“ Er habe das Gefühl gehabt, mit bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Zwei Jahre später, ganz genau kann Seidel den Zeitpunkt nicht mehr bestimmen, wollte auch sein Bruder rüber in den Westen. In diesen Jahren hatte Theodor Seidel Briefe mit ihm geschrieben. Darin las er von wachsendem Unmut und Unrecht in der DDR. Auch Seidels bester Freund und dessen Frau wollten über die Grenze. Seidel verstand die Motive und wollte helfen. Er begann, mögliche Fluchtpläne zu schmieden.

Der erste Plan war eine Flucht von Bulgarien in die Türkei. Seidel hatte bei einer privaten Bulgarienreise festgestellt, dass die Grenzkontrollen verhältnismäßig locken waren. Seidel erhielt über Dritte vom Verfassungsschutz Westpässe und von Bekannten gefälschte Stempel. Die drei Fluchtwilligen reisten nach Bulgarien und trafen sich mit Seidel vor der Grenze. Zur Fluchtgruppe kam noch ein Bekannter Seidels, der Bruder eines Kommilitonen, hinzu. Doch die Stempel hatten sich zwischenzeitlich geändert. „Wir wollten unser Vorhaben nicht gleich aufgeben und überlegten, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion direkt über die Grenzzäune zu fliehen“, erinnert sich Seidel. Doch ein türkischer Bekannter warnte sie vor dem stark verminten Grenzgebiet. Aus Angst verabschiedeten sie sich von diesem Fluchtgedanken. Doch Seidel blieb beharrlich. Kurze Zeit später kam ihm eine neue Idee: die Flucht mit Saukopfransporten.



Seidel zog es noch vor dem Mauerbau 1950 nach Westberlin.

Auf den Transitstrecken fuhrn regelmäßig große Lastwagen, die Sauköpfe in den Westen brachten. Zwischen den Schweineköpfen sollten sich zunächst sein Bruder und ein befreundetes Mädchen verstecken. Er organisierte den Ablauf und den Treffpunkt und wartete im Westen. Doch sein Bruder tauchte nicht auf. Seidels Mutter hatte Angst bekommen und den Bruder in letzter Sekunde abgehalten. Kurze Zeit später wurde in der Presse bekannt, dass viele mit den Saukopfransporten flüchteten. Damit schloss sich auch diese Lücke des Eisernen Vorhangs.

Seidel suche weiter nach Wegen und Möglichkeiten. Er steckte viel Zeit und Hoffnung in die Fluchtpläne: „Ich wusste, dass mit der Zeit die Stasi-Strukturen wachsen werden und es immer schwerer werden würde, eine Flucht zu organisieren.“ Sein Freund, Rainer Berthold, hatte mittlerweile aus beruflichen Gründen einen Interzonenpass und konnte für beschränkte Zeit in den Westen reisen. Ihm war die Flucht damit leichter möglich. Aber Bertholds Frau durfte nicht zurückbleiben. Sie musste also auf getrenntem Weg und nahezu zeitgleich in den Westen gebracht werden. Geplant war, sie, Seidels Bruder und den Bekannten mithilfe eines kommerziellen Fluchttransportes in einem LKW über die Grenze zu bringen. Doch die Stasi durchkreuzte den Plan. „Wahrscheinlich wussten sie schon nach der abgebrochenen Bulgarienreise, dass wir eine Flucht planten“, glaubt Seidel heute. Sein Freund Berthold wurde von den Grenzsoldaten festgenommen. Die anderen beiden führte die Stasi direkt von der Haustür ab.

Die Flucht war gescheitert und sein Bruder, sein Freund, dessen Frau sowie der Bekannte saßen auf ungewisse Zeit im Stasi-Gefängnis. „Mir war klar, dass sie alle mindestens fünf Jahre bekommen würden“, seufzt Seidel. Als studierter Jurist kannte er die Rechtslage und sah zunächst keine Möglichkeit zu helfen. Obwohl er als junger Richter noch relativ weit unten in der Hierarchie stand, schilderte er seinem Abteilungsleiter die Situation und seine Befürchtungen. Über den Justizsenator gelangte sein Anliegen bis zur Senatskanzlei. Innerhalb der folgenden Monate wurde über einen Agentenaustausch verhandelt. In

Untersuchungshaft befand sich zu diesem Zeitpunkt ein Mann, der verdächtigt wurde, ein Agent der Stasi zu sein. Normalerweise wurde nur Agent gegen Agent ausgetauscht. Diesmal war es anders. Ende 1965, nach 18 Monaten Haft, ließ die DDR die vier Privatpersonen frei – im Austausch für einen möglichen Agenten und einen bereits verurteilten Polizisten.

Auch nach der Befreiung endete Seidels Hilfe noch nicht. Weiterhin unterstützte er die Freigelassenen bei der Integration im Westen. Die Frau seines Freundes Berthold hatte besonders in der Stasi-Haft gelitten: „Sie saß im Frauenzuchthaus Hoheneck ein – sie war so ausgemergelt, dass ich sie fast nicht wiedererkannt habe“, sagt Seidel und schüttelt den Kopf. Durch den Freitausch blieben ihr wie den drei anderen mindestens dreieinhalb Jahre hinter Gittern erspart. Doch um seinen Anteil an der Befreiung macht Seidel nicht viel Aufhebens. Fragt man jedoch seinen Freund Berthold heute, kann die Leistung Seidels nicht hoch genug bewertet werden: „Seiner Beharrlichkeit und seinem Mut habe ich meine Freiheit zu verdanken.“

27 Jahre später, 1992, sitzt Theodor Seidel als Vorsitzender Richter dem ehemaligen DDR-Mauerschützen Ingo Heinrich gegenüber. In dem Land, das Seidel selbst so verachtete, erschoss Heinrich einen Flüchtenden. Seidels eigene Fluchthilfeerinnerungen lagen zwar lange Zeit zurück, doch vergessen waren sie nicht. Dem Vorsitzenden Richter Seidel wurde

»Nicht alles ist Recht,
was Gesetz ist.«

von der Verteidigung zweimal erfolglos Befangenheit vorgeworfen. Seidel sagte bei Gericht dem Angeklagten Heinrich, dass er den Gehorsam hätte verweigern müssen. Er hätte stattdessen in den Fuß schießen können, denn „nicht alles ist Recht, was Gesetz ist.“

Kurze Zeit danach folgte der wohl spektakulärste Prozess in Seidels Karriere. Er führte als Vorsitzender Richter durch den Prozess gegen Erich Mielke. Der ehemalige Stasi-Minister wurde aber nicht für sein Überwachungssystem in der DDR angeklagt, sondern wegen der Erschießung zweier Polizisten im Jahr 1931. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Mielkes zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe. Seidel äußert sich auch heute nur Verhalten zu der Person Mielke. Für ihn sei er vor Gericht wie jeder Angeklagte behandelt worden. Während des Prozesses klangen die Worte Seidels noch weitaus schärfer: „Mielke wird in die Geschichte eingehen als einer der furchtbarsten Diktatoren und Polizeiminister des 20. Jahrhunderts.“ ■

Fakten zur Fluchthilfe

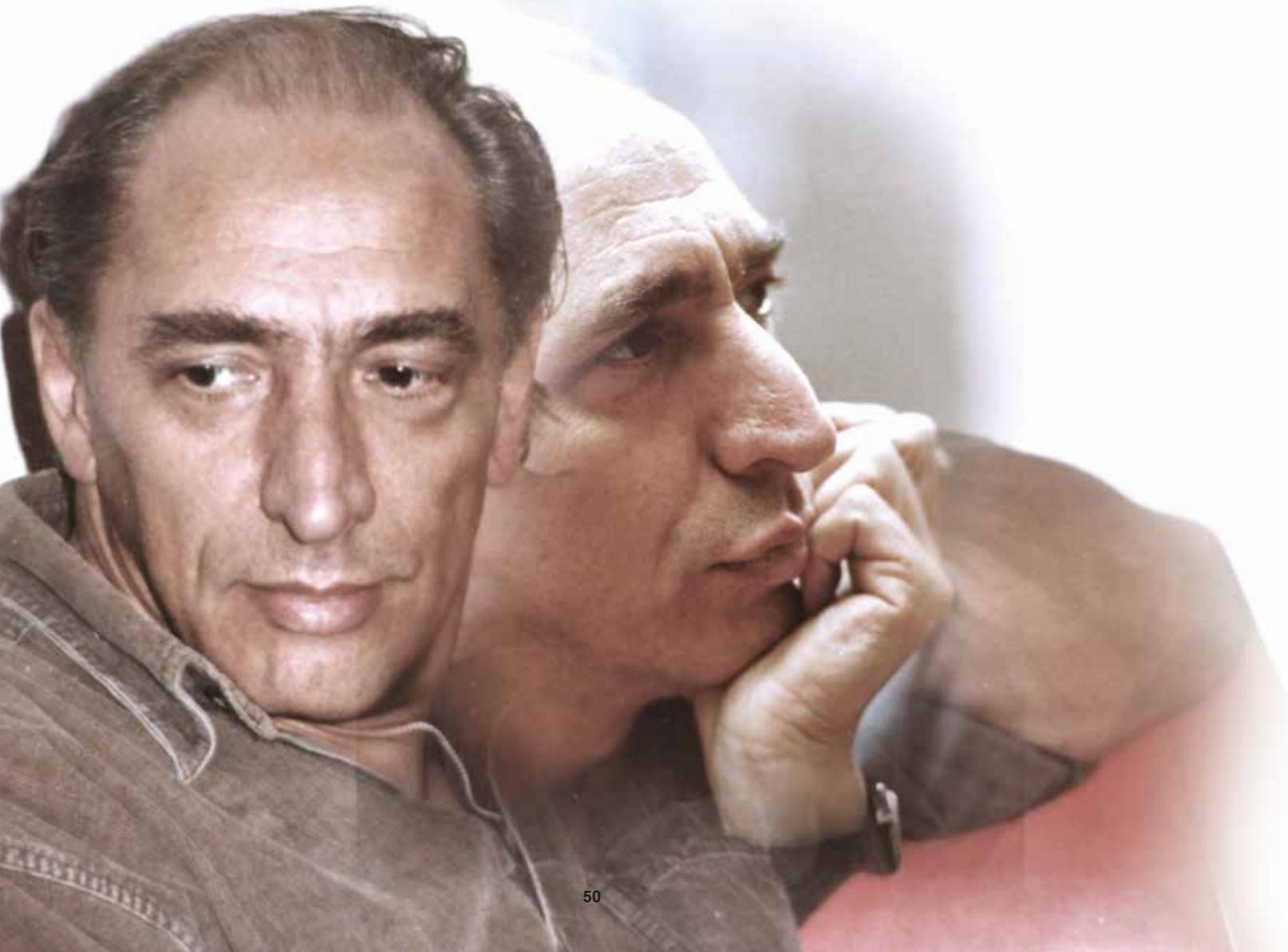
- **Jeder, der bei der Flucht eines Bewohners der DDR in den Westen mithalf, wurde und wird als Fluchthelfer bezeichnet - egal, ob er Läufer, Passfälscher, Tunnelgräber oder Organisator einer Tour war.**
- **Die Bewertung der Fluchthilfe hing von den Fluchtgründen und den Motiven der Helfer ab. Oftmals brachen die Helfer sowohl Gesetze des Fluchtlandes als auch des Ziellandes.**
- **Aus der SBZ/DDR flohen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Bau der Mauer, am 13. August 1961, etwa 4,5 Millionen Bürger in den Westen.**
- **Ab dem Mauerbau bis zum 22. August 1961 wurden etwa 6100 Menschen über die Grenze gebracht, mit einem behelfsmäßigen Personalausweis der Westberliner. Sie nutzten Pässe mit Fotos, auf denen sie den Flüchtenden ähnlich sahen.**
- **Direkt nach dem Mauerbau schloss sich eine Gruppe von Studenten der Freien Universität zusammen, rund um Detlef Girmann, Dieter Thieme und Bodo Köhler. Ihre Motivation war es, zunächst ihre Kommilitonen in den Westen zu holen, später halfen sie auch weiteren Freunden und Angehörigen über die Grenze. Bis zur Auflösung 1965 lag ihre Bilanz bei ca. 1200. Zudem bildeten sie Fluchthelfer aus, die etwa 1000 weitere Flüchtlinge in den Westen brachten.**
- **Von 1963 bis 1989 wurden 33.755 Häftlinge und Familienangehörige von der Bundesrepublik freigekauft für fast 3,5 Milliarden DM. Durchschnittlich brachte sie für jeden Freigekauften fast 100.000 DM auf. Dabei bestimmte die Stasi, wer freigekauft werden durfte.**

Quellenangabe: „Wege durch die Mauer: Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West“ von Burkhard Veigel

Ins Gefängnis für die FREIHEIT

von Marie-Lena Hutfils

Mit der Hoffnung, in den Westen entlassen zu werden, nahm Uwe Ruprecht bewusst eine Haftstrafe in Kauf. Wie auch viele andere politische Häftlinge der DDR wurde er von der Bundesrepublik freigekauft.



Er soll sich wieder ausziehen – ohne ersichtlichen Grund die frisch gewechselte Häftlingskleidung ablegen. Zehn Minuten steht er nackt in der Zelle. Ein Moment der Demütigung. Eigentlich. Für Uwe Ruprecht ist es der Moment der Gewissheit: Bald wird er frei sein.

Ruprecht sollte Recht behalten. In jenem Moment im August 1973 begann seine Entlassung aus der DDR in den Westen. Damit war er einer von mehr als 33.000 politischen Häftlingen in der DDR, die zwischen 1964 und 1989 von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft wurden. Auch wenn Ruprecht nicht sicher wusste, ob es diese Freikäufe gab, hatte er letztlich auf einen solchen spekuliert. Er entschied sich bewusst für den Gang ins Gefängnis – mit der Hoffnung, in den Westen entlassen zu werden.

Offiziell gab es in der DDR keine politischen Häftlinge. Doch wer sich öffentlich gegen das System aussprach, in den Westen fliehen wollte oder den Wehrdienst verweigerte, hatte eine Haftstrafe zu erwarten. In zähen Verhandlungen bemühte sich der Westen um die Ausreisewilligen. Und er bezahlte viel Geld für die Häftlinge.

Offiziell gab es auch die Häftlingsfreikäufe nicht. Dass es Entlassungen in den Westen gab, war in Kirchenkreisen jedoch offenbar bekannt. Von seinem langjährigen Freund Burkhart, Pfarrer der evangelischen Kirche, hatte Uwe Ruprecht den Hinweis bekommen, den Wehrdienst zu verweigern. Häftlinge, die deshalb einsaßen, oft Anhänger der Zeugen Jehovas, wurden laut Ruprechts Freund häufig in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.

Uwe Ruprecht war 25, als er sein Architektur-Studium in Weimar abschloss. Danach hatte er zwei Möglichkeiten: Entweder er leistete den 18-monatigen Wehrdienst in der DDR – oder er verweigerte und ging für mindestens den gleichen Zeitraum ins Gefängnis. Er verweigerte. Kurz darauf holte ihn die Kriminalpolizei ab und brachte ihn zum Kasernenhof. „Wenn ich auf Toilette wollte, kamen zwei Männer mit Maschinenpistolen über der Schulter mit“, erzählt Ruprecht. Auf dem Kasernenhof angekommen, fragten sie, ob er es sich nicht doch anders überlegt hätte. Nein, hatte er nicht. Das Urteil lautete: 22 Monate Haft.

Er landet im Gefängnis Rummelsburg. Jeden Mittwoch ist Washtag: Bettwäsche abziehen, Uniformen aus, duschen, frisches Wäschebündel abholen, anziehen und Betten beziehen. Immer das gleiche. An jenem Mittwoch im Sommer 1973 ist es anders. Der Offizier im grauen Mantel auf dem Gang von der Dusche in die Zelle macht ihn stutzig. Offiziere der Staatssicherheit gibt es in diesem Gefängnis des Innenministeriums eigentlich nicht. Und normaler-

»Das Land war mir eh verhasst.«

weise muss er die frische Wäsche auch nicht nach zehn Minuten Warten noch einmal unter Aufsicht anziehen. Wenn der 67-Jährige heute von seiner Entlassung erzählt, ist er sicher: „Die wollten sichergehen, dass ich nichts aus dem Knast schmuggle.“ Drei Wochen später sitzt er tatsächlich in einem Bus auf dem Weg zur deutsch-deutschen Grenze.

Was ihn im Knast erwarten würde, wusste Ruprecht vorher nicht. Er konnte nicht sicher sein, dass er nach den 22 Monaten, zu denen er verurteilt war, in den Westen entlassen werden würde. Daran gezweifelt hat er aber nie. Er glaubte seinem Freund. Der Gang ins Gefängnis war seine Hoffnung auf Freiheit.

Für ihn war klar: Er will in die Bundesrepublik zu seiner Freundin, der die Einreise in den Osten verweigert worden war. Für ihn Grund genug, die Inhaftierung in Kauf zu nehmen. „Aber eigentlich wollte ich nicht in der DDR leben“, sagt Ruprecht und macht eine abfällige Handbewegung, „Das Land war mir eh verhasst.“

Die meisten politischen Häftlinge in der DDR waren wegen sogenannter „Republikflucht“ verurteilt worden. Ruprecht berichtet: „Ich habe im Gefängnis und auch danach niemanden kennen gelernt, der so wie ich den Wehrdienst verweigert hat, um in den Westen zu kommen.“ Die meisten versuchten im Kofferraum eines Autos oder mit gefälschtem Pass die Grenze zu passieren. Ursprünglich wollte auch Ruprecht im Kofferraum eines Autos fliehen. Der Kontakt zu einem Mittelman kam aber nie zustande.



Nach dem Studium verweigerte Uwe Ruprecht, damals 25, den Wehrdienst in der DDR. Das Urteil: 22 Monate Haft.



Sein langjähriger Freund Burkhardt (links) gab Uwe Ruprecht (rechts) den entscheidenden Tipp: Viele Wehrdienstverweigerer wurden aus der DDR in den Westen entlassen.

Kurz vor dem Grenzübergang hält der Bus noch einmal an. Dahinter ein goldener Mercedes S-Klasse. Der DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel steigt aus. Er will die ehemaligen DDR-Bürger im Bus verabschieden. Vogel erzählt ihnen, wie toll die DDR sei, wie gut sie mit den „Unwilligen“ umgehe, denen sie nun ermögliche, das Land zu verlassen. Ein Schmunzeln geht durch die Reihen des Busses. „Der wollte uns erzählen, wie wir uns als gute DDR-Bürger im Westen zu verhalten hätten. Bitte nicht das Deutschland-Lied singen, wenn wir über die Grenze fahren“, erinnert sich Ruprecht: „So ein ausgemachter Blödsinn.“

Wolfgang Vogel war Unterhändler der DDR bei den Häftlingsfreikäufen und maßgeblich an den Verhandlungen mit der Bundesrepublik beteiligt. Ludwig Rehlinger entschied auf der anderen Seite für die Bundesrepublik, welche Häftlinge freigekauft wurden. Ab Ende der 50er Jahre bis zur Wende beschäftigte sich der heute 87-jährige mit den deutsch-deutschen Beziehungen. Als Ministerialbeamter ebnete er entscheidend den Weg für den ersten Häftlingsfreikauf Ende 1962. Bis zur Wende lernte er jedoch keinen der Häftlinge persönlich kennen. Rehlinger erklärt: „In den Verhandlungen mit der DDR musste man einen kühlen Kopf behalten, deswegen habe ich versucht, die Emotionen auszuschalten.“

Zum einen wäre der Kontakt zu den ehemaligen Häftlingen und den einzelnen Schicksalen für die Unterhändler persönlich zu belastend gewesen. Zum anderen bemühte sich die Bundesrepublik darum, die Freikäufe auch vor den Häftlingen geheim zu halten. Die sollten glauben, es sei ein glücklicher Zufall, dass die DDR sie freiließ. Zu viel Öffentlichkeit hätte

die Verhandlungen mit der DDR gefährden können, die um ein möglichst positives Bild in der Weltöffentlichkeit bemüht war. Dass sie Menschenhandel mit ihren eigenen Bürgern betrieb, passte da nicht rein.

Die Freikäufe haben einerseits vielen Menschen einen Weg aus der DDR-Diktatur ermöglicht. Andererseits werden sie noch heute kritisch betrachtet. Boten die Waren und Devisen, die die DDR im Austausch erhielten, Anreize, mehr Bürger aus politischen Gründen zu inhaftieren? Offen ist auch die Frage, ob die marode DDR mit dem Geld, das so von West nach Ost floss, länger als nötig aufrecht erhalten wurde. Für Rehlinger standen immer die Menschen im Vordergrund: „Ich habe nie daran gezweifelt, dass es richtig war, was wir getan haben. Erst nachträglich, als herauskam, in welcher finanziellen Notlage die DDR war, habe ich mich gefragt, ob wir noch mehr hätten rausholen können.“ Devisen und Waren im Wert von insgesamt etwa 3,5 Milliarden D-Mark bekam die DDR für ihre Häftlinge. Dinge, die im eigenen Land knapp und begehrt waren.

Auch Uwe Ruprecht wird in der Bundesrepublik mit Westwaren begrüßt: Ein Beutel mit einer Schachtel Zigaretten, einer Banane, Kaugummi und ein paar Broten. Jeder bekommt einen in dem Bus, der die freigekauften Häftlinge von der Grenze ins Notaufnahmelaager für DDR-Flüchtlinge in Gießen bringt. Aber das ist zweitrangig. Für Uwe Ruprecht beginnt nach zehn Monaten Haft die erhoffte Freiheit – untermalt von der Musik der James-Last-Kassetten des Busfahrers. Uwe Ruprecht grinst noch heute, wenn er sich daran erinnert: „Endlich in den Westen – nur die Musik war reine Folter.“ ■

Tunnel in die Fremde

von Felix Franke

1963 floh die Familie Aagaard mit zahlreichen Freunden durch einen selbstgegrabenen, 45 Meter langen Tunnel in den Westen. Der damals zehnjährige Sohn Detlef ließ Freunde, Modellbau-Eisenbahn und eine glückliche DDR-Kindheit zurück. Heute wohnt er wieder im Haus der Eltern in Berlin-Glienicke. Direkt über dem Tunnel, der sein Leben veränderte.



Niels-Martin, Lucie (rechts) und ihr Sohn Detlef Aagaard. Auch die Großmutter der Aagaards (links) floh mit in den Westen.

„Wenn Du was erzählst, kommen Mutter und Vater ins Gefängnis und Du ins Kinderheim.“ Das bläute Lucy Aagaard ihrem zehnjährigen Sohn immer wieder ein, bevor er morgens in die Schule ging. Detlef hielt dicht. Er berichtete niemandem aus seiner Clique vom ungeheuren Vorhaben der Eltern: Insgesamt fünf Monate grub der Vater, ein gelernter Schlosser, mit zwei Helfern einen 45 Meter langen Tunnel. Vom Wohnzimmer der Aagaards in den Westen. Unter Grenzstreifen und patrouillierenden Soldaten hindurch. Detlef Aagaard ist heute 62 Jahre alt. Seine Mutter ist vor wenigen Monaten gestorben. Sie war eine gefragte Zeitzeugin, erzählte gerne, wie akribisch sie mit ihrem Mann die Flucht vorbereitete, wie sie die vielen Kubikmeter Sand im Haus in Schubladen und hinter falschen Wänden versteckten, oder wie sie zwei frierende Grenzsoldaten zu einem Kaffee einluden. Die beiden Männer saßen damals über dem abgedeckten Tunneleinstieg auf einer Holzbank. Nun ist Detlef Aagaard der letzte der Familie, der die Geschichte aus erster Hand erzählen kann. Nun kann nur noch er befragt werden. Über den Mut der Eltern und die Flucht aus dem DDR-Regime in die demokratische Bundesrepublik. „Am traurigsten war ich darüber, dass ich meine Modellbau-Eisenbahn in all der Aufregung vergessen hatte“, beschreibt Aagaard seinen ersten Gedanken nach der Flucht. „Die Eisenbahn muss die Stasi am Tunneleingang gefunden haben.“

Detlef Aagaard ist ein Flüchtlingskind. Seine Eltern haben ihn nicht gefragt, ob er die Flucht in den Westen für eine gute Idee hält, ob er mitkommen möchte. „Da macht man als kleiner Junge natürlich mit. Es war ja auch ein Abenteuer“, sagt Aagaard heute. In weiß-blauem Polohemd und Jogginghose sitzt er im Wohnzimmer auf der Couch, hinter ihm gestickte Ziergardenen. Genau dies ist der Ort, an dem er vor 51 Jahren in den märkischen Boden hinabkletterte.

„Gegen 17 Uhr kamen die Ersten“, erinnert sich Aagaard. Nach dem Tunneldurchbruch am Vortag hatten seine Eltern per Telefonrundruf und vereinbartem Codewort alle benachrichtigt, die mit rübermachen wollten. Das Wohnzimmer füllte sich langsam. Sogar aus Dresden kam ein befreundeter

Zahnarzt mit seiner Familie. Das Kind Detlef konnte die Anspannung im Raum zwar fühlen, aber nicht wirklich begreifen. Er war sich nicht bewusst, dass jeder Anwesende in den kommenden Stunden sein Leben riskieren würde.

Während Aagaard sich erinnert, klingelt es plötzlich. Der Hund bellt. Es ist ein Freund von Detlef, etwa gleicher Jahrgang. Er kommt rein und bringt zwei Flaschen Bier mit. Feierabend. Die beiden kennen sich seit etwa 15 Jahren. Kurz nach der Wende sind die Aagaards nämlich zurück nach Glienicke, in den Berliner Norden, gezogen. In ihr altes Haus, in die alte Heimat. Der Mann mit dem Bier will seinen Namen nicht in dieser Geschichte lesen. „Obwohl

das ja nix Schlimmes is, was ich zu sagen habe“, murmelt er. So richtig sicher scheint er sich nicht zu sein. Immerhin habe er eine andere Geschichte und Eltern, die sich in der DDR anders entschieden hätten. Die hätten nie an Flucht gedacht. Genauso wenig wie er. „Aber warum auch, ich hatte ja nie den politischen Druck.“ Aagaards Kumpel hat eine typische DDR-Karriere absolviert: Abitur in Oranienburg, Studium an der TU in Dresden und anschließend eine vernünftig bezahlte Arbeit in Ostberlin.

„Ich hätte das damals sicherlich nicht gemacht. Auf keinen Fall. Das mit der Flucht war leichtsinnig“, findet er. „Was da alles hätte schiefgehen können. Von den Wachen mal abgesehen, der Tunnel hätte ja auch jederzeit einstürzen können.“

Das wollte Martin Aagaard, Detlefs Vater, mit seinen Helfern natürlich verhindern. Sie versuchten den etwa 70 Zentimeter hohen Stollen mit allem abzustützen, was sich dazu eignete, selbst ein Fensterrahmen wurde verbaut.

Am späten Abend des 10. März 1963 ging es los. Einer nach dem anderen ließ sich in den Tunnel hinab.





Detlef Aagaard (links) steht an dem Ort, von wo er als zehnjähriger Junge im Jahre 1963 in den Westen Der Tunnel wurde 2011 freigelegt.

Auf allen Vieren krochen die 13 Flüchtlinge aus Glienicke unter der Grenze hindurch. In einem schmalen Gang, der nicht höher war als ein Umzugskarton. „Großmutter wurde auf einer Luftmatratze hinterhergezogen“, schmunzelt Aagaard. Er schaut aufs Bier. Und auf den Schaum im Glas. Es ist solch ein Senfglas, das man auswäscht, wenn der Senf alle ist. Aagaard stellt fest: „Naja, mutig war es schon. Politischen Druck hatten wir ja in dem Sinne auch nicht. Mutter war als Friseurin selbstständig, Probleme mit der Stasi hatten wir nicht.“ Was die Eltern jedoch gestört hat, war die Mauer hier direkt vor dem Fenster. „Das war ja absolutes Grenzgebiet hier. Selbst beim Spazierengehen mussten wir unsere Pässe vorzeigen. Die Grenzer konnten uns den ganzen Tag im Garten direkt beobachten. Das war wie auf dem Präsentierteller.“

Aagaards Freund wuchs dagegen in sicherer Entfernung zur Mauer auf. Und war zufrieden mit seiner Jugend in der DDR: „Das hat alles Spaß gemacht. Ob es jetzt die Ferienlager waren oder die Pionierzeit – das hätte damals auch Pfadfinder-Jugend heißen können. Ob da jetzt der große Sowjet-Stern drüber hing oder nicht, war ja auch egal.“ Er hatte systemtreue Eltern. „Vater war ein richtiger Genosse, der wäre nie auf die Idee gekommen abzuhauen“, sagt er und grinst beinahe ein wenig schelmisch.

Das Gespräch zwischen den beiden verläuft stockend. Biertrinken, Gespräch, Stille. Nicht Frage und Antwort, eher Antwort, Antwort, keine Fragen. „Wenn ein Freund von mir abgehauen wäre, dann wäre ich von ihm enttäuscht gewesen“, beendet der Mann, der in der DDR geblieben ist, eine längere Pause. „Weil ich dann meinen Freund verloren hätte. Ich habe so etwas im Studium erlebt. War nicht schön.“ Er erzählt von vielen Verhören durch die Stasi, die in ihm einen Komplizen vermutet hat. Doch er wusste nichts.

„Mein bester Kumpel hat mir das auch nie verziehen, dass ich abgehauen bin“, bricht es aus Aagaard heraus. „Zu dem habe ich nie wieder Kontakt gefunden. Vorher waren wir jeden Tag zusammen.“ Stille. Warten. Stille und Warten auch damals im Tunnel. Beinahe vier Meter unter der Erde, zwei Stunden lang. Aus Angst vor Schüssen vom DDR-Grenzwachturm sollte die Westberliner Polizei zum Schutz alarmiert werden. Bis die kam, war die Luft im Schacht beinahe verbraucht. Dann Aufatmen. Es war geschafft. Die 13 Flüchtlinge stolperten aus dem Tunnel.

„Ich weiß nicht, ob die Flucht mutig war“, wiederholt Aagaards Freund. „Mutig ist es doch, wenn Greenpeace in Japan mit nem Schlauchboot vor einem Walfangschiff demonstriert, oder?“ „Ja, genau, das ist auch mutig“, stimmt Aagaard ihm zu. Biertrinken. Aagaard will sich nicht streiten. Er sagt, dass es okay sei, so wie es ist. Und dass er niemanden verurteilt, der in der DDR geblieben ist. Wie auch. Sei ja sowieso nicht seine Entscheidung gewesen, das mit dem Abhauen.

Im Westen fand Detlef Aagaard schnell Anschluss. Neue Freunde, neue Schule, neues Leben. Und viele Dinge, die es in der DDR nicht gab: Schokolade konnte man jederzeit bekommen, bemerkte der elfjährige Junge rasch, damals bei der Westberliner Verwandtschaft. Dass die demokratische Bundesrepublik ihm noch umfangreichere Chancen bot, sollte er erst später erfahren. Aagaard ging auf die Hauptschule und entschied sich dann, wie seine Mutter, für das Friseurhandwerk, arbeitete allerdings nach der Ausbildung nie in dem Beruf. Er ließ sich zum Schweißer und später zum Stahlbauer umschulen. Es reichte immer gut zum Leben.

Etwa zur gleichen Zeit hat Aagaards Freund sein Studium im Osten abgeschlossen. „Mein Job war gefragt, ich bekam sofort Arbeit“, sagt er. „Hatte alles Vor- und Nachteile!“ Aagaard nickt, Aagaards Freund nickt. Pause. „Manchmal ist uns das natürlich bewusst geworden, dass wir weniger hatten. Im Urlaub beispielsweise.“ An Budapest erinnert er sich. An Restaurants, in denen die reichen Wessis „die Puppen tanzen ließen – während wir uns nur nen kleinen Imbiss leisten konnten, vielleicht ein Glas Wein.“ Er erzählt auch die Geschichte, wie ihn ein Vater aus Westdeutschland beim Camping aufforderte, sein Zelt woanders aufzuschlagen. Seine Kinder hätten dort nämlich gerne Federball spielen wollen. „Klar hat man sich da manchmal wie ein Bürger zweiter Klasse gefühlt. Klar hat man da auch mal gedacht, ob es nicht besser gewesen wäre, die Rollen zu tauschen.“ Stille. „Mit so einem wie ihm.“ Beide lachen. Das Bier ist leer. Aagaard steht ohne ein Wort auf und holt neues. ■



Detlef Aagaard heute in seinem Wohnzimmer. Unter dem Sofa begann der Tunnel.

Die, die nicht gefragt wurden

Im Interview mit Felix Franke

Anna und Susanne Schädlich haben 1977 mit ihren Eltern die DDR verlassen. Gefragt wurden sie nicht. Damals waren sie vier und zwölf Jahre alt. Ihr Vater, der Schriftsteller Hans Joachim Schädlich, wurde zur Ausreise gezwungen und die Familie ging mit. Während über ausgewiesene DDR-Künstler, Schriftsteller und Dissidenten oftmals berichtet worden ist, wurde die Geschichte ihrer Kinder erstmals von den Schädlich-Schwestern zusammengetragen.

Wie haben die „Kinder“ auf Ihre Anfrage für das Buch reagiert?

Anna Schädlich: Alle, die wir gefragt hatten, waren hellauf begeistert und haben sich gefreut, dass endlich auch einmal sie gefragt werden und nicht immer nur die Eltern. Sicherlich kamen die prompten Zusagen auch daher, dass Susanne und ich eben ähnliche Erfahrungen gemacht hatten. Unsere Eltern reisten mit uns 1977 in den Westen. Ich war damals vier Jahre alt und Susanne zwölf.

Welche gemeinsamen Erfahrungen haben die Kinder gemacht?

Susanne Schädlich: Viele Eltern der Kinder, die in dem Buch ihren Text veröffentlicht haben, hatten schlimme Dinge in der DDR erlebt, wie zum Beispiel Haftverfahren. Oftmals waren die Familien vor der Ausreise auch zahlreichen Schikanen ausgesetzt. Das hatte zur Folge, dass die Eltern sich erst einmal mit ihren eigenen DDR-Traumata beschäftigen mussten, als sie in Westdeutschland ankamen. Für die Kinder bedeutete das, komplett auf sich allein gestellt zu sein. Sie befanden sich zwar in „Deutschland“ – aber trotzdem in einem fremden Land. Die Kinder in Westdeutschland waren ja anders sozialisiert und waren in einem völlig anderen Umfeld aufgewachsen. Die Kinder der Ausgereisten wurden praktisch in eine völlig fremde Welt hineingeworfen und hatten aber keine Gesprächspartner. Die Eltern kannten ja oftmals in der Bundesrepublik andere Künstler oder Freunde, die entweder aus dem Westen kamen oder bereits zuvor ausgewiesene waren. Die Kinder dagegen nicht.

Haben sich denn die Eltern in Westdeutschland auch künstlerisch oder politisch betätigt?

Susanne Schädlich: Ja, sie sind oftmals sogar öffentlich aufgetreten und haben sich in ihren eigenen Werken mit der Ost-West-Problematik auseinandergesetzt. Die Kinder fielen dagegen jedoch durch alle Raster. Das schreiben ja auch viele in ihren Texten. Im Text von Nadja Klier wird beispielsweise beschrieben, dass ihre

Mutter sich gleich wieder hinsetzte und ihre Tagebuchnotizen wieder rekonstruierte und anschließend nach Kuba fuhr. Die Eltern waren also oftmals bald wieder in ihrem alten Metier, während die Kinder sich im ganz normalen Alltag zurechtfinden mussten. Zwischen Gleichaltrigen, bei denen die DDR im Grunde noch nie irgendeine Rolle gespielt hatte. Durch das Buch hatten sie nun endlich die Möglichkeit, eigene Texte über ihre Erfahrungen zu schreiben. Das Schreiben der Texte bedeutete auch ein Auseinandersetzen mit Dingen, die völlig im Inneren verschüttet waren, weil oftmals über Jahrzehnte darüber nicht gesprochen worden ist. So heißt der Text von Nadja Klier nicht ohne Grund „Verdrängt“.

Wie haben Sie als Kinder den Umzug von der DDR in die Bundesrepublik wahrgenommen?

Susanne Schädlich: Ich hatte zum Zeitpunkt der Ausreise in den Westen schon in gewisser Weise einen „Boden unter den Füßen“ als Zwölfjährige. Dieser wurde mir dann aber abrupt weggerissen: Ich habe Freunde verloren; die Schule war auf einmal eine andere; Großeltern, Halbbruder, Tanten und Onkel blieben alle im Osten. Trotzdem hatte ich noch Dinge und Erinnerungen, an denen ich mich irgendwie festhalten konnte, auch in der Bundesrepublik.

Sie hätten also auch gerne weiter in der DDR gelebt?

Susanne Schädlich: Die älteren Kinder, wie ich damals, nahmen natürlich das Umfeld der Eltern ganz genau wahr. Es war ganz klar, dass es ein privates und ein öffentliches Leben gab, also zwei unterschiedliche Sphären, in denen man sich bewegte. Es war strikt zu trennen zwischen Dingen, die man in der Öffentlichkeit sagte, und Dingen, die man im familiären Umfeld sagte – das bekamen wir Kinder schon mit. Wir haben so auch als Kinder in gewisser Weise ein schizophreses Leben geführt. Mir war also klar, dass nicht alles, was in der DDR geschah, gut war. Bei uns fanden Schriftsteller-treffen statt. Leute aus dem Westen gingen ein und aus. Das blieb einem auch als Zwölfjähriger

nicht verborgen. Somit erklärt sich auch meine erste Reaktion: Ich war begeistert, als ich erfuhr, dass wir in den Westen gehen würden. Im zweiten Nachdenken kamen dann die Gedanken an die zurückgelassenen Freunde. Sauer auf die Eltern war ich jedoch nicht. Im Grunde keiner der Autoren aus unserem Buch. Die Eltern haben sich gegen ein System gestellt, gegen eine Diktatur, die Konsequenzen musste man in der Familie gemeinsam tragen. Egal, wie schwer das war. Uns war klar, das ging eben nicht anders.

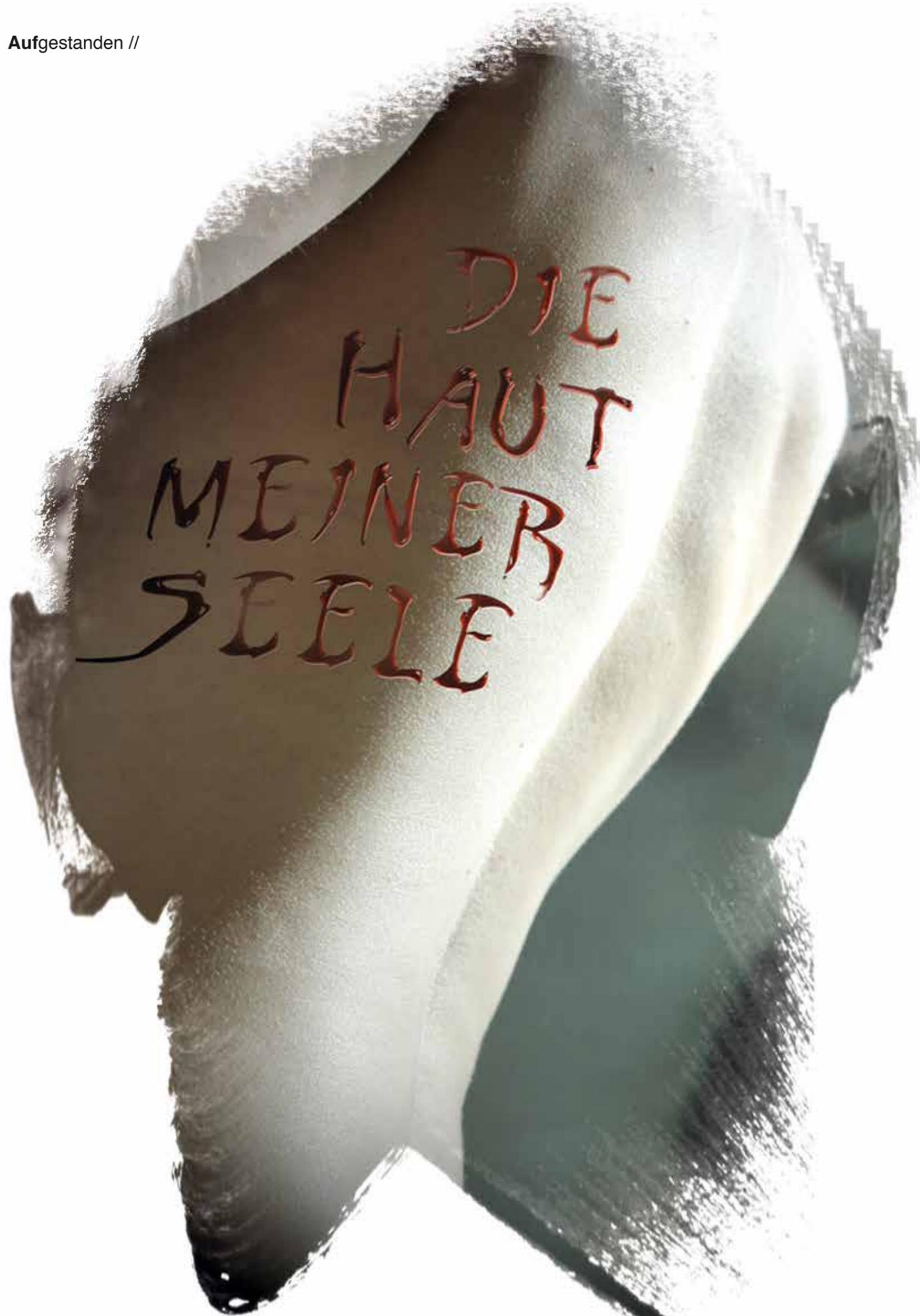
„Ein Spaziergang war es nicht“ – warum haben Sie diesen Titel gewählt?

Anna Schädlich: Der Wechsel von Ost nach West war eben auch für die Kinder kein leichtes Unterfangen. Obwohl wir uns weiterhin in Deutschland befanden, sprach man jenseits der Mauer im Westen eine andere Sprache. Wir hatten ein anderes Vokabular, wir waren in einer anderen Kultur aufgewachsen. Damit dann in der neuen Welt, im neuen Staat zurechtzukommen, stellte sich durchaus als schwierig dar. Ein Spaziergang war es auf jeden Fall nicht. ■



ISBN-13: 978-3453200081

Anna Schädlich/Susanne Schädlich: Ein Spaziergang war es nicht Kindheiten zwischen Ost und West Heyne, München 2012 317 Seiten, 19,99 Euro



Jede dritte Frau in Deutschland wird Opfer von häuslicher Gewalt. Leyla wurde jahrzehntelang von ihrer Ziehmutter geschlagen, wehrte sich nie. Doch dann ging sie einen mutigen Schritt – und will jetzt auch anderen helfen.

von Stefanie Dodt

Leyla* zieht ihren schwarz-weißen Strickmantel am Arm herunter. Über dem Ellenbogen fährt sie eine rund zwei Zentimeter lange Narbe mit dem Zeigefinger nach. Die Spur eines Peitschenhiebs mit einem Radio-Kabel.

Eine von vielen auf dem Körper der 25-Jährigen. Sie ertrug die Hiebe immer still, wehrte sich nie. 18 Jahre lang. Bis zu dem Tag im Februar dieses Jahres.

Jetzt, fünf Monate später, sitzt die 25-Jährige in einem Café in der Berliner Innenstadt. Ihr Blick ist zielgerichtet und ernst, ihre dunklen Augen auf einen Punkt geradeaus fixiert. „Da ist diese Stimme, die letzte Würde in dir, der letzte Schutz, der sagt: So geht es nicht mehr.“

Sie wickelt ein paar Kleidungsstücke in ein Bettlaken, knotet sie fest zu. Um halb zwei Uhr nachts, als alle schlafen, wirft sie das Bündel aus dem sechsten Stock, in die Hände einer Freundin. Zitternd kriecht sie wieder in ihr Bett und macht kein Auge zu. Am Morgen steht sie als Erste auf, packt ihren Rucksack und geht zur Universität, wie immer. Nur diesmal weint sie den ganzen Weg. Und kommt nie wieder nach Hause.

„Man weiß nicht, ob es besser wird. Aber man weiß, dass es anders werden muss.“ Leyla ging erst dann, als sie merkte, dass sie sich eigentlich längst selbst verlassen hat. Sie war nur noch abwesend, sprach kaum noch. Sie schrieb noch eine letzte Studienprüfung und erklärte ihrer besten Freundin, dass sie jetzt den Master schmeißt.

Sie flieht, taucht unter, fährt nach Berlin, so weit weg wie möglich von ihrem Zuhause in Hessen, in dem ihre Tante sie so misshandelt. Niemand Bekanntes, keine Freunde sollen sie so sehen. So schwach. In der Hauptstadt sitzt sie am Bahnhof und wählt die Nummer der Notfall-Hotline des Frauenhauses.

Leyla hat ihre Familie verlassen. „Zuerst ist diese Ungewissheit und Leere da. Ich dachte: Du hast nichts mehr. Ich war bei Null.“ Schon einmal war sie geflohen, und schon einmal hatte sie ihre Familie verloren, ihre leibliche Familie. Sie wollten zusammen einem Bürgerkrieg entkommen, aus welchem Land will sie nicht sagen, aus Angst, erkannt zu werden. Doch dann hatte sie Mutter und Vater auf der Flucht verloren. Ihre Großmutter organisierte einen Schlepper, der Leyla mit sechs Jahren nach Deutschland brachte. Sie kam hier bei ihrer Tante unter, die schon Jahre zuvor geflohen war.

»Ich habe nur gehofft, dass das nicht wieder passiert.«

Die Tante dominierte die nun fünf Kinder und den Mann, erst vier Jahre lang in einem Zimmer in einem Asylbewerberheim, dann in einer 4-Zimmer-Wohnung. „Sie war der Mann im Haus“, sagt Leyla. Damit meint sie: Sie war temperamentvoll. Und aggressiv. „Ich war noch keine zwei Monate da, da wurde ich schon mit einem Tablett verprügelt.“ Bis das Tablett auf dem Rücken der Siebenjährigen zerbrach. Weil Leyla ihr nicht richtig zugehört hatte. „Ich habe nur gehofft, dass das nicht wieder passiert.“

*Name von der Redaktion geändert

» Was ist Würde für dich? «

Doch es passierte immer wieder. Die leiblichen Kinder blieben auch nicht verschont, doch bei keinem war es so brutal wie bei Leyla. Und sie ertrug die Attacken. Sie versuchte verzweifelt, so zu sein, wie die Ziehmutter sie haben wollte. In der Hoffnung, dass dann die Schläge aufhören würden und sie ihre Zuneigung bekommen würde. Sie entwickelte mehr und mehr Ehrgeiz in der Schule, bekam bald die ersten Begabten-Stipendien. „Ich wollte, dass sie mich sieht und wertschätzt. Aber das hat sie nicht.“

Im Gegenteil: Sie fand immer neue Vorwände für die Gewalt. „Manchmal habe ich Dinge zugegeben, die ich nicht getan habe, damit sie aufhört mich zu schlagen. Manchmal hat sie mich den ganzen Tag verprügelt.“ Eine richtige Erklärung für den Hass hat Leyla bis heute nicht. Sie glaubt, dass ihre Tante mit der ganzen Verantwortung überfordert war. Irgendwann wusste Leyla nicht mehr, wer sie eigentlich selbst war. „Dann wirst du irgendwann unsichtbar.“

Einmal war einer Freundin in der Schule eine frische, dicke Wunde am Unterarm aufgefallen. Darauf angesprochen bekam Leyla einen Weinkrampf, bis auch die Lehrerin verstand, was los war. Nur auf Leylas Flehen hin verständigte sie nicht das Jugendamt. „Ich lebe lieber in so einem Zuhause, als dass meine Geschwister keine Mutter mehr haben“, hatte sie gesagt. Und dass auch sie selbst zum zweiten Mal eine Mutter verlieren würde.

Kurz bevor Leyla untertauchte, sagte die Tante in einem Streit diesen Satz, vor dem sich ihre Nichte immer gefürchtet hatte. „Du bist nicht mein Kind.“ Leyla war alleine.

Den Schritt heraus schaffte sie nur durch Fragen an sich selbst. „Was ist Würde für dich? Wolltest du, dass man das mit deiner Tochter macht, was man mit dir macht? Nein? Warum bist du dann so viel weniger wert? Was passiert, wenn du mit dir alleine bist und alle Stimmen um dich verstummen?“ Sie gab sich ehrliche Antworten. „Ich habe lange über Würde nachgedacht. Das ist für mich die Haut meiner Seele. Und wenn dir jemand sagt, zieh dir die Haut ab, würdest du es ja auch nicht machen.“

Nach außen war sie schon immer die Starke. Die, die von anderen um Rat gefragt wird. Zu Hause war sie das Opfer. Sie hasst das Wort. „Ich dachte lange, dass es eine Schande ist, Schwäche zu zeigen.“ Statt sich selbst zu helfen, half sie anderen. Sie engagierte sich ehrenamtlich für Flüchtlinge.

Im Frauenhaus verstand sie, dass die eigentliche Schwäche ist, die Wirklichkeit immer weiter zu relativieren. Man half ihr mit den Papieren, mit der Auskunftsperre, damit ihre Familie ihren Aufenthaltsort nicht herausfinden konnte. Fünf Monate lebte sie hier und befasste sich mit dem, was noch mehr schmerzte als die Wunden: die Wahrheit. Sie bekam permanent psychologische Betreuung.

Vor zwei Wochen ist Leyla in ihre neue Wohngemeinschaft eingezogen. Das helle Zimmer ist nur provisorisch eingerichtet, die Matratze liegt auf dem Parkettboden, daneben Notizbücher, Kleidung, ein Haufen Schuhe mit hohen Absätzen. Am Kopfende hängt ein kleines Passfoto eines der Geschwister in der Pflegefamilie.

Der Neueintrag in einem neuen Zuhause? „Irgendwie kann ich mit den Ausdrücken ‚Zuhause, Heimat, Familie‘ nichts mehr anfangen. Sie sind für mich nichtssagend.“ Lieber ist es Leyla, sich mit nichts mehr zu stark zu verbinden. Dann kann man es auch nicht verlieren. Neue, enge Freundschaften fallen ihr schwer. „Ich entscheide immer, wie viel sie von mir sehen dürfen.“ Sie will jetzt auch wieder anderen helfen, engagiert sich wieder für Flüchtlinge, gibt Kindern Kunsttherapie. Im September beginnt sie einen neuen Master, Thema: Menschenrechte.

Noch heute hat sie Angst, wieder entdeckt zu werden. Sie spricht nur mit einer ihrer Schwestern, und auch die weiß nicht, wo sie lebt. Leyla malt sich aus, wie ihre Tante ihr dann eines Tages auflauert und sie überfällt.

Leyla ist untergetaucht, doch dafür fühlt sie sich jetzt frei. Keine neuen Narben mehr, keine Schläge, keine Peitschenhiebe. Dafür hat sie den „höchsten Preis“ gezahlt, wie sie sagt. Den Verlust der letzten Familie, die sie noch hatte. ■

Wo gibt es Hilfe?

Kostenloses, 24 Stunden erreichbares Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ des Bundesamts für Familie: 08000 116 016

Anonyme Beratung per Email (verschlüsselt): www.hilfetelefon.de

Zahlreiche Frauenhäuser bieten eine Notrufnummer an. Eine Datenbank mit Ansprechpartnern gibt es unter www.frauen-gegen-gewalt.de

Absolut KEIN Randproblem

im Interview mit Leylas Betreuerin Manuela N. vom Frauenhaus Cocon

Welchen Eindruck hatten Sie von Leyla, als Sie das erste Mal mit ihr gesprochen haben?

Manuela N.: So wie jede Frau, die ein Frauenhaus aufsucht, ist das eine verzweifelte Situation, sich in ein Hilfesystem zu begeben. Für Frauen ist es ein großer Schritt, ihre Verzweiflung zu offenbaren. Leyla ist ein Bürgerkriegskind, das von dieser erweiterten Familie aufgenommen wurde. Sie hat in einem totalen Abhängigkeitsverhältnis gelebt und es gab auch immer ein Stück Dankbarkeit. Es gab viel Scham, nach außen zu gehen.

Was an ihrem Fall ist typisch für häusliche Gewalt und was eher untypisch?

Manuela N.: Die allermeisten Frauen kommen aus Situationen, in denen es eher um Partnergewalt geht. Das Abhängigkeitsverhältnis ist typisch. Anderen Frauen geht es mit Partnern so. Sie haben gemeinsame Kinder, eine gemeinsame Lebensplanung. Es ist nicht leicht, sich davon zu verabschieden. An der Struktur ist typisch, dass man in solchen Abhängigkeitsverhältnissen das eigene Überleben durch Anpassungsprozesse sichert. Es ist eine typische Reaktion, es auszuhalten und die Schuld bei sich zu suchen, sich zu fragen, wie man sich selbst ändern kann. Um das eigene Überleben zu sichern.

Wie können Frauen den Mut fassen, der Gewalt ein Ende zu setzen, so wie Leyla es geschafft hat?

Manuela N.: Leyla ist erwachsen geworden und ist in ein anderes Umfeld gekommen. Sie war an der Uni, hat mit anderen Wertesystemen zu tun gehabt. Da gab es ein wachsendes Selbstbewusstsein und die aufkommende Frage: Muss das so bleiben? Das Umfeld hat bei ihr eine große Rolle gespielt. Ihre Flucht war trotzdem sehr mutig. Oft ist eine große Passivität da, der Glaube, eh nichts an der Situation ändern zu können. Ich würde Frauen immer raten, nach außen zu gehen. Es gibt ein großes Netz von Beratungsstellen, man kann sich vielfältig informieren.

Wie groß ist das Problem häuslicher Gewalt heute?

Manuela N.: Es ist absolut kein Randproblem. Wir haben im Frauenhaus sehr viel Nachfrage, die wir nicht immer bedienen können. Dieses Problem ist immer noch da und geht durch alle Schichten. ■

Häusliche Gewalt in Deutschland

von Stefanie Dodt

FRAUEN ALLER BILDUNGS- UND SOZIALSCHICHTEN SIND BETROFFEN*

44%
waren vor ihrem
15. Lebensjahr
Opfer von Gewalt**

35% aller Frauen
haben seit dem 15. Lebens-
jahr körperliche und/oder
sexuelle Gewalt erfahren**

20.000 Frauen und
fast genauso viele Kinder werden
jährlich in einem der
350 Frauenhäuser aufgenommen***

Rund 17.000 Frauen können wegen Platzmangel nicht aufgenommen werden. Das ZIF nennt die Lage der Frauenhäuser deshalb katastrophal.

* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
** Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) von März 2014
*** Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF)



Der Gejagte

von Stefanie Dodt

Sein Ziele sind, die Machenschaften der Geheimdienste aufzudecken und den Menschen ihre Privatsphäre zurückzuerobern.

Der Preis: seine eigene Freiheit. Spätestens, seit er zum Helfer von Edward Snowden und zum Vertrauten von Julian Assange geworden ist, wird Jacob Appelbaum gejagt.

Als schon nicht mehr damit zu rechnen ist, kommt plötzlich doch die kurze Mail von Jacob Appelbaum: Wir können uns treffen – in einer Stunde. Dazu der Name eines Cafés mitten in Berlin. Kommunikation mit einem, dessen Wohnort geheim ist, der ständig unterwegs ist, aber nur zu Hause am Rechner erreichbar. Denn den Handy-Akku legt er nur im Notfall für einzelne Telefonate ein. Er will so wenige Ortungsdaten wie möglich produzieren. Er muss vorsichtig sein – denn er hat sich einen sehr einflussreichen Akteur zum Feind gemacht: die amerikanische Regierung. Er wählt den Platz so, dass möglichst niemand zuhören kann. Alles an ihm ist dunkel, die graue Hose und die Schuhe, der schwarz-graue Pulli, die dunkel-blaue Umhängetasche, auch der dicke Rand der Brille ist schwarz. Eine Strähne der dunklen Haare wellt sich kontrolliert auf seiner Stirn. Einzig der silberne, gepiercte Stab am rechten Ohr blitzt auffällig hervor, wie ein Pfeil, der das Außenohr am äußeren Ende getroffen hat und sich am anderen Ende wieder herausbohrt.

Jacob Appelbaum, 31 Jahre, Wikileaks-Aktivist der ersten Stunde. Aus Kreisen der US-Regierung wird er deshalb als Angehöriger einer kriminellen Organisation bezeichnet, die man wie al-Qaida jagen müsse. Und dann ist Appelbaum auch noch Helfer von US-„Staatsfeind Nummer 1“: Edward Snowden. Er ist einer der Wenigen, die Zugang zu Snowdens geheimen Dokumenten haben und immer wieder mit den Veröffentlichungen pikanten Materials für Skandale sorgen. Im Oktober letzten Jahres hatte er in den Dokumenten die Telefonnummer von Angela Merkel entdeckt und enthüllt, dass ihr Handy abgehört wurde. Die Kanzlerin reagierte scharf, beschwerte sich persönlich bei Obama und verkündete öffentlich: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“

Bekannt wurde Appelbaum, als er bei einer Hacker-Konferenz 2010 Wikileaks-Gründer Edward Snowden vertrat. Für Schlagzeilen sorgte auch immer wieder das von ihm mitentwickelte Tor-Netzwerk, das elektronische Verbindungs-

daten anonymisiert. Im Mai 2013 führte dann eine Anfrage der amerikanischen Dokumentarfilmerin Laura Poitras zum Kontakt mit Edward Snowden, wie Appelbaum selbst im „Spiegel“ schrieb: „Sie sagte mir zu diesem Zeitpunkt, sie sei in Kontakt mit einer anonymen NSA-Quelle (...). Ich wusste nicht, dass der Gesprächspartner Edward Snowden war (...), bis er sich in Hongkong der Öffentlichkeit offenbarte.“ Kurze Zeit später führte Appelbaum das erste Interview mit Edward Snowden und veröffentlichte es im „Spiegel“.

Wie sein letzter Kontakt zu Snowden war, darüber will er nicht reden – und auch nicht über die Zusammenarbeit mit den Wikileaks-Aktivist. Stattdessen führt er Smalltalk an der Theke, alles in recht sicherem Deutsch, erst mit der Bedienung, dann mit anderen Gästen. Seit über einem Jahr lebt er in Berlin, Deutsch hat er sich selbst beigebracht. „Es ist nicht so schwer wie Japanisch“, sagt Appelbaum und hebt den rechten Mundwinkel verschmitzt. Was und wie er über sich persönlich erzählt,



klings nicht nach dem Klischee eines „Nerds“. Wenn er nicht an sicherer Software arbeitet oder Snowdens Enthüllungen auswertet, trainiert er Aikido oder macht Kunst. Gerade hat er gemeinsam mit dem Fotografen Trevor Paglen an einer Ausstellung in der Kunsthalle Düsseldorf gearbeitet.

Am liebsten redet er aber doch über das Ausmaß staatlicher Überwachung. „Wir alle sind betroffen. Fast jeder auf diesem Planeten kann überwacht werden“, sagt er zwischen vegetarischem Focaccia mit Rucola und einem Latte Macchiato. Das ist sein „Frühstück“ – um 16 Uhr. „Viele Menschen haben eine bestimmte Vorstellung davon, wie die Welt organisiert ist. So ist es auch – bis zu einem gewissen Grad. Aber es existieren weitere Strukturen. Und die sind ziemlich furchteinflößend.“

Appelbaum kritisiert, dass sich Spione außerhalb von Rechtsstaaten bewegen, er kritisiert fehlende Transparenz und verlorene Privatsphäre („Es muss für jeden Einzelnen möglich sein, sicher zu kommunizieren“) und den Einsatz derselben Überwachungssysteme für politische Morde. Der Journalist Glenn Greenwald hatte unter Berufung auf die Snowden-Dokumente im Februar berichtet, dass die NSA-Überwachungsdaten von CIA und US-Militär für gezielte Drohnen-Angriffe, zum Beispiel gegen Terroristen, genutzt werden. Dabei seien mehrfach Unschuldige ums Leben gekommen, wenn zum Beispiel Handy-Ortungsdaten benutzt wurden, ohne zu überprüfen, ob sich das Handy tatsächlich noch in den Händen der Zielperson befindet.

Wikileaks steht selbst immer wieder in der Kritik – nicht nur von Seiten ihrer Gegner. Die Organisation wird als kaum kontrollierbar und intransparent kritisiert, zum Beispiel von Daniel Domscheit-Berg, der zuvor selbst zu den Aktivisten gehörte. Der Informatiker ist auch heute noch Internet-Aktivist aktiv und engagiert sich in der Piratenpartei. Er bemängelte auch die interne Hierarchie von Wikileaks mit Fixierung auf Julian Assange. Appelbaum bleibt unbeirrt. „Wikileaks wird nach wie vor gebraucht und ich bin ein großer Unterstützer von Julian. Ich arbeite weiter mit ihm zusammen.“ Dass Assange seit zwei Jahren in einem ecuadorianischen Botschaftszimmer in London leben muss, sei „unfassbar“. „Seine fundamentalsten Grundrechte werden verletzt. Er ist de facto gefangen: Er kann nicht weiter als ein paar hundert Meter aus dem Fenster schauen. Und wenn er es tut, schaut gleich ein Polizist zurück. Er hat ein Recht darauf, als Flüchtling sicher nach Südamerika fliegen dürfen, und das muss ihm gewährt werden.“

Appelbaum ist freier als Assange oder als Ed-

ward Snowden, der Russland nicht verlassen kann. Aber er muss misstrauisch sein, und andere sind es mit ihm. Manche seiner Freunde weigern sich, mit Appelbaum elektronisch zu kommunizieren. Er versteht das, er sei eben ein „Überwachungs-Hotspot“. Es habe schon deutsche sowie amerikanische Regierungsbeamte gegeben, die sich gerne mit ihm ausgetauscht hätten. Sie hätten es nicht getan, aus Angst, deshalb ihren Job zu verlieren.

Im Kampf für globale Privatsphäre hat Jacob Appelbaum die eigene längst verloren. Wenn er verreisen möchte, muss er eine eventuelle Verhaftung vorbereiten und sich darauf einrichten, am Flughafen festgehalten zu werden – wie schon in Seattle und Newark. Und auch im Berliner Exil stehe er unter Dauer-Observation, sagt er.

Er führt Tagebuch über merkwürdige Ereignisse rund um seine Wohnung. Etwa ein- bis zweimal pro Woche kommt ein neuer Eintrag hinzu. Wenn eine Person zwölf Stunden vor seiner Wohnung steht und telefoniert. Oder wenn ein Unbekannter Fotos von seinem Haus macht. Wenn sich fremde Menschen Zugang zu seiner Wohnung verschaffen wollen und sogar einen Schlüssel haben. Im Dezember letzten Jahres waren Unbekannte tatsächlich in seine Wohnung eingedrungen und hatten sich an seinem Computer zu schaffen gemacht.

Appelbaum zieht immer wieder um in Berlin, aufgehört haben die Vorfälle trotzdem nicht. Manchmal kommt er nach Hause und wundert sich, warum Dinge an einer anderen Stelle stehen als zuvor. Und versucht sich angestrengt zu erinnern, ob er das selbst gewesen sein könnte. „Ich versuche, nicht paranoid zu werden. Aber wenn man all diese Einzelfälle zusammennimmt, ist es sehr unwahrscheinlich, dass das reiner Zufall ist. Also versuche ich, zu akzeptieren, dass solche Dinge immer wieder passieren. Aber frei fühlen kann ich mich nicht.“

Dennoch ist er dankbar für das Exil in Berlin. Gerade hat er eine Aufenthaltserlaubnis für weitere zwei Jahre erhalten. Ohne jegliche Probleme. „Als sie in der Ausländerbehörde meine Spiegel-Artikel gesehen haben, war die Reaktion: ‚Oh toll, Glückwunsch. Sie sind ein produktives Mitglied der Gesellschaft!‘“ Kaum zu glauben, steht in seinen Augen. Es passt zu wenig zu seinen Erlebnissen aus den USA. „Viele Mitglieder der US-Regierung haben meinen investigativen Journalismus in keinsten Weise geschätzt. Und das haben sie mich auch spüren lassen.“

In Berlin trifft er auf Interesse statt Verach-

tung. Und er fühlt sich sicherer, weil er den Eindruck hat, dass in Deutschland Skandale auch Konsequenzen haben. Er hat sich ein Netzwerk in Deutschland aufgebaut, kooperiert mit dem Chaos Computer Club, arbeitet als freier Journalist mit investigativen deutschen Journalisten zusammen und hat kürzlich den renommierten Henri-Nannen-Preis bekommen. Dennoch bleibt Appelbaum unbequem, wenn er etwas für falsch hält. Für seine Ankündigung, die Preis-Skulptur in Form des Kopfes von Henri Nannen wegen dessen NS-Vergangenheit einschmelzen zu lassen, hagelte es Widerspruch. Jetzt fordert er, dem Journalisten-Preis einen neuen Namen zu geben. „Es ist nicht angemessen. Man sollte auch niemals einen Donald-Rumsfeld-Preis für Wahrheit verleihen. Oder einen General-Alexander-Award für Privatsphäre. Das heißt nicht, dass man den Preis nicht unterstützen sollte, aber der Name ist einfach nicht das richtige Symbol dafür.“

Er setzt große Hoffnungen in die Rolle Deutschlands im NSA-Skandal. Zum Beispiel in den NSA-Untersuchungsausschuss. „Dieser Ausschuss kann einen Grundstein für Veränderungen legen. Er kann zeigen, dass Massenüberwachung ein Fakt ist.“ Dass Edward Snowden nicht für eine Befragung geladen und ihm kein Asyl in Deutschland gewährt werden soll, bezeichnet er als „moralisch, ethisch und mit Blick auf internationales Recht falsch“, wenn auch „realpolitisch verständlich“. Solange Deutschland sich von den Amerikanern bevormunden lasse und Angst vor den Reaktionen habe. „Das ist doch eine schlimme Position für Deutschland. Ich hoffe nur, dass man sich aus dieser Position befreit.“ Aus dem Kanzleramt hieß es in einer Stellungnahme im April, eine Vernehmung von Snowden gefährde die deutsch-amerikanischen Beziehungen und damit Deutschlands Staatswohl massiv.

In der Zwischenzeit verspricht Jacob Appelbaum, dass die Enthüllungen weitergehen. „Ob es weitere Skandale geben wird? Klar. Ob es mehr Ungerechtigkeit gibt, die aufgedeckt werden muss? Natürlich! Nicht nur ich arbeite daran.“ Details nennt er nicht. Wenn er zurückblickt und sich daran erinnert, dass er mal ein normales Leben hatte – ohne Exil, ohne eine Liste über merkwürdige Vorfälle in seiner Wohnung und ohne dass alles kompliziert war –, bereut er es trotzdem nicht, Vertrauter von angeblichen Staatsfeinden geworden zu sein. „Ich würde es immer wieder genau so machen. Ich werde jedes Quäntchen meiner Existenz dafür einsetzen, zu zeigen, was andere zu verstecken versuchen.“ ■

Brauchen wir *mehr mutige*

Zwei junge Redaktionsmitglieder diskutieren kontrovers ihre Sicht auf die Gesellschaft

Wir brauchen in Deutschland mehr mutige Menschen, weil sie es sind, die unsere visionslose Gesellschaft mit Debatten aufmischen und sie aus dem Internet auf die Straße bringen.

Unsere heutige Generation kennt Deutschland nur als ein demokratisches Land mit geschützten Grundrechten. Trotzdem gibt es noch genügend Probleme: Datenüberwachung, die Kostenexplosion bei Großprojekten, die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich. Für diese und andere Missstände muss die Gesellschaft mobilisiert werden. Und dafür fehlt es an Mutbürgern!

Larissa Rohr

Edward Snowden hat uns gezeigt, wie mit unseren Daten umgegangen wird. Doch wo sind die Menschen in Deutschland, die das Thema Datenschutz auf die Straße bringen? Wo ist der Aufschrei? In Deutschland herrscht noch immer Ungerechtigkeit. Das spüren viele und dennoch bleiben sie bequem im Sessel sitzen. Wir brauchen mehr Mutbürger mit langem Atem, die aus ihrem Sessel aufstehen, sich klar positionieren, eine öffentliche Debatte entfachen und einen Wandel auslösen.

Ich empfinde unsere Gesellschaft – und gerade unsere Generation – als visionslos. Wir lieben den Mainstream. Und wenn wir uns äußern, dann per Hashtag, Like-Button oder Online-Petition. Doch

das genügt nicht! Wir brauchen junge Menschen, die diese Themen in die breite Öffentlichkeit und in die Köpfe der Volksvertreter bringen.

Mut fehlt uns allen im Alltag und in unserem eigenen Umfeld. Und gerade dort kann jeder zum Mutbürger werden. Wir laufen tagtäglich an Obdachlosen, Flüchtlingsheimen oder Suppenküchen vorbei. Wir kennen Kinder ohne Bildungschancen und alte Menschen ohne Chance auf eine gute Pflege. Wir brauchen mehr Menschen, die aus ihren festgefahrenen Strukturen ausbrechen, um die Situation von anderen zu verbessern. Mut bedeutet nicht immer nur, ein persönliches Risiko einzugehen, sondern auch, sich auf Unbekanntes einzulassen.

Mutige Menschen, die misstrauisch sind, ihre Positionen mit Nachdruck vertreten und aktiv handeln, gibt es in unserem Land noch viel zu wenige.

Menschen in Deutschland?

Anstatt mehr Mutbürger zu fordern, sollten wir froh darüber sein, dass wir heute nicht mehr so oft mutig sein müssen.

Ich musste noch nie mutig sein. Und ich kenne auch sonst niemanden Anfang oder Mitte Zwanzig, der schon einmal wirklich mutig sein musste. Trotzdem werden wir aufgefordert, es zu sein. „Generation mutlos“ oder auch „Generation Maybe“ betiteln uns die großen deutschen Tageszeitungen. Wir sind nicht mehr mutig, schreiben sie, und sind enttäuscht von uns. Früher, da war man noch mutiger!

Das mag stimmen. Das liegt aber daran, dass die Jugendlichen früher mutiger sein mussten, wenn sie selbstbestimmt leben wollten. In der DDR zum Beispiel bewies man schon Mut, wenn man frei seine Meinung und Kritik am System äußerte. In vielen anderen Ländern gelten homosexuelle Handlungen noch immer als illegal. Wer sich dort öffentlich zu seiner sexuellen Orientierung bekennt und für eine Stärkung der Rechte für Schwule und Lesben einsetzt, muss mutig sein.

In Deutschland leben wir in einem Land mit Meinungs- und Pressefreiheit, Gleichberechtigung und einem demokratischen System. All das sind Errungenschaften, die ohne mutige Menschen nicht möglich gewesen wären. Um diese Werte zu erhalten, braucht es Menschen, die sie schätzen, pflegen und schützen – mutig müssen sie dafür nicht sein.

Natürlich gibt es auch noch mutige Menschen. Heute Jemand, der in der U-Bahn aufsteht und sich für jemanden einsetzt, der beispielsweise von Rechtsradikalen angefeindet und bedroht wird, ist mutig. Aber generell – und hier muss man sagen zum Glück – sind solche Anfeindungen, solche Momente, in denen es Zivilcourage braucht, selten.

Noch nie war ich in einer Situation, in der ich mich unter persönlichem Risiko hätte für etwas einsetzen müssen oder es hätte tun können.

Dafür gab es nie einen Grund. Das zeigt mir, wie gut es mir geht. Diejenigen, die das nicht sehen, verwechseln mutig mit ehrenwert. Es ist toll und unbedingt wichtig, wenn sich Menschen für andere einsetzen, die sich in einer misslichen Lage befinden. Oder wenn sie helfen, Missstände in der Gesellschaft aufzuzeigen und zu beheben.

Aber sind sie deshalb mutig?

Der Flüchtling, der seine Familie und sein Heimatland verlässt, ohne zu wissen, ob er sein Ziel erreichen wird und was ihn dort erwartet – der ist für mich mutig. Derjenige hingegen, der sich in Deutschland für Flüchtlinge einsetzt, ist für mich ehrenwert – nicht mutig. Solche Menschen leisten einen großartigen Job. Keine Frage. Aber sie müssen nichts riskieren. Im Gegenteil:

Sie werden unterstützt und anerkannt für das, was sie tun. Diejenigen, die heute in Deutschland mutig sein müssen, sind in der Minderheit. Darüber sollten wir froh sein.

Marie-Lena Hutflis

Das macht uns Mut

*Persönliche Geständnisse
der Aufrecht-Redaktion*

Martin Herzer, 27,
studiert in Florenz:
**Mut macht mir, dass
die Anderen auch nur
mit Wasser kochen.**

Larissa Rohr, 22, studiert in Tübingen:
**Ich selbst. Ich überwinde meinen
inneren Schweinehund, blende die
Konsequenzen aus und denke mir,
andere haben das auch
schon geschafft.**

Julia Autenrieth, 24,
studiert in Tübingen
**Mein Glaube
macht mir Mut.**

Felix Franke, 29,
studiert in Berlin:
**Mut ist
Voraussetzung
des Glücks.**



Marie-Lena Hutfils, 22, studiert in Bayreuth:
**Ein aufrichtiges Lächeln. Nichts ist ermu-
tigender, als in ein zuversichtliches Ge-
sicht zu schauen – und sei es das eigene.**



Lara Gruben, 24, studiert
in Mannheim:
**Mut machen
mir mutige
Vorbilder.**



Robert Domes, 52, lebt in Irsee:
**Aus jeder Krise in meinem Leben
bin ich gestärkt hervorgegangen.
Vielleicht ist es naiv, aber ich glaube,
dass das ein Naturgesetz ist.**

Ella C. Mittelbach, 23,
studiert in Karlsruhe:
**Eigene Erfahrungen und
Erfolge machen Mut!**



Martin Pieck, 28,
lebt in Köln:
**Das Ziel im Auge
zu haben.**



Martha Dudzinski, 25,
studiert in Edinburgh:
**Wenn ich
Gerechtigkeit erlebe.**

Judith Uhlemann, 43,
lebt in Düsseldorf:
**Meine Familie,
meine Freunde und
manchmal auch
ganz Fremde.**



Jochen Markett, 34, lebt in Berlin:
**Viele Freunde, die für ihr persönliches
Glück ein hohes Risiko eingegangen
sind – und belohnt wurden.**



Stefanie Dodt, 26,
studiert in Heidelberg:
**Mir macht diese
Kirschkette Mut,
ein Geschenk von
meinem Patenonkel.
Er hat Krebs und
trotzdem nicht die
Lust am Leben
verloren, ohne
die Krankheit zu
verdrängen. Das
macht Hoffnung
und Mut.**

Jannik Jürgens, 25, studiert
in Freiburg: **Die Menschen-
rechte machen mir Mut.**

Sabine Bernard, studiert in Monnem: **Mir macht Mut, zu fühlen, auf dem richtigen Weg zu sein.**

Schlusspunkt!

Germany's next MUTBÜRGER

von Martha Dudzinski

Für dieses Magazin haben wir uns auf die Suche nach „Mutbürgern“ gemacht. Doch diejenigen, die wir gefunden haben, konnten sich mit dem Begriff oft gar nicht identifizieren.

Oktober 2010. Deutschland starrt gebannt auf die Baden-Württembergische Landeshauptstadt, wo Zehntausende gegen den Bau des neuen Hauptbahnhofs Stuttgart 21 protestieren. Es ist von „Wutbürgern“ die Rede, von zukunftsvergessenen Egoisten. Spiegel-Redakteurin Barbara Supp schlägt hingegen vor, den Begriff durch das Wort „Mutbürger“ zu ersetzen. Seitdem hat er sich selbstständig gemacht – und ist zum zeitgenössischen Synonym für Zivilcourage und Ehrenamt geworden.

Nun schmücken sich Parteien in Deutschland wie in Österreich mit dem Mutbürger-Siegel, Bücher und Zeitungsartikel werben mit dem Titel. Bundespräsident Gauck hat mit dem Stichwort mehr ehrenamtliches Engagement von den Deutschen gefordert und Bundeswehr-Soldaten als „Mutbürger in Uniform“ bezeichnet. In Österreich steht das Wort Mutbürger für einen parteilosen Dachverband, die „Alternative für Deutschland“ lässt sich den Begriff auf T-Shirts drucken.

Selbst die Werbeindustrie macht vor dem Ausdruck nicht halt: Tatsächlich behauptet eine Versicherung in ihrem Werbevideo, an der Seite von Mutbürgern zu stehen und ihnen zu sagen: „Geh den Weg, den du für richtig hältst“. Spätestens in diesem Spot wird das Mutbürger-Sein zum Lebensgefühl: „Männer, die nicht nur beim Fußball weinen.“ Deutlicher lässt sich die Instrumentalisierung des Begriffes nicht aufzeigen. Ist das die Messlatte für Mutbürger?

Umso spannender ist es, zu hören, wie viele der Protagonisten der Friedlichen Revolution sich mit dem Ausdruck nur begrenzt anfreunden können. Das fängt schon bei der banalen Definition des „Bürgers“ an, die bestimmte Rechte und Pflichten beinhaltet. Diese gab es in der DDR jedoch gar nicht – etwa das Wahlrecht. Dazu kommt das Konzept der bürgerlichen Mittelschicht, von der gerade im Arbeiterstaat DDR kaum die Rede gewesen sein kann.

Heute, etwa bei den S21-Demonstrationen, assoziieren Kritiker den Begriff „Bürger“ gerne mal mit Selbstgerechtigkeit und Komfortzone. „Mut und Bürger schließen sich eigentlich aus“, fasst einer unserer Protagonisten zusammen.

Der Ausdruck (wie auch die Begriffe „Bürgerrechtler“ und „Wende“) löste bei den von uns interviewten „Mutbürgern“ zwiespältige Gefühle aus. Grundsätzlich schmeichelhaft, konnten sich die einen mit dem Wort anfreunden. Sie verwendeten es im Gespräch und benutzten es auch, um ihre Kollegen und Mitstreiter zu beschreiben.

Die meisten aber wehrten sich gegen diesen nachträglich verliehenen Titel. Er klinge zu überzogen, meinte ein anderer unserer DDR-Zeitzeugen im Heft. So etwa, weil man seine Oppositionsarbeit nur verfolgen konnte, wenn man die Regeln des Spiels kannte: „Jeder im System war auf seine eigene Weise angepasst.“ Aber das System auf Dauer so zu akzeptieren, wie es war – das wollten die Protagonisten der Friedlichen Revolution dann doch nicht. Dabei konnte jeder noch so kleine Schritt zur Veränderung unangenehme persönliche Folgen haben. Diese in Kauf zu nehmen, dazu gehört aus unserer Sicht vor allem eine Charaktereigenschaft: Mut!





Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende.

Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.



Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.

NSA AK KONRAD ADENAUER